Der Nationalstaat ist tot – Es lebe der Nationalstaat ▶

Außerdem: Intellektuelle in Nahost ▶ Ende der Entwicklung ▶ Spagat nach Prag ▶ Theorie des Rassismus ▶ Jetsetter als Klimaretter ...

iz3w ◀



▶ blätter des informationszentrums 3. welt



Foto: A. Pisacreta / ROPI

In dieser Ausgabe



Schwerpunkt: Zukunft des Nationalstaats

▶ 19 **Editorial**

▶ 20 **Nation in Form**
Der Nationalstaat hat sein Tief überwunden
von Winfried Rust

▶ 22 **Wird Staat privat?**
Implikationen der »Internationalisierung« des Staates
von Joachim Hirsch

▶ 26 **Starke Staaten – schwache Staaten**
Ecuador, Peru und Kolumbien
von Tina Goethe

▶ 27 **Verordnete Ethnien**
Detlev Claussens und Benedict Andersons Kritik der Ethnonation
von Stephan Günther

▶ 28 **Laboratorium der Völkerfreundschaft**
Nach der Staats- nun Nationenbildung in Zentralasien
von Jenniver Sehring

▶ 31 **Nationalstaat wider Willen**
Nation-Building in Pakistan und Bosnien-Herzegowina
von Carsten Wieland

▶ 34 **Blut oder Boden?**
Über Volkszugehörigkeit und Staatsbürgerschaft
von Thomas Käpernick

▶ 3 **Editorial**

Politik und Ökonomie

▶ 4 **Kommentar: Eine Frage des Gedächtnisses**
Der Palästinakonflikt muss entideologisiert werden
von Jörg Später

▶ 5 **Nahost: »Wenn die Kanonen donnern, schweigen die Musen«**
Der Friedensprozess und die Rolle der Intellektuellen
Interview mit Moshe Zuckermann

▶ 7 **Kontroverse: Nicht ohne Konditionen**
Auflagen in der Entwicklungshilfe
von Gero Erdmann

▶ 8 **Umweltgipfel: Skurrile Tauschgeschäfte**
Wie Tourismus zum Klimaretter wird
von Martina Backes

▶ 10 **Tansania: Musterschüler ohne Bildung**
Die neuen IWF-Konzepte gegen Armut
von Gerhard Klas

▶ 12 **Laos: Konservierende Entwicklung**
Nachhaltig-nachholend in den Kapitalismus
von Steffen Schülein

▶ 14 **Reihe Entwicklungstheorien: Nach der Entwicklung**
Fortschrittskritik in Post-Development-Ansätzen
von Aram Ziai

▶ 18 **Bewegung: Im Spagat von Berlin nach Prag**
Kongresse von Rosa Luxemburg Stiftung und BUKO
von Christian Stock



Kultur & Debatte

▶ 37 **Ein Gefühl der Macht**
Theorien des Rassismus
von Johannes Zerger

▶ 41 **Raubtierkapitalisten und andere Bösewichte**
Fallstricke verkürzter Kapitalismuskritik
von Udo Wolter

▶ 44 **Grenze entsteht durch Überschreitung**
Geschlecht in transnationalen Orten (Rez.)
von Tina Goethe

▶ 45 **Rezensionen, Zeitschriftenschau**

▶ 47 **Kurz belichtet**

▶ 49 **Szene**

▶ 50 **Tagungen, Impressum**

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.



Die gegen sich selber demonstrieren

Am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, in der Deutsche ihre jüdischen Nachbarn, deren Häuser, Geschäfte und Synagogen angriffen oder dabei zusahen, soll(te) in diesem Jahr das anständige Deutschland Aufsehen erregen – am besten international, wegen des beschädigten Ansehens in der Welt und seiner wirtschaftlichen Folgeschäden. Ausgerechnet unter dem Brandenburger Tor, dem wichtigsten nationalen Symbol der neueren deutschen Geschichte, marschiert die All-Parteien-Koalition des Bündnisgegen-Rechts in der Hauptstadt auf. Zu DDR-Zeiten wurden ähnliche Aktivitäten noch als »staatlich verordneter Anti-Faschismus« kritisiert. Heute sind sie gerade recht, um das Bild vom »braunen Mob« mit dem vom rechtschaffenen und multikulturellen Deutschland zu überdecken. Nach eben diesem Muster hatte Außenminister Fischer bereits vor einigen Wochen vorgeschlagen, das Gedenken an die Pogromnacht und den 'Tag der deutschen Einheit' zusammenzulegen – vereine dies doch die schlechteste und beste Seite Deutschlands.

Diese zivilgesellschaftsfähige Form des Anti-Rassismus hatte – neben einigen Viertelen – wohl auch Werner Schön, Geschäftsführer des Badischen Weinbauernverbands, im Kopf, als er jüngst unter der Rubrik 'Stimmen gegen Rechts' im 'Freiburger Wochenbericht' erklärte: »Wein ist international. Wein öffnet Herzen und Zungen. Wein verbindet. Freiburg ist die Hauptstadt des badischen Weines – ohne Raum für Fremdenhass und Rassenwahn.« Schön, wie Herr Schön es schafft, in einem Atemzug kollektive Identität zu beschwören und sich gleichzeitig gegen deren Folgen abzugrenzen. Immerhin benutzt er nicht die »Lehren aus dem Faschismus«, um den Weinabsatz anzukurbeln, wie andere damit Kriege und Deutschlands Rolle in der Welt rechtfertigen.

All diesen VertreterInnen der neuen deutschen Leitkultur ist jedenfalls gemein, dass sie kaum einen Gedanken an die gesellschaftlichen Hintergründe und Ursachen von Antisemitimus und Rassismus in Nation und Staat verschwenden. Deswegen fällt ihnen auch nicht auf, dass sie am 9. November eigentlich gegen sich selber demonstrieren. Denn wer vorgibt, für Antirassismus einzutreten, müsste auch gegen Abschiebungen und Ausgrenzung, gegen das nationalistische Gefasel von Leitkultur oder »Verfassungspatriotismus« sowie gegen ethnisierende Mulit-Kulti-Konzepte eintreten. So weit aber die ausgerechnet am 9. November vorgetäuschte Einheitsfront gegen Rechts von derlei Selbstkritik entfernt ist, so öffentlichkeitswirksam fordert sie das Verbot der NPD – ein billiger Versuch, alle Verantwortung auf ein paar Bösewichte abzuwälzen. Dabei treiben die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen die rassistische und antisemitische Grundstimmung der deutschen Mehrheitsbevölkerung lediglich auf ihre Spitze.

Wie Antisemitismus und rassistische Gewalt mit Nationalismus und kapitalistisch verfasstem Nationalstaat zusammenhängen, wie sich also das Verfemte notwendig aus dem eigenen Selbstverständnis entwickelt, wollen wir unter anderem im Themenschwerpunkt dieses Heftes aufzeigen. Denn gerade das ganz normale, auf Vorstellungen von Identität und Einheit beruhende Denken bringt den Rassismus hervor und hat in Deutschland zu Auschwitz geführt. Es wird derzeit nicht zuletzt deshalb so viel geredet über Nazis, Skinheads und andere Rechte, damit über diese Verknüpfung von Kapitalismus und Nationalstaat mit Antisemitismus und Rassismus geschwiegen werden kann.

die redaktion

P.S. Schweigen können wir leider nicht über unsere finanzielle Situation. Bevor wir nun anfangen, auch in eigener Sache über den Kapitalismus im allgemeinen und Preiserhöhungen im besonderen zu lamentieren oder gar Sündenböcke auszumachen, bitten wir lieber alle unsere LeserInnen, die diesem Heft beiliegenden Spendenformulare zu beachten und – besser noch – auszufüllen. Vor genau 30 Jahren, im November 1970, erschien die erste Ausgabe der iz3w – eine Zeitschrift, so der WDR am 30.10.00, »im Spitzenfeld politischer Zeitschriften überhaupt« – und der nächste Jahrgang soll(te) nicht der letzte sein.

Eine Frage des Gedächtnisses

Der Palästinakonflikt muss entideologisiert werden



Foto: R. Maro/version

Betstätten I: Horte der Projektionen ...

von **Jörg Später**

▶ Der Friedensprozess im Nahen Osten ist vorerst gescheitert. Oberflächlich lassen sich dafür die festgefahrenen Verhandlungen oder die Provokation Scharons auf dem Tempelberg verantwortlich machen. Nach Meinung vieler Beobachter ist Letztere der Anlass dazu gewesen, dass der aufgestaute Zorn der Palästinenser sich Luft machte. Tatsächlich zeichnet sich seit dem Osloer Abkommen die israelische Politik durch nicht eingehaltene Zusagen, Verzögerungstaktiken und die Unterwanderung des Rückzugsversprechens aus – in den Jahren nach Oslo hat sich die Zahl der SiedlerInnen in den besetzten Gebieten verdoppelt. Auf der anderen Seite weisen Kommentatoren wie der israelische Schriftsteller Amos Oz darauf hin, dass die palästinensische Seite immer dann auf die Gewaltkarte setze, wenn eine israelische Regierung besonders konzessionsbereit sei. Noch nie habe es so weitreichende Angebote wie in der Jerusalemfrage gegeben, die Intifada sei also völlig ungerechtfertigt. Auch dieser Einwand von Oz ist berechtigt, aber man sollte nicht vergessen, dass es erst der »Aufstand der Steine« (1987-1991) war, der Israel und die PLO überhaupt an den Verhandlungstisch gebracht hatte.

Die tieferen Gründe für die offenbar beiderseitige Flucht vor dem Frieden liegen aber tiefer. Zu ihnen zählen an erster Selle der Geburtsfehler des Staates Israel und die nicht überwundenen historischen Traumata der israelischen und palästinensischen Gesellschaft: Es war die Erfahrung der deutschen Vernichtungspolitik, dass Juden sich nicht des Schutzes einer Regierung erfreuten, keine wie auch immer gearteten Staatsbürgerrechte mehr genossen und aller angeblich eingeborenen Menschenrechte, ja des Rechtes zu leben, verlustig gingen. Nach dieser Erfahrung konvertierten selbst überzeugte Antizionisten zu Befürwortern eines jüdischen Staates. Zwar hat der israelische Staat die sogenannte Judenfrage, die in Wirklichkeit immer eine Antisemitenfrage war, nicht lösen können, aber er ist seitdem zumindest das potenzielle Refugium, um das sich auch Juden Sorgen machen, die nicht dort leben wollen. Der jüdische Charakter dieses Staates bedingte aber gleichzeitig die Vertreibung und Flucht der Palästinenser im Krieg von 1948, ohne die er nicht oder nur mit einem Apartheids-Regime durchsetzbar gewesen wäre. Bis heute kann Israel nicht beanspruchen, ein demokratischer Staat all seiner Bürger zu sein, wenn es sich zugleich als jüdischer Staat definiert. Die Loyalität der zudem noch sozial diskriminierten arabischen Israelis kann er so nicht gewinnen. Zudem bestreitet Israel, dass es die Vertreibung der Palästinenser überhaupt gegeben habe. Die offizielle Lesart des Krieges von 1948 besagt, dass die arabische Bevölkerung ihre Heimat freiwillig verlassen habe, um mit den siegreichen arabischen Armeen zurückkehren zu können.

Israelis und Palästinenser verweigern sich gegenseitig die Anerkennung der historischen Erfahrung

1948 ist aber die Geburtsstunde des palästinensischen Traumas – und dieses ist ebensowenig reparabel wie das jüdische.

Beide Seiten verweigern sich gegenseitig die Würdigung der historischen Erfahrung. So vertrauen die Israelis weiterhin nur ihren Waffen und werden das Misstrauen nicht los, auch in einem Arafat stecke ein kleiner Hitler, während die Palästinenser in Israel nichts anderes erkennen können als einen Vorposten des westlichen Imperialismus, der sich ihr Unglück zum Lebensziel gemacht habe. In beiden durch Erfahrung gesättigten Ansichten steckt ein Korn Wahrheit. Sie sind aber dafür verantwortlich, dass, wann immer es um Symbole wie Jerusalem, die (un)heiligen Stätten oder historische Erfahrung wie den 48er-Krieg geht, dass, wann immer historische Gerechtigkeit gefordert wird, die Nerven blank liegen.

Aus diesem Dilemma gibt es nur zwei Auswege. Einmal ist dies der in den vergangenen sieben Jahren nach Oslo unternommene Versuch, in den rein technisch angegangenen Friedensverhandlungen, die die ideologisch überfrachteten Punkte wie die Jerusalem- und die Rückkehrfrage immer wieder ausklammerten, zu einem Vernunft-Frieden zu gelangen. (Zu diesem gibt es im Grunde keine Alternative und Israel wird sich früher oder später aus den besetzten Gebieten zurückziehen, weil die Besatzung nicht Schutz, sondern Sicherheitsrisiko ist.) Momentan scheint dieses Konzept jedoch gescheitert – nicht zuletzt, weil niemand bereit ist, für die beiden genannten symbolträchtigen Probleme unsensible, kalte Lösungen zu wählen, wie es etwa die Exterritorialisierung und Internationalisierung der unheiligen Stätten um Felsendom und Tempelberg oder die monetäre Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 bzw. ihrer Nachkommen wären.

Die andere Möglichkeit, langfristig Frieden zu schaffen, bestünde darin, einen Prozess voranzutreiben, der vor einigen Jahren begonnen hat und in dem vor allem die Intellektuellen gefragt sind. In ihm geht es um die beiderseitige Anerkennung der jeweiligen Traumata. Diese Revolutionierung des historischen Gedächtnisses würde die politische Kultur in der Region grundlegend verändern. Das ersetzt natürlich keine harten materiellen Kompromisse – aber die Entdeckung der Geschichte des anderen würde die eigene Gesellschaft verändern und damit den Weg zu solchen Kompromissen erst eröffnen.

Im Moment ist daran nicht zu denken. Intellektuelle, die diesen Weg beschreiten, müssen sich gegen die Legenden der eigenen Gesellschaft stellen: Hier zuzugeben, dass Israel auf den Gräbern der Palästinenser entstanden ist, und dort, dass es für die Juden keine Alternative zum israelischen Staat gegeben hat; hier darauf hinzuweisen, dass in den besetzten Gebieten vor allem Palästinenser sterben, und dort, dass Anschläge auf Synagogen in Europa nicht Widerstand gegen Israel, sondern Antisemitismus sind; hier und dort zu betonen, dass religiös begründete Ansprüche auf Landstriche und Betstätten keine politischen Argumente sein können – all diese Ansichten sind heute Häresie und brächten ihren Verkündern nicht Ruhm, sondern gesellschaftliche Isolierung ein. In Israel und Palästina kann aber der Frieden nur gewonnen werden, wenn eine solche Entideologisierung des Konfliktes beginnt.

▶ **Jörg Später** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

»Wenn die Kanonen donnern, schweigen die Musen«

Interview mit dem israelischen Historiker und Soziologen Moshe Zuckermann

Die Verhandlungen zwischen palästinensischer Führung und israelischer Regierung sind am Ende. Was gibt jetzt auf beiden Seiten den Ton an?

▶ **Moshe Zuckermann**: Momentan ist nur ein unnachgiebiger Kurs populär. In Israel benötigen ihn sowohl Premierminister Barak als auch Oppositionsführer Scharon für ihr politisches Überleben. Beide wollen die Einheits- oder Notstandsregierung, wie sie hier genannt wird. Barak, der einmal als Garant des Friedensprozesses gewählt wurde, würde derzeit Umfragen zufolge Neuwahlen gegen seinen Vorgänger Netanjahu verlieren. Während Scharon und der Likud die Beendigung des Friedensprozesses fordern, spricht die regierende Arbeitspartei zwar noch von einer Friedenslösung – aber das sind Lippenbekenntnisse an die Amerikaner und die Weltöffentlichkeit. Machtpolitisch regiert die Logik des Notstands.

Auf palästinensischer Seite kann auch Arafat mit dem Friedensprozess im Moment nichts anfangen. In Camp-David geriet er in die Sackgasse, als er Israels großzügige Angebote ausschlug, weil sie nicht ausreichten, um die verschiedenen Gruppen seiner Bevölkerung zu befriedigen und zu befrieden. Arafat hat dann die Taktik der Gewalt gewählt, die er sich als Option immer offen gehalten hatte. Der Aufstand kam also nicht nur spontan von unten, sondern war zum Großteil von oben initiiert. Es wurde sogar mit Krieg gedroht. Allerdings haben die beteiligten Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien und Syrien sehr klar gemacht, dass sie daran kein Interesse haben. Zwar müssen sie navigieren, weil es auch in ihren Staaten rumort und ein Flächenbrand entstehen könnte – aber ein Krieg würde ihre eigenen Regimes gefährden.

In beiden Gesellschaften stabilisiert also die Eskalation des Konfliktes die politischen Führungen?

▶ Ja, zudem ist sozialpsychologisch betrachtet der Großteil der israelischen Bevölkerung noch nicht friedensbereit. Der Frieden wird proklamiert, aber wenn es ans Eingemachte geht – um die Jerusalemfrage, das Rückkehrrecht, die Rückgabe von Gebieten oder den Abbau von Siedlungen – stellt sich heraus, dass die Bevölkerung sehr ambivalent ist. Das schlägt sich auch darin nieder, dass Baraks vor eineinhalb Jahren zusammengewürfelte Regierungskoalition zerfallen ist. Er hat gar kein parlamentarisches Mandat mehr, einen wirklichen Friedenskurs zu verfolgen.

Und jetzt werden auf beiden Seiten die Feindbilder reaktiviert...

▶ Diese Feindbilder waren ja nie weg. Es gab lediglich die Illusion, dass das Oslo-Abkommen diese psychische Barriere angeknackst hätte. Aber selbst im israelischen Friedenslager wollte man ja eher die Trennung von den Palästinensern statt einer Koexistenz. Auf der palästinensischen Seite ist es noch viel extremer. Dort wurde schon vor dem letzten Ausbruch der Gewalt der zionistische Feind permanent in aller Monstrosität dargestellt. Das hat natürlich eine reale Basis in der Art und Weise, in der die Palästinenser ihr Leben un-

ter der Besatzung zu fristen haben. Es hat große Verbitterung hervorgerufen, dass der Friedensprozess keine politischen Erfolge brachte und sich auch der Lebensstandard der meisten Menschen nicht verbesserte. Die Leute haben dann gesagt: ´O.k., auf diese Weise haben wir nichts gewonnen´ und waren wieder bereit, den Weg der Gewalt einzuschlagen.



Betstätten II: ... und Identitätsstiftungen Foto: R. Maro/version

Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Ohne Abbau der gegenseitigen Feindbilder und Angstvorstellungen kommt der Verhandlungsprozess nicht voran. Auf der anderen Seite ist der Abbau von Feindbildern gegenwärtig nur möglich, wenn Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt werden, die Israels Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen und gleichzeitig die Besatzung beenden.

► Das ist es, was ich seit Jahren sage. Und da gibt es eben Ungleichzeitigkeiten: Eine politische Lösung erfordert hier kurzfristig etwas, was sozial- oder kollektivpsychisch in viel längeren Prozessen verläuft. Es gibt nur eine Möglichkeit, aus dieser Art von Aporie herauszukommen: Es muss ein radikales Angebot der Besatzer an die Besetzten geben, das die Erstarrung durchbrechen und sozusagen den gordischen Knoten durchschlagen kann. Da müsste trotz Minderheitsregierung der Mut aufgebracht werden zu sagen: Ja, der Ostteil von Jerusalem muss die Hauptstadt der Palästinenser sein. Dann muss man einräumen, dass 80 Prozent der Siedlungen noch abgebaut werden müssen. Wenn man Frieden will, muss über das Rückkehrrecht der Palästinenser und über Entschädigung oder Reparation ernsthaft gesprochen werden. Man kann damit nicht noch eine Generation warten, in der letztlich die Ressentiments und Verzweiflung nur weiter zunehmen würden. Am Ende explodierten dann in Tel Aviv und Jerusalem tagtäglich Autobomben und das israelische Militär wäre nur noch mit der Zerstörung ganzer palästinensischer Dörfer beschäftigt.

Gibt es denn in der gegenwärtigen Situation kritische Stimmen, die so weitreichende Schritte fordern?

► In Israel ist das ganze von der Arbeitspartei und Peace Now getragene Establishment der Friedenslinken zusammengebrochen. Sehr viele etablierte Linke oder Linksliberale sind zu Neueinschätzungen gekommen und für meine Begriffe um 10, 15 Jahre zurückgefallen. Diejenigen, die heute noch radikal Frieden und israelische Angebote fordern, die weiter gehen als die von Camp David, stellen eine verschwindende Minderheit dar. Das Friedenslager bringt zu Demonstrationen gerade noch ein paar hundert Menschen auf die Beine.

Und auf der palästinensischen Seite? Ich denke da etwa an die Bilder vom Lynchmord an den zwei Israelis in Ramallah oder die Zerstörung des Josefsgrabs in Nablus durch einen Mob. Da muss es doch Leute geben, die sich dem widersetzen...

► Nein, solche Stimmen hört man so gut wie gar nicht – von offizieller Seite höchstens mit Rücksicht auf die internationale Öffentlichkeit. Nur wenn CNN oder BBC direkt zu einer Stellungnahme auffordern, werden diese Ereignisse verurteilt. Man sieht sich – historisch ja nicht zu Unrecht – ausschließlich als Unterdrückte, Israel und Barak werden als die großen Unterdrücker stilisiert. Da ist kein Raum für Differenzierungen. Auch palästinensische Intellektuelle – etwa aus einer Gruppe, die seit Jahren mit israelischen Intellektuellen diskutierte, zu denen auch ich zähle – sind überhaupt nicht hervorgetreten. In der aufgebrachten Stimmung, die im Moment vorherrscht, hätten sie selbst Repressionen seitens der Behörden oder vielleicht sogar vom Mob zu befürchten.

Die Eskalation trägt also dazu bei, dass innere gesellschaftliche Konflikte überdeckt werden.

► Ja, Arafat steht ziemlich unter Druck von Hamas und seiner inneren zivilen Opposition. Er muss einen Kurs steuern, mit dem sich alle identifizieren können. Dazu forciert er Hassgefühle und Feindbilder. Nun hat sich Israel diese Hassgefühle nach über 30jähriger Unterdrückung der Palästinenser durchaus verdient – es war zu erwarten, dass sie früher oder später zum Ausbruch kommen. Arafat nutzt aber diese Stimmung in der palästinensischen Bevölkerung zu machtpolitischen Zwecken. Und während man in Israel in Fernsehen und Rundfunk immerhin hier und da noch differenziert, erscheint die palästinensische Öffentlichkeit fast homogen, fast monolithisch. Die Art und Weise, in der die Behörden dort etwa das Fernsehen als Propagandamittel einsetzen, ist kein Ruhmesblatt für die palästinensischen Medien.

Nun gab es in den vergangenen Jahren ja durchaus ein paar Anläufe gegen die Erstarrung in den Köpfen – etwa die Initiative einiger prominenter palästinensischer Intellektueller, in der arabischen Öffentlichkeit endlich die Geschichte des Holocaust anzuerkennen, oder der israelische Historikerstreit zur Vertreibung der Palästinenser im Krieg von 1948. Sehen Sie Möglichkeiten, solche Initiativen zu reaktivieren?

► Wenn die Kanonen donnern, dann schweigen die Musen. Es sind nicht gerade die neuen israelischen Historiker, die momentan zu Diskussionen ins Fernsehen oder Radio eingeladen werden. Außerdem handelte es sich bei diesen Debatten vor allem um akademische Diskurse. Auf der palästinensischen Seite würden sich wie gesagt Vertreter einer Fortsetzung des Dialogs mit Israel derzeit in ernsthafte physische Gefahr begeben. Auch unsere Gruppe ist seit Monaten nicht mehr zusammengetreten – wir schicken uns höchstens ab und zu eine mail. Es wäre im Moment für mich oder andere israelische Kollegen lebensgefährlich, nach Ramallah zu fahren, und es wäre lebensgefährlich für die Palästinenser, mit uns zusammen zu kommen.

Was von solchen Ansätzen übrig bleiben wird, wenn sich die Lage beruhigt hat – und sie wird sich beruhigen müssen – gilt es abzuwarten. Es ist aber vollkommen klar, dass wir in eine neue historische Phase getreten sind. Oslo, wie es staatsoffiziell in den letzten sieben Jahren betrieben worden ist, scheint total zusammengebrochen zu sein. Nun können Leute wie ich, die zwar Oslo für das Beste hielten, was im Moment zu erreichen war, es aber gleichzeitig als einen Kapitulationsfrieden für die Palästinenser betrachteten, das nicht allzu sehr bedauern. Vielleicht entsteht daraus eines Tages etwas radikaleres, etwas, das den gordischen Knoten durchschlagen kann.

► **Moshe Zuckermann** ist Buchautor und Professor am Institut for German History an der Universität Tel Aviv. Mit ihm sprach Jochen Müller (iz3w).

In einem Kommentar in iz3w Nr. 247 griffen iz3w-Mitarbeiter die zuletzt vor allem in der Entschuldungsdebatte sowie bei der Vergabe von IWF-Mitteln aufgeworfene Problematik der Konditionalisierung solcher »Leistungen« des Nordens auf. Sie stritten den Industriestaaten das Recht ab, für die Entschuldung der Staaten des Südens an deren Regierungen »Good-Governance-Bedingungen« stellen zu können, die von der Einhaltung von Menschenrechten bis zur Strukturanpassung reichen können. Vielmehr kritisierten sie solche Forderungen wegen ihrer Orientierung an Prioritäten der Industriestaaten sowie wegen ihrer grundsätzlich selektiven Anwendung als »ideologische Geschütze«, deren vermeintliche Objektivität und proklamierte universale Gültigkeit über ihren interessenpolitischen Kern hinweg täuschten. Gegen diese grundlegende Kritik verteidigt der folgende Beitrag die Konditionalität von Entwicklungshilfe.

die redaktion

Nicht ohne Konditionen

Entwicklungspolitik kann nicht bedingungslos sein

von **Gero Erdmann**

▶ Soll tatsächlich jegliche Entwicklungshilfe ganz ohne irgendwelche Auflagen vergeben werden? Das scheint die Kritik etwa an der Menschenrechtskonditionalität zu implizieren: Also, Vorzugskredite für Fujimori, für kriegführende Staaten wie Äthiopien, Eritrea und Uganda? Entwicklungsgelder oder Hermesförderung für den Bau von Waffenfabriken? Keine Sanktionen gegen rassistische Regime wie einst in Südafrika? Das kann nicht gemeint sein – oder doch? Wenn etwa Menschenrechtskonditionalität oder die Forderung nach Good Governance nur als »ideologisches Geschütz« (Jochen Müller/Thomas Cernay, iz3w 247) »entlarvt« werden, dann stimmt etwas nicht mehr mit der Wahrnehmung oder den Beurteilungskategorien.

Tatsächlich verkennen diese (und andere) Kritiker eine ganze Reihe von Dingen. Zum Einen: Es kann keine konditionslose Entwicklungspolitik geben. Es darf wohl unterstellt werden, dass die Kritiker weder Kriege oder Apartheid, noch Waffenfabriken oder Entwicklungshilfekredite zur Förderung der Großindustrie unterstützen wollen. Möglicherweise wollen sie, dass die Armut bekämpft wird, oder dass die Menschen im Süden in die Lage versetzt werden, sich selbst für ihre Rechte einsetzen zu können. Mit solchen Zielen werden aber ebenso eigene Kriterien und Konditionen formuliert (die bei Nichterfüllung zu Sanktionen werden, denn es macht wenig Sinn, ein diktatorisches Regime mit Entwicklungshilfe zu stützen). Darüber täuschen sich die Kritiker ganz offensichtlich hinweg.

Zum anderen unterscheiden sie nicht zwischen Staat, Regierung und Bevölkerung. Statt dessen werden die Regierungen im Süden, gleich wie sie legitimiert sind und was sie tun, sakrosankt und zu genuinen Repräsentanten ihrer Bevölkerung erklärt, die nicht durch die Sanktionierung von Entschuldung oder Entwicklungshilfe unter Druck gesetzt werden dürften – auch wenn diese Regierungen ihre Existenz vielleicht der Untergrundarbeit des CIA oder massiver Aufrüstung aus dem Norden verdanken. Verkannt wird, dass es vor allem die Regierungen und die sie stützenden Eliten sind, die zunächst von der Entwicklungshilfe profitieren und damit direkt und indirekt ihre Herrschaft sichern. Denn jedes Entwicklungsprojekt bedeutet eine Einmischung – und zumeist eine Herrschaft stabilisierende. Es sind vor allem die Regierungen, die den größten Teil der Zahlungen kontrollieren und in ihrem Interesse kanalisieren. Dies gilt insbesondere für Großkredite, die allein von den Regierungen kontrolliert werden und ihnen entsprechende finanzielle und damit politische Spielräume gewähren. Es geht also auch hier um die Frage, wer in den Genuss der Entwicklungsfinanzen kommen soll. Sollen tatsächlich radikale Marktliberalisierer und Manchesterkapitalisten – auch die gibt es im Süden – mit Zinsvergünstigungen oder »Wiedergutmachungsgeldern« unterstützt werden? Zugespitzt: Konditionslose Entwicklungshilfe oder ein solcher Schuldenerlass – der tatsächlich unisono mit allen Schuldnerländern gleich verfährt – macht sich (zumindest indirekt) mit der Sicherung von Herrschaft und Unterdrückung gemein.

Von bedingungsloser Entwicklungshilfe und Schuldenstreichung würden zuallererst die Regierungen profitieren

Die Welt ist offensichtlich komplizierter als eine trivialisierte Süd-Nord-Gut-Böse-Perspektive nahelegt. Es geht nicht um eine konditionslose Politik, sondern um den Inhalt der Konditionen. Jede Entwicklungspolitik, gleich wie sie sich legitimiert, ob als »Wiedergutmachung«, menschliche Solidarität oder soziale Weltinnenpolitik etc., sie alle haben Ziele, mit denen bestimmte Bedingungen verknüpft sind. Um den Inhalt dieser Politik, um den Inhalt der Konditionen und Sanktionen, muss hier politisch gestritten werden. Und nicht nur hier, sondern auch mit den Betroffenen im Süden. Denn auch dort soll es politische Repräsentanten geben, die durchaus nicht alles »richtig« machen.

Der Hinweis darauf, dass die Menschenrechtspolitik der Regierungen des Nordens selektiv und opportunistisch ist, ist zweifellos zutreffend. Aber selbst wenn sie kohärent und einheitlich wäre, bliebe ihre Wirkung auf die Betroffenen weiterhin ungleich und mithin ungerecht. Denn kleine Staaten mit wenig eigenen Ressourcen wären von ihr sehr viel stärker betroffen als größere, vielleicht die Menschenrechte ebenso verletzende Staaten, die über reichhaltige eigene Ressourcen und große Märkte verfügen, ganz zu schweigen von militärischen Mitteln.

Bei aller Kritik an der jeweiligen Praxis kann auf das politische Instrument von Konditionen und Sanktionen zur Unterstützung von Menschenrechten, von demokratischen und sozialen Bewegungen nicht verzichtet werden. Das würde den Abschied von jedem Versuch bedeuten, sich politisch für die Betroffenen einmischen zu wollen. Es wäre tatsächlich das politisch-zynische Warten auf die »objektive Macht« einer »Metainstanz« (Müller/Cernay) (den Weltgeist oder was?) – die postmoderne Sakralisierung der Ideologiekritik und ihres politischen Frustes.

▶ **Gero Erdmann** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Afrikakunde in Hamburg.

Skurrile Tauschgeschäfte

Wie Tourismus zum Klimaretter wird



Auf der UN-Klimakonferenz in Kyoto verpflichteten sich die westlichen Industrieländer zu einer Reduktion einiger Treibhausgase um rund fünf Prozent bis zum Jahr 2012. Jetzt feilt der Norden an den Schlupflöchern des Protokolls: Die Emissionseinsparungen müssen nicht nur am eigenen Schornstein sondern dürfen auch in anderen Ländern verwirklicht werden. Verfahrensfragen dazu werden erst im November in Den Haag verhandelt. Die Weltbank präsentierte bereits ein fertiges Konzept. Danach kann sich der Norden von seinen Verpflichtungen durch die Finanzierung des Schutzes von Regenwäldern billig freikaufen. Dieser Plan kommt dem Interesse einer Erhaltung profitabler touristischer Kulissen sehr entgegen.

von **Martina Backes**

► Das Höchstmaß an Nachhaltigkeit ist im Tourismus erreicht, wenn Reisende nichts als ihre eigenen Fußabdrücke hinterlassen. So lautet die Antwort der Tourismusexperten auf die heikle Frage nach größtmöglicher Nachhaltigkeit im Tourismus. Die Vermarktungsexperten von Canopy-Tours haben mit ihrem ökotouristischen Angebot in Costa Ricas Regenwald längst die »ökologischen Fußstapfen« übertrumpft: »Sanft in der Gondelbahn von Baum zu Baum durch's Urwalddach gleiten« – so würden nicht nur Schäden vermieden, sondern mit zahlungskräftigen Touristen zur Finanzierung des Schutzes der Regenwälder beigetragen. Die klimaschädigende Anreise per Flugzeug taucht in dieser Rechnung nicht auf – Luft zeigt schließlich keine Fußabdrücke. Der peinliche Schluss: je mehr »Regenwaldschutztouristen« desto besser.

So scheinen die Prognosen über eine Verdoppelung des weltweiten Flugverkehrs bis zum Jahre 2015 – die Hälfte davon geht auf das Konto von Urlaubsreisen – niemanden zu beunruhigen. Vielmehr sah sich die Bundesregierung im September zur Verabschiedung eines neuen Flughafenkonzeptes zum Ausbau der landeseigenen Flugkapazitäten veranlasst. Dieser Beschluss steht nicht einmal in Widerspruch zur Klimaschutzstrategie des UN-Klimarahmenabkommens, denn die durch den Luftverkehr verursachten Emissionen sind aus den im Kyoto-Protokoll vereinbarten Reduktionszielen ausgenommen. Dabei ist bekannt, dass allein das wachsende Flugaufkommen die Hälfte der durch das Kyoto-Protokoll vereinbarten Einsparungen wieder auffrisst – die klimaschädigende Wirkung der Flugzeugemissionen ist in großer Höhe zwischen drei- und vierzigmal so stark wie in Bodennähe. Dennoch hebt Umweltminister Trittin, offenkundig dem völlig unzureichenden Kyoto-Protokoll verpflichtet, »Fortschritte bei der Minderungen der vom Flugverkehr ausgehenden Umweltbelastungen« hervor. Sein Verweis auf eine Novelle des Fluglärmgesetzes erinnert an die einstigen Gegnerinnen von Skiliften und Abfahrtspisten, die sich jetzt in eine Erörterung über die Wahl der chemischen Zusatzstoffe für Schneekanonen einbinden lassen. Doch nicht nur, dass mit diesem Ablenkungsmanöver die Emissionsfrage ignoriert wird. Der Flugverkehr wird auf Umwegen auch noch kräftig subventioniert. So laufen die staatlichen Zuschüsse zum »Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs«, die dem Aufbau der Verkehrsinfrastruktur rund um die Flughäfen dienen, unter dem Etikett der ökologischen Verkehrsführung.

Mit dem neuen Konzept gibt die Verkehrspolitik den Flughafenbetreibern, Bauunternehmen und Fluggesellschaften grünes Licht für die Ausschlachtung der »wirtschaftlichen Potentiale des Ferntourismus«. Dabei werden die jährlich von der Welttourismusorganisation herausgegebenen Wachstumsprognosen gerne mit unumstößlichen Naturgesetzen verwechselt. Wachstum lässt sich dann höchstens noch »verwalten«. Doch damit nicht genug. Wenn immer mehr europäische TouristInnen »Regenwaldschutzgebiete« anfliegen und dort der Natur finanziell unter die Arme greifen, zeichnet sich unter dem Aushängeschild von Klimaschutzmaßnahmen ein zusätzlicher Verdienst nicht nur für die Tourismusbranche, sondern für die gesamte Wirtschaft in den Industrieländern ab. Das Szenario ist verwickelt und die Weltbank ist Drehbuchautor.

Der Handel mit Verschmutzungsrechten hat Tauschringcharakter

Das Angebot zur Nachfrage

► Zielscheibe der Weltbankpolitik ist der Clean Development Mechanism (CDM) – einer der drei flexiblen Mechanismen der Kyoto-Vereinbarungen, die eine Umsetzung der Reduktionsverpflichtungen auch in anderen Ländern grundsätzlich erlauben. Um staatliche Emissionskonten anzulegen und den vorgesehenen Tausch von Emissionseinsparungen zwischen Staaten zu kontrollieren, braucht es eine gemeinsame Bewertungsbasis – das Geld. So sollen Emissionen wie Kohlendioxid einen monetär fassbaren Wert erhalten – ebenso wie die »Dienstleistung« von Wäldern, die eine bestimmte Menge an Kohlenstoff binden. Den »Kosten« oder Ausgaben für die Produktion respektive die Emission einer Tonne Kohlendioxid kann dann ein Guthaben auf der Grundlage der von einem wachsenden Wald gebundenen Kohlenstoffmenge entgegengehalten werden. Ein Verrechnungssystem für die Anrechnung von Emissionsguthaben ist zwar im Kyoto Protokoll noch nicht abschließend geregelt. Ein lukratives Angebot mit Tauschringcharakter hat sich dank Mithilfe der Weltbank jedoch bereits etabliert. Das Projekt Ecomarketing ist mit zehn Millionen Dollar in den Handel mit Emissionsrechten verwickelt.

Costa Rica erhält für die »Dienstleistung« der Kohlenstoffbindung seiner Regenwälder eine finanzielle Entschädigung von der Weltbank. Von der am ökotouristischen Image des Landes interessierten Regierung können sich Waldbesitzer die touristische Nutzung der Wälder als nachhaltige Nutzungsweise zertifizieren lassen. Auf dieses Zertifikat gibt es dann Bares – oft wird mit dem Zusatzverdienst eine touristische Nutzung des Waldes im Vergleich zu Viehwirtschaft oder Holzeinschlag überhaupt erst profitabel. Das Geld kommt aus dem Prototype Carbon Fund (PCF). Als Gegenleistung für die ausgezahlten Gelder, die an Costa Ricas Waldbesitzer

Die Rubrik FernWeh bietet in loser Folge Beiträge rund um das Reisen. Ein gesellschaftskritischer Blick auf das Phänomen Tourismus, auf Tourismuspolitik und auf neue Reisekonzepte à la Öko (iz3w 241) wirft viele Fragen zum »Tourismus in die Dritte Welt« auf. Dazu gehört das Bild der Fremde und des Eigenen - sei es in Reiseführern (iz3w 244 und 246), in japanischen Erlebnisparks (iz3w 248) oder der Frauenreiseliteratur (242). Weiterhin interessant sind entwicklungspolitische Tourismuskonzepte (239) oder das vermeintliche Recht (des Nordens) auf's Paradies (im Süden) (239). Auch globales Ressourcenmanagement, vom Klima (diese Ausgabe) bis zur biologischen Vielfalt (241) ist mit dem Tourismus häufig eng verzahnt. Die Vielfalt an Themen, der sich Reisende in die Dritte Welt gegenübergestellt sehen, hat FernWeh – das Forum Tourismus & Kritik des iz3w – in einer gleichnamigen Broschüre eigens für Jugendliche aufgegriffen. Weitere Infos gibt's auf der Homepage: www.iz3w.org/fernweh.

Foto: H. G. Schiele

(häufig an den Staat selbst) gehen, erhält die Weltbank den »Wert« der eingesparten Emissionen. Einzahler in den Fonds sind Industriestaaten. Als Zinsertrag erhalten sie Emissonsäquivalente costaricanischen Ursprungs. Diese virtuellen Einsparungen können dann auf die heimische Wirtschaft verteilt werden.

Qualitätsmanagement mit Emissionen

► Mit dem Prototype Carbon Fund, der zertifizierte Emissionsgegenwerte als Zinsertrag verhökert, verfolgt die Weltbank die »Schaffung eines teuren Qualitätsproduktes in einem embryonalen Stadium seines Marktes«. Dabei misst sich die Qualität an der Wahrscheinlichkeit, im Rahmen des Clean Development Mechanism der Kyoto-Vereinbarung anerkannt zu werden. Da das Verfahren »Emissionsäquivalent statt Zinsen« den Industrieländern ermöglicht, ihr eigenes Treibhausgaskonto vergleichsweise kostengünstig zu reduzieren, ist die Nachfrage bereits gesichert. So schätzten die USA die Kosten für eine Kohlendioxid-Reduktion im eigenen Land auf 125 Dollar pro Tonne, während die auf dem freien Markt erhältlichen Kompensationsleistungen nur 14-24 Dollar kosten. Es lohnt sich also nicht, in Schadstoffreduktionen im eigenen Land zu investieren, wenn sich Emissionseinsparungen billig im Ausland erwerben lassen.

Die Anrechnung von Treibhausgas-Gegenwerten aus Aufforstungen und Waldbeständen könnte sich als besonders kontraproduktiv für das Ziel der Klimastabilisierung erweisen – beispielsweise wenn Holzeinschlagfirmen ihre Wirtschaftlichkeit gleich auf der Basis von Entschädigungen für anschließende Aufforstungen kalkulieren. Costa Rica erhält bereits Gelder von dem US-Energieunternehmen Tenaska, das im Ausgleich für Treibhausgas-Emissionen den teilweisen Schutz eines Nationalparks finanziert. Der Nationalpark würde, so die Mutmaßung, andernfalls abgeholzt werden – aufgrund fehlender ökonomischer Perspektive. Auf der Grundlage dieser durchaus strittigen Prognose – der Süden als Umweltzerstörer – werden so billige Verschmutzungsrechte für den Norden abgeleitet. Dabei war die Idee, aus der der CDM hervorging, tatsächlich eine ganz andere. Am letzten Tag der Kyoto Konferenz wurde er anstelle des ursprünglich erwogenen CDF (Clean Development Fund) eingeführt. Der von Brasilien vorgeschlagene Fund sah ein Strafverfahren für Industrieländer vor, die ihren vereinbarten Reduktionszielen nicht nachkommen. An die Stelle von Strafen treten nun verkappte Subventionen für die eigene Treibhausgas produzierende Industrie. Der technologische Fortschritt, der nötig wäre, um im eigenen Land Emissionen einzusparen, ist ungleich teurer (und andere Strategien wie Veränderung des Konsumverhaltens stehen erst gar nicht zur Debatte). Dabei treten die Industrieländer als Klimaretter in Form unverzichtbarer Investoren für einen guten Zweck auf, während die Weltbank als Vermögensverwalter fungiert. Letztendlich legitimiert so eine Rechtsordnung aufgrund der Noch-Existenz der Wälder im Süden die weitere Verschmutzung des Klimas – einem globalen Umweltgut – durch Unternehmen aus dem Norden. Industrieländer werden dazu ermächtigt, auf der Grundlage ihrer Kapitalkraft weitere Verschmutzungsrechte zu erkaufen. So gesehen ist es geradezu zu begrüßen, dass das Abkommen von 1997 erst in 6 Ländern ratifiziert wurde. Doch auch manche Entwicklungsländer mischen kräftig mit. So erhofft sich Argentinien Einnahmen von 700 Millionen Dollar jährlich durch den Handel mit der »Dienstleistung« seiner Wälder.

Globales Ressourcenmanagement sichert dem Norden eine saubere Vergnügungskulisse

Verrechnungstechnische Trickkiste

► Wenngleich die nördlichen »Investitionen« in den Erhalt der Regenwälder nicht direkt auf ein Flugkilometer-Konto gutgeschrieben werden können, so dient das von der Weltbank verwaltete globale Ressourcenmanagement dennoch der Sicherung einer sauberen Vergnügungskulisse. Der klimaschädigende Besuch im attraktiven Süden fällt aus der Schadensbilanz, während der Schutz der Vergnügungsperipherie auch noch mit der Entlastung des Nordens von den Emissionsreduktionszielen kombiniert werden kann. Deshalb fordern NGOs eine Einbeziehung der Flugverkehrsemissionen in das Kyoto- Protokoll. Die Gefahr eines nicht kalkulierbaren Nachspiels ist bei diesem Deal jedoch groß. Der »Wert« des Gutes, das gehandelt werden soll, ist nämlich noch gar nicht bekannt. Da weder Stickoxide noch Kondensstreifen Kyoto-Gase sind, könnte sich ein Land oder eine Fluggesellschaft durch ausgleichende Maßnahmen, die nur den Kohlenstoff betreffen – beispielsweise eine Aufforstung in einem Entwicklungsland oder eine Entschädigung für den Erhalt Kohlendioxid-bindender Regenwälder – verrechnungstechnisch gleich der ganzen Last der anderen Gase mitentledigen. Die Möglichkeit ist verlockend, sich mit Kohlenstoff-Kompensationen freizukaufen, während der Klimaschutz wegen der dennoch verursachten Treibhausgasemissionen durch die Nicht-Kyoto-Gase scheiterte.

Bereits 1998 gab es weltweit über 100 Projekte, welche die Dienstleistung der Kohlendioxidbindung oder -lagerung veräußern. Die UN ist jetzt gefragt, diesen Markt politisch abzusegnen – mal wieder bleibt der Politik scheinbar die Rolle des nachträglichen Verwalters, der nicht die Grundsätze der Klimapolitik festlegt, sondern längst bestehende Sachzwänge verwaltet. Die werden dabei willentlich legitimiert. Auch das Geschäft mit den Kompensationen für Flugverkehrsemissionen findet im Kleinen schon längst seine Entsprechung: deutsche Fluggäste können mit einem Baumpflanzauftrag ihr persönliches Emissionskonto aufpolieren. Mit dem Programm von ONE WORLD haben ökotouristische Anbieter den käuflichen »Wertzuwachs des persönlichen Sauerstoffkontos« durch den Vertrieb von »Regenwaldschutzaktien« (Schmuckurkunde wird zugestellt) bereits verwirklicht. Das Recht auf Verschmutzung ist so längst zur Handelsware geworden, die einem kleinen Teil der fliegenden Weltbevölkerung vorbehalten bleibt; mal wieder war die Privatwirtschaft schneller als die Politik.

► **Martina Backes** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.

Musterschüler ohne Bildung

Tansania folgt den neuen IWF-Konzepten gegen Armut

Die Anpassung der ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen »armer« Länder an die Erfordernisse des Weltmarktes sind seit über zwanzig Jahren das Standardrezept von IWF und Weltbank. Genauso lang stehen die Strukturanpassungsprogramme (SAP) in der Kritik. Zuletzt wurde in Prag darauf hingewiesen, dass sie den privilegierten Schichten, nicht aber der Masse der Bevölkerung zu Wohlstand verhelfen. Tansania ist ein Musterfall für die Geschichte und Gegenwart der SAP: Seit den 80er Jahren unterzieht sich das Land, in dem gerade Präsidentschaftswahlen stattfinden, der neoliberalen Rosskur.

von **Gerhard Klas**

► Einst war die siebenjährige Grundschulausbildung in Tansania obligatorisch und kostenlos. Heute müssen Grundschüler für Einschulung und Registrierung zweieinhalb Dollar zahlen, dazu kommt eine Gebäudegebühr von bis zu fünf Dollar, Kosten für Uniformen, Schulbücher und Aufsichtspersonal. Bei mehreren Schulkindern in einer Familie kann sich der jährliche finanzielle Aufwand schnell auf 80 bis 100 US-Dollar belaufen.

Horrende Summen für die meisten Familien, denn die Hälfte der 32 Millionen TansanierInnen lebt unter der von der Regierung definierten Armutsgrenze von 0,65 Dollar am Tag. Vielen fehlt das Geld für das Notwendigste. 28 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten, die Hälfte hat keinen Zugang zu sauberem Wasser und seit 1990 ist die durchschnittliche Lebenserwartung von 50 auf 48 Jahre gefallen.

Früher galt Tansania, lange Zeit von der im vergangenen Jahr verstorbenen Symbolfigur Julius Nyerere regiert, als Prototyp eines afrikanischen Sozialismus. Nyerere verstaatlichte Ende der 60er Jahre große Teile des Bildungssystems, die Gesundheitsversorgung, landwirtschaftliche Betriebe und die schwach entwickelten Schlüsselindustrien. Bis in die 70er Jahre hinein erhielt Tansania internationale Kredite. Mit den steigenden Zinsen während der Wirtschaftskrise Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre geriet Tansania in die Schuldenfalle, die durch fallende Weltmarktpreise für Exportgüter aus dem Agrarbereich und mineralische Rohstoffe sowie steigende Importpreise für Industriegüter verschärft wurde.

Wie viele Länder des Südens unterwarf sich Tansania bald dem Diktat der Strukturanpassungsprogramme internationaler Kreditinstitutionen. Der Wandel setzte 1985 mit dem Rücktritt Nyereres ein. Sein Nachfolger, Ali Hassan Mwinyi, erreichte eine Übereinkunft mit IWF und Weltbank. Die nach wie vor regierende Revolutionspartei CCM, ein Produkt des antikolonialen Befreiungskampfes, ist heute ein williger Kooperationspartner. Zuletzt präsentierte der amtierende Präsident Benjamin Mkapa in seinem Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im Oktober die »wirtschaftlichen Erfolge« der Anpassungspolitik und greift die Opposition an: »Einige haben uns kritisiert, weil wir der Rückzahlung von Auslandsschulden Priorität geben (..). Aber man sollte sie fragen, wo sie die Kredite (..) zur Finanzierung großer Entwicklungsprojekte hernehmen wollen.«

Entschuldung mit Konditionen

► Zur Zeit gehen 40 Prozent des tansanischen Gesamthaushaltes in die Tilgung und in Zinszahlungen der mehr als sechs Milliarden Dollar Auslandsschulden. Hauptgläubiger sind die multilateralen Institutionen und an zweiter Stelle die im Pariser Club zusammengeschlossenen Industrieländer. Die Verschuldung bei privaten Gläubigern spielt in Tansania wie bei vielen anderen hochverschuldeten ärmsten Ländern (HIPC) kaum noch eine Rolle. Dies erklärt sich durch die Zusammensetzung der bilateralen Schulden aus öffentlichen Entwicklungskrediten sowie aus Handelsforderungen, die aus Schadensfällen staatlich verbürgter Liefergeschäfte des Privatsektors resultieren. In diesen Fällen garantiert in Deutschland die »Hermes-Kreditversicherungs-AG« im Auftrag der Bundesregierung Außenwirtschaftsgeschäfte deutscher Unternehmen. Da die Hermesbürgschaften zu marktüblichen Bedingungen verzinst werden, ist die Belastung für die verschuldeten Länder größer als durch offizielle Entwicklungshilfegelder. Von 11,5 Millionen Mark, die Tansania der Bundesrepublik nominal schuldet, entstanden 10,5 Millionen aus Handelskrediten, die verbliebene Million sind Kredite der Ex-DDR.

Im Rahmen der Entschuldungskampagne haben jetzt die internationalen Finanzinstitutionen angekündigt, innerhalb der nächsten zwanzig Jahre tansanische Schulden in Höhe von insgesamt zwei Milliarden Dollar zu erlassen. Als Voraussetzung dazu erfüllt das Land die klassischen Voraussetzungen neoliberaler Wirtschaftsphilosophie: vergleichsweise niedrige Inflationsraten von sieben Prozent und günstige Wachstumsprognosen.

Anders als im Falle privater und bilateraler Gläubiger müssen die erlassenen Schulden jedoch refinanziert werden. Deshalb ist der »HIPC-Trustfonds« eingerichtet worden, der sich aus Reservemitteln des IWF, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank speisen soll. Allerdings ist die Finanzierung des Trust-Fonds bis heute nicht gesichert.

So kann es bis zum Abschluss der HIPC-Initiative noch Jahre dauern. Bis dahin muss Tansania sich für die HIPC-Initiative qualifizieren und etliche Bedingungen für die Schuldenreduzierung und weitere Kreditvergaben erfüllen. Diese geben die neuen Strukturanpassungsprogramme des IWF vor, die seit dem vergangenem Jahr »Poverty Reduction and Growth Facility« (PRGF) heißen und versprechen, neben makroökonomischen Kriterien auch die Armutsbekämpfung zu berücksichtigen. So zählt auch die Erstellung eines Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung zu den Bedingungen an die Regierung in Dar Es Salaam.

Die tansanische Regierung hat ihre Hausaufgaben gemacht und signalisiert in ihrem Strategiepapier, dass sie am bisherigen Kurs festhalten will. Schon im vergangenen Jahr sind 80 Prozent der neuen Kredite zur Begleichung des Schuldendienstes und zur Abzahlung von Rückständen genutzt worden, die verbleibenden 20 Prozent gingen in den Bildungs- und Gesundheitssektor, die Wasserversorgung, das Rechtssystem, Straßenbau und Landwirtschaft. Allerdings warnt die Regierung den IWF vor zu hohen Erwartungen. Die Armut sei zu weit verbreitet und die Grundlagen für ihre Bekämpfung, die makroökonomischen Eckdaten, müssten erst noch verbessert werden. Damit folgt das Papier der seit Jahren von den internationalen Finanzinstitutionen propagierten Annahme, dass nur eine stabile Makroökonomie ein Wirtschaftswachstum durch Investitionen ermögliche,



Durch diesen Trichter müssen die Kredite kommen Foto: R. Maro/version

das wiederum zur Bekämpfung der Armut beitragen werde.

Dazu sollen zahlreiche Wirtschaftssektoren liberalisiert werden, die im Anhang des Strategiepapiers mit konkreten Zeitangaben aufgelistet sind. So sollen die Rationalisierung des öffentlichen Dienstes und die Privatisierung der immer noch zahlreichen staatlichen Betriebe voran getrieben werden. Das hat schon in den vergangenen sieben Jahren zu einem Verlust von knapp 100.000 Arbeitsplätzen geführt. Das Versicherungswesen und die National Bank of Commerce sind schon von ausländischen Investoren übernommen worden, die möglichst bald auch Zugang zu Wertpapieren an der Börse in Dar es Salaam erhalten sollen. Restriktionen auf kurzfristige Spekulationsgeschäfte will die Regierung bis 2001 aufheben.

In einem »Decision-Point«-Dokument, dem Eintrittsticket zur Entschuldung für die HIPC-Länder, reagierte der IWF auf das tansanische Strategiepapier. Während es jedoch für Steuerpolitik, Antikorruptionsprogramme und die Privatisierung der staatseigenen Betriebe konkrete Angaben macht, bleibt die vielgepriesene »Armutsreduzierung« im wesentlichen darauf beschränkt, das Problem statistisch zu erfassen. Lediglich für den Gesundheitssektor gibt es Handlungsanweisungen: Mindestens 75 Prozent der Kinder unter zwei Jahren sollen gegen Masern und Diphterie geimpft werden.

Der IWF verfolgt mit den neuen Vorgaben hauptsächlich seine alten Ziele. Die »Armutsbekämpfung« soll einem sozialen und wirtschaftlichen Kollaps vorbeugen und die zunehmende Kritik der internationalen Öffentlichkeit beschwichtigen. Vor allem aber soll die Privatisierungspolitik transnationalen Unternehmen die Türen zu Wirtschaftssektoren öffnen, die bisher als Primärversorgung der staatlichen Obhut unterliegen.

Explizit erwähnt der IWF die Wasserwerke Dar es Salaams, die DAWASA. Wie die Wasserversorgung in den anderen Regionen Tansanias sollen sie der zentralstaatlichen Kontrolle zunächst entzogen und unter regionale Verwaltung gestellt werden, an der auch private Unternehmen zu beteiligen seien. Der IWF greift dabei durchaus das Anliegen der tansanischen Regierung auf, eine »adäquate Wasserversorgung für die Mehrheit der tansanischen Bevölkerung« zu gewährleisten. Im Falle von DAWASA legt er fest, dass die Wasserwerke der Hauptstadt für mindestens zehn Jahre an einen privaten Unternehmer vermietet werden und damit betriebswirtschaftlichen Gewinnkalkulationen unterliegen.

Armutsbekämpfung soll lediglich dem Kollaps vorbeugen

Die Landwirtschaft, in der 90 Prozent der TansanierInnen beschäftigt sind, ist als tragender Pfeiler der Wirtschaft ebenfalls im Visier des IWF. Exportiert werden neben Baumwolle die für viele ehemalige Kolonien typischen Gewürze und Genussmittel: Kaffee, Tabak, Gewürznelken und Tee. Nachdem bisherige Anpassungsprogramme schon die staatlich garantierten Festpreise für landwirtschaftliche Erträge aufgehoben und dadurch die Bevölkerung den Schwankungen der Weltmarktpreise unterworfen haben, sollen nun die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe abgewickelt und das Agrarland zu marktwirtschaftlichen Bedingungen gehandelt werden. Bis 2003 soll die Privatisierung abgeschlossen sein.

Bereinigte Wachstumsprognosen

► In ihren Prognosen, von denen auch die Kreditwürdigkeit des Landes abhängt, setzen die tansanische Regierung und der IWF auf eine zügige Entwicklung der Tourismusindustrie und des Bergbaus. Tatsächlich hat in den vergangenen fünf Jahren der Anteil nichtagrarischer Produktion am Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fünf auf jetzt ca. 50 Prozent zugenommen. Vor allem rechnen die Prognosen mit steigenden Exporteinnahmen, die sich bis 2018 vervierfachen sollen, sowie auf eine Steigerung des BIP um 52 Prozent in den nächsten zwei Jahren. Mit diesen Einnahmen soll die tansanische Regierung in erster Linie ihre Zinszahlungen für die Auslandsschulden aufbringen, aber auch neue Kredite finanzieren können. Im Jahr 2018 könne Tansania so die von IWF und Weltbank definierte Gruppe der »ärmsten« Länder verlassen.

Doch die Prognose berücksichtigt weder exogene Wirtschaftskrisen, die auch in Zukunft exportorientierte Ökonomien hart treffen werden, noch die Möglichkeiten von Klimakatastrophen und Trockenperioden. Beobachter sprechen von einem »Vogel-Strauß-Syndrom« der Regierung. Und als Premierminister Frederick Sumaye vor dem Parlament behauptete, dass die CCM ihre Versprechen des 95er Wahlkampfes umgesetzt habe, in dem sie eine radikale Bekämpfung der Armut angekündigt hatte, war die Öffentlichkeit so empört, dass Präsident Mkapa zugeben musste, dass die Wahlversprechen nicht umsetzbar gewesen seien. Parteifreunde bevorzugen eine härtere Gangart: Yusuf Makamba, zuständiger Kommissar für Dar es Salaam, hat kürzlich die Stadt von allen »reinigen« lassen, deren Armut das Bild der Innenstädte »befleckte«: Prostituierte, Bettler und marginalisierte Jugendliche.

Dem IWF dürfte es egal sein, ob bei den Oktober-Wahlen die CCM oder eine Oppositionspartei das Rennen gemacht hat. Die finanzielle Abhängigkeit Tansanias öffnet seinen Konditionen alle Türen. Die »neue« Politik des IWF wird ebenso wie die alte die Polarisierung der Gesellschaft in arm und reich weiter verstärken. Die Verantwortung für diese Entwicklung wird der IWF, der zuletzt die Privatisierung von Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe forderte, auch künftig von sich weisen – schließlich war es ja die tansanische Regierung, die unter »Beteiligung der Zivilgesellschaft« Strategien zur Armutsbekämpfung entwickelt hat.

► **Gerhard Klas** ist Redakteur der Sozialistischen Zeitung/SoZ.




Konservierende Entwicklung

Laos' Weg eines nachhaltig-nachholenden Kapitalismus

Entwicklungshilfe wie Kreditvergabe werden zunehmend an die »Nachhaltigkeit« der finanzierten Projekte gekoppelt. Entwicklung soll dadurch sozial- und umweltverträglich werden. Das Beispiel von Laos zeigt jedoch die Widersprüche, die auftreten, wenn gleichzeitig eine Ankoppelung an den Weltmarkt betrieben und natürliche Ressourcen geschützt werden sollen.

von **Steffen Schülein**

► Auf der EXPO präsentierte sich Laos als ein Musterbeispiel für nachhaltige Entwicklung: »Laos besitzt viele natürliche Reichtümer: Wasser, Bodenschätze und eine Waldfläche, die fast die Hälfte des Landes bedeckt. (...) Laos zeigt seine Ansätze einer ökologisch orientierten Wirtschaftsentwicklung, die den Schutz der natürlichen Ressourcen, vor allem des Waldes in den Mittelpunkt stellt. (...) Das Land will die Weltausstellung nutzen, um Wege aufzuzeigen, wie ohne Raubbau an der Natur die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen eines Volkes verbessert werden können.« Wie auf der EXPO so auf Erden.

Laos – die zukünftige Schweiz Indochinas. Diese gewagte Analogie charakterisiert die Entwicklungsvorstellungen für das kleine gebirgige Binnenland. Propagiert wird die Gewinnung von Energie aus Wasserkraft und die Förderung des Tourismus. Als so genannter Spätentwickler scheint Laos auf den ersten Blick gute Voraussetzungen mitzubringen, um aus den ökologischen Fehlern seiner Nachbarländer zu lernen.

Was hier jedoch als Modell für Nachhaltige Entwicklung angepriesen wird, gründet auf dem altbekannten Szenario einer nachholenden Modernisierung, in das sich einige Projekte zum Schutz der natürlichen Ressourcen einzugliedern versuchen. In erster Linie soll Wirtschaftswachstum durch die Öffnung des Landes, durch die Förderung ausländischer Investitionen und den Anschluss an das 'East Asian Miracle' ermöglicht werden und dem Land Wohlstand bringen. In Ermangelung produktiver Wirtschaftsstrukturen werden dabei die natürlichen Ressourcen als primäre Entwicklungsfaktoren angesehen. Das Schlagwort 'Nachhaltigkeit' scheint dabei eher die Unvereinbarkeit von Ausbeutung und Konservierung zu verschleiern, als dass damit der Blick auf die tatsächlichen Machtverhältnisse eines am globalen Markt orientierten Entwicklungsprozesses geschärft würde.

Natürliche komparative Vorteile

► Der Reichtum an »natürlichen Ressourcen« in Laos wird in nahezu allen Entwicklungsstrategiepapieren hoch gelobt. Die Lebensgrundlage »Wald« wird zur bloßen Holzressource umgetauft. Tatsächlich wurden schon zur Zeit der Abschottung begehrliche Blicke auf diese 'letzte Schatzkammer Südostasiens' gerichtet. Die Ressourcen (bes. Holz), die in den Nachbarländern schon früh der Industrialisierung zum Opfer gefallen waren, hatten im kommunistischen Laos eine weit gehende Schonfrist erfahren. In Ermangelung produktiver Strukturen liegt es für Laos – ökonomisch betrachtet – nahe, die komparativen Vorteile der späten Entwicklung zu nutzen. Die Wälder und die (noch untouristisierte) buddhistische Kultur stellen die einzigen Tauschwerte dar, die Laos auf dem Weltmarkt anzubieten hat. Deren Inwertsetzung ist damit aus modernisierungsorientierter Perspektive das vorrangige Entwicklungsziel.

Nun bleibt diese Inwertsetzung nicht ohne Konsequenzen. Mit dem Einzug der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte trauen sich zwar nur noch wenige, öffentlich 'Industrialisierung sofort, Umweltschutz später' zu fordern. Für Laos wird denn auch von globalen Entwicklungsvertretern – etwa von OECD oder UNDP – eine Orientierung an den Fehlern der Nachbarländer und eine Nutzung der so genannten 'late-comer advantages' gefordert. Doch danach gefährdet das Wirtschaftswachstum eine nachhaltige Entwicklung nicht. Im Gegenteil: Wirtschaftswachstum wird als der einzige Weg angesehen, Armut zu beseitigen und nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Nachhaltigkeit soll die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen ermöglichen ohne sie auszubeuten.

Angesichts der tatsächlichen Situation erweist sich dies jedoch als Wunschdenken. Denn zunächst einmal muss das Bild des laotischen Ressourcenreichtums korrigiert werden. Bei der Evaluierung des Waldbestands etwa hat man sich jahrelang in die Tasche gelogen, mittlerweile ist nur noch knapp ein Viertel der Landesfläche bewaldet. Zwar wurde schon immer Holzhandel mit Thailand betrieben, mit der Öffnung vervielfachte sich die Menge jedoch, einem offiziellen Einschlagsverbot zum Trotz. Von Entwicklungsprojekten erstellte Karten zur Evaluierung des

Waldbestandes wurden dazu benutzt, die besten Einschlaggebiete ausfindig zu machen. Außerdem finanziert sich das Militär aus der Vergabe von Konzessionen zur Abholzung. Innerhalb dieser Konzessionen wird das Tropenholz teilweise für die Hälfte des Weltmarktpreises verschleudert.

Verbliebene Primärwaldbestände befinden sich heute hauptsächlich in abgelegenen Talkesseln und unzugänglichen Bergregionen. Diese Gebiete jedoch sind heute interessant für Staudammprojekte, den zweiten Hoffnungsträgern für laotische Entwicklung. Nutzungskonflikte sind in dieser Situation unvermeidlich. So mussten Verantwortliche der Weltbank feststellen, dass sie ein Naturschutzgebiet (NBCA) und einen Staudamm am gleichen Ort finanzierten. Das Projekte zum Schutz des Waldes ging damit buchstäblich baden.

Waldschutz ohne Bäume

► Bis zu sechzig Groß-Staudämme sind auf laotischem Staatsgebiet geplant, mehrere davon befinden sich bereits im Bau. Die erzeugte Energie soll in die 'boomenden' Wirtschaftsregionen Thailands (und Vietnams) exportiert werden. Da Laos über keine Finanzmittel verfügt, werden die Staudämme von internationalen Investoren gebaut, der Investor darf den Gewinn abzüglich einer Ressourcenpauschale über einen Zeitraum von 25-30 Jahren einstreichen. Bereits die Planung eines Staudamms, genauer: die Unterzeichnung eines MOU (Memorandum Of Understanding), berechtigt den Investor zum Erwerb einer Konzession für die Befreiung des Staudammbeckens von organischem Material.

Für Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umsiedelungen gab es lange kein Geld, bis auf internationalen Druck von NGOs diesbezügliche Verfahren eingeleitet wurden. Die Weltbank drohte sogar die Kreditzusage zurückzuziehen, wenn keine glaubwürdige Umweltverträglichkeitsprüfung für den besonders umstrittenen Staudamm Nam Theun 2 geliefert würde. Bei einer Ortsbegehung stellte man keine möglichen negativen ökologischen Folgen der Fertigstellung fest: Es wuchs bereits kein Baum mehr in dem Tal. Dem Kredit stand also nichts mehr im Wege.

»Nachhaltigkeit« kaschiert die Widersprüche der Entwicklungsideologie

Besonders aktiv sind thailändische Unternehmenszusammenschlüsse, die sowohl die lukrative Abholzung des Beckens, Bau und Betrieb des Staudamms als auch die Abnahme des Stroms unter sich ausmachen und die laotische Regierung unter massiven Preisdruck setzen können. Energie aus Wasserkraft ist deshalb in Laos konkurrenzlos billig. Nach der Asienkrise und dem Einbruch der thailändischen Wachstumsraten wurden die nur halb offiziellen Zusagen über die Abnahme von Wasserkraft wieder rückgängig gemacht. Gleichzeitig verliert die ländliche Bevölkerung, die in den fruchtbaren Flusstälern Landwirtschaft und Fischfang auf Subsistenzniveau betreibt, ihre Lebensgrundlage, wird umgesiedelt oder zieht in die Städte.

Kritik an diesen Projekten wird immer häufiger auch von der Seite der internationalen Entwicklungsorganisationen geäußert. Die Aussichten und Einsichten über einen sozialen, ökologischen und ökonomischen Fehlgriff veranlassen eine Suche nach weiteren möglichen Entwicklungspotentialen.

In der Hoffnung auf die Erwirtschaftung von Devisen wird nun die 'sanfte' Tourismusentwicklung propagiert. Tatsächlich verspricht der Tourismussektor beträchtliche Wachstumsraten. Eine Verdopplung der Touristenzahl innerhalb von drei Jahren auf rund eine Millionen BesucherInnen im 'Visit Laos Year 2000' wird prognostiziert. Die Einnahmen für Laos werden auf nur etwa 100-150 US-Dollar pro TouristIn geschätzt, weil die größeren Hotels in der Mehrzahl im Besitz von Thais und Chinesen sind, und die TouristInnen zum großen Teil Importprodukte aus Thailand konsumieren. Von westlichen Reisenden wird Laos vor allem für die Ursprünglichkeit seiner buddhistischen Kultur geschätzt. Ob diese Ursprünglichkeit nachhaltig gewahrt werden kann, wenn die Hoffnungen der Tourismusplaner sich erfüllen und im Jahr 2004 acht Millionen Besucher nach Laos kommen – bei knapp über fünf Millionen EinwohnerInnen?

Offenbar ist ein Entwicklungsprozess basierend auf marktwirtschaftlicher Öffnung für Akteure mit unterschiedlichsten ökonomischen Interessen mit »Nachhaltigkeit« nicht vereinbar, selbst wenn der Wille dazu bei den politisch Verantwortlichen an erster Stelle stünde. Die wechselseitige Rhetorik der Nachhaltigkeit von lokalen Eliten und westlichen Entwicklungsorganisationen scheint im Wesentlichen dazu zu dienen, Widersprüche der herrschenden Entwicklungsideologie zu kaschieren und Kontinuität im Entwicklungsbusiness zu sichern. Die EXPO ist dafür nur ein besonders naives Beispiel.

► **Steffen Schülein** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

► Laos gehört mit einem durchschnittlichen Bruttosozialprodukt pro Kopf von knapp über 300 US-Dollar zu den ärmsten Ländern der Welt. Das Rückgrat der laotischen Ökonomie bildet eine subsistenzorientierte Landwirtschaft, von der etwa 80 Prozent der Bevölkerung lebt. Devisen stammen aus dem Export von Holz, dem Verkauf von Energie aus Wasserkraft und seit neuestem aus dem Tourismus. Die Industrialisierung des Landes beschränkt sich auf die Hauptstadt Vientiane. Dort werden Zigaretten, Bier und Softdrinks produziert, durch ausländische Investitionen entsteht eine Textilbranche, die in Billiglohnkonkurrenz zu Thailand tritt. Die bestehenden Ungleichheiten zwischen dem urbanen Zentrum und der ruralen Peripherie nehmen zu.

Bis in die 90er Jahre war die Volksdemokratische Republik Laos weitgehend abgeschottet und fristet auch heute noch auf der weltpolitischen Bühne ein Schattendasein. Die ehemalige Kolonie Frankreichs (frz. Indochina) wird seit der Revolution 1975 von der kommunistischen Pathet Lao (LPRP- Lao Peoples Revolutionary Party) regiert. Die LPRP übernahm ein durch den Vietnamkrieg zerstörtes Land. Ungefähr zwei Millionen Tonnen Bomben hatten die USA über Laos abgeworfen, ein erheblicher Teil davon liegt auch heute noch als UXO (unexploded ordnance) im Osten des Landes herum. Politisch und wirtschaftlich wurde die Machtübernahme von der Sowjetunion und Vietnam unterstützt.

Ende der achtziger Jahre kehrte die Regierung den gescheiterten Kollektivierungsmaßnahmen den Rücken und wandte sich mit »chinthanakaan mai« (neuem Denken) marktwirtschaftlichen Prinzipien zu. Die Reformen des N.E.M. (New Economic Mecanism) bestanden in der sukzessiven Öffnung des Landes und der Anlehnung an die Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank. (Reformen der Geld- und Fiskalpolitik, Privatisierung von Staatsbetrieben, Liquidierung von Kooperativen). Die Aufnahme von Laos in die ASEAN (Association of South East Asian Nations) 1997 wird als Markstein für die ökonomische Integration des Landes in das 'East Asian Miracle' gesehen. Laos soll seine strategische Position als Bindeglied zwischen China, Thailand, Vietnam nutzen und sich zur Drehscheibe Südostasiens entwickeln.

Bombenanschläge auf Tourismusrestaurants in der Hauptstadt Vientiane und ein Wiederaufleben der Guerilla-Aktivitäten im Landesinneren sorgten in den letzten Monaten für außergewöhnliches Medieninteresse an Laos. Zunächst hieß es, ein exilierter Prinz wolle König werden und benutze dazu die regierungsfeindliche Hmong-Guerilla (zu Vietnamkriegszeiten massiv von den USA gegen die Kommunisten in Stellung gebracht). Hinter der Wiederaufnahme der Guerilla-Aktivitäten steckt aber vermutlich vor allem die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage großer Teile der ländlichen Bevölkerung und besonders der Bevölkerungsgruppe der Hmong. *schü*

Alternative Entwicklungskonzepte, ob sie sich nun »Globale Strukturpolitik« (vgl. iz3w 245) oder »Systemische Wettbewerbsfähigkeit« (vgl. iz3w 248) nennen, sind in der Regel Modifikationen der Idee einer nachholenden Entwicklung. KritikerInnen vor allem aus dem Süden sehen in diesen Ansätzen Sackgassen, weil ihnen allesamt ein Begriff von Entwicklung zugrunde läge, der auf das westlich-kapitalistische Wirtschaftsmodell abziele. Die Post-Development-Ansätze haben gemein, dass sie keine alternativen Entwicklungsmodelle, sondern Alternativen zur Entwicklung anstreben.

Nach der Entwicklung

Post-Development-Ansätze: Fortschrittskritik mit Fußangeln

von **Aram Ziai**

► Von WEED bis zur Weltbank – sie wollen alle nur das eine: Entwicklung. Dieses Ziel scheint gerade wegen seiner Unbestimmtheit über alle politischen Schranken hinweg universelle Gültigkeit beanspruchen zu können. Allerdings finden sich unter dem Etikett »Post-Development« einige EntwicklungstheoretikerInnen, die grundsätzliche Kritik an Entwicklung und Fortschritt üben. Während die »gemäßigten KritikerInnen« der Entwicklungsszene es schon begrüßen, wenn die Weltbank endlich begriffen hat, dass Entwicklung etwas anderes ist als das BIP und zu einem »ganzheitlichen Ansatz« (»comprehensive development framework«) übergehen möchte, bleiben die weniger gemäßigten KritikerInnen weithin unbeachtet.

Gemeinsam ist diesen »Abweichlern«, dass sie zu dem Schluss kommen, das Projekt der Entwicklung sei gescheitert, da die Prozesse, die ein »Aufholen« gegenüber dem Westen in Gang setzen sollten, nur in einer Vergrößerung des »Rückstands« resultierten. Spätestens mit dem Bewusstsein über die ökologischen Folgen des westlichen Entwicklungsmodells sei dessen Nicht-Verallgemeinerbarkeit offensichtlich geworden. Die ganze Idee der Entwicklung wird in dekonstruktivistischer Manier als eurozentrisches Konstrukt entlarvt, das in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zur kulturimperialistischen Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln diente. Deshalb müsse es aus emanzipatorischer Perspektive nicht um alternative Entwicklung, sondern um *Alternativen zur Entwicklung* gehen. Diese *Post-Development* Alternativen, die als Reaktion auf das Scheitern des Entwicklungsprojektes im Entstehen begriffen sind, verorten die AutorInnen in verschiedenen Graswurzelbewegungen im Trikont sowie im informellen Sektor, in dem sie eine Gesellschaftsform sehen, die nicht an den »westlichen« Werten der Moderne orientiert ist. Im Folgenden werden diese Kernthesen – als roter Faden des Post-Development – im Einzelnen ausgeführt.

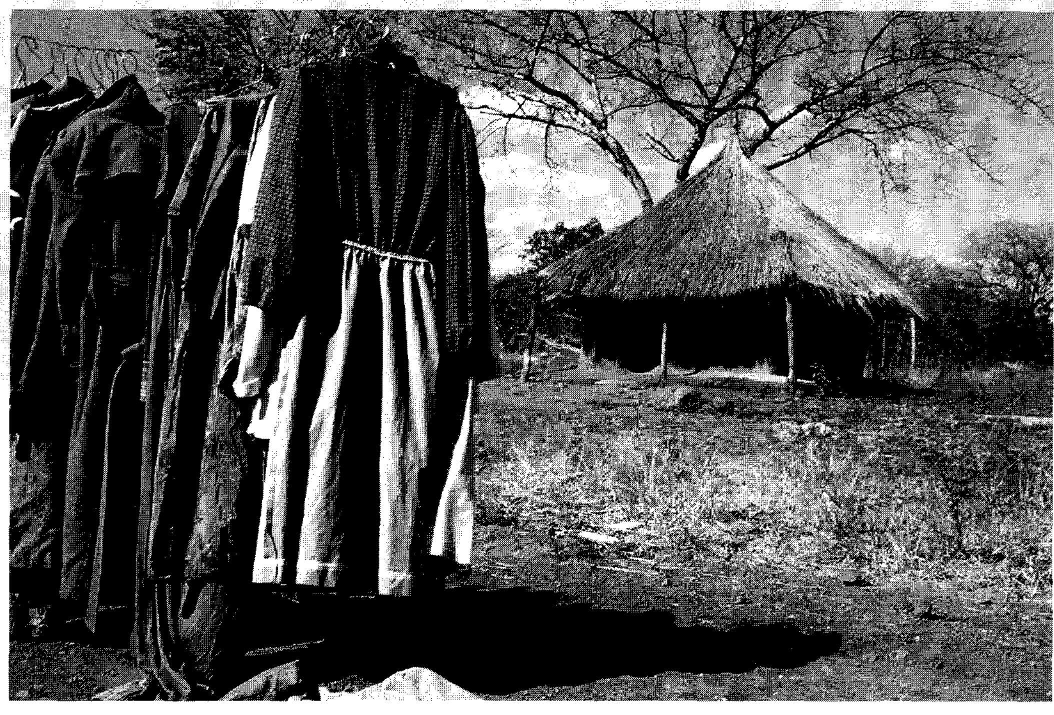
Die Idee der Entwicklung ist ein eurozentrisches Konstrukt

Der Post-Development Ansatz (sofern man pauschal von einem einheitlichen Ansatz sprechen kann) zeichnet sich durch eine emanzipatorische Perspektive und eine enge Verknüpfung von Theorie und Praxis aus. Er sieht sich als Reflektion gesellschaftlicher Prozesse. Bei allen hier erwähnten AutorInnen finden sich ähnliche Thesen in verschiedenen Variationen, wenn auch in sehr unterschiedlicher Klarheit, Radikalität und Plausibilität. Grundlegend unterscheiden lässt sich eine intuitive, emphatische (Esteva, Rahnema) und eine akademische (Escobar, Latouche, Apffel-Marglin) Variante des Ansatzes. Erstere ist von einer offenen Parteinahme für die lokalen Alternativen geprägt: deren Schilderung ist ebenso euphorisch wie die Verdammung des westlichen Entwicklungsmodells pauschal. Oft wird die »spirituelle Verarmung« der Menschen in den modernen Industriegesellschaften und die ungleich intensivere emotionale Bindung des bzw. der Einzelnen an Natur und Gemeinschaft in den Graswurzeln betont und die Argumentation auf Intuition und Empathie statt auf Logik gestützt. Die akademische Variante zeichnet sich demgegenüber durch eine distanziertere, eher beschreibende statt bejubelnde Darstellung und eine tendenziell vorsichtigere Bewertung aus. Grundlage ist hier eher Foucaults Dekonstruktivismus als die Weisheit Gandhis oder Fanons Anti-Imperialismus (vgl. Kasten).

1. Gescheiterte Entwicklung

► Entwicklung wird im Post-Development Ansatz verstanden als das zentrale Projekt der Moderne, das darin besteht, eine aus dem westlichen Kulturkreis stammende und an den Industrienationen orientierte ökonomisch verengte Vorstellung von einer guten Gesellschaft weltweit mittels planerischer Eingriffe von Experten zu verwirklichen. Zentrale Elemente dieser guten Gesellschaft sind Nationalstaat, Wirtschaftswachstum, Industrialisierung, Kapitalismus, repräsentative Demokratie, individuelle Menschenrechte und Wohlstand in Form von Massenkonsum. Der »real existiert habende« Sozialismus wird lediglich als bürokratische Variante dieses Entwicklungsprojektes angesehen.

Das Resultat nach 50 Jahren Entwicklungspolitik ist jedoch ernüchternd: von einem Aufholen gegenüber den als Referenzpunkt definierten entwickelten Gesellschaften kann keine Rede sein. Die Prozesse, durch die jene defizitären Gesellschaften so werden sollten, wie die schon vollkommen »entwickelten«, bewirkten eine immer größer werdende Kluft zwischen beiden (bzw. konnten diese nicht verhindern, je nach Interpretation). Als diese Polarisierung Anfang der siebziger Jahre nicht mehr zu ignorieren war, wurde das Versprechen auf Entwicklung modifiziert mit der Argumentation, dass die


Foto: D. Schlutz

Entwicklungsmodelle, an der Garderobe abgegeben

bisherigen Mittel zur Erreichung des Zieles untauglich, das Ziel selbst jedoch immer noch erreichbar (und natürlich auch erstrebenswert) sei. In der Folge entstanden nacheinander die Trends der »ländlichen«, »grundbedürfnisorientierten«, »frauenzentrierten« und »nachhaltigen« Entwicklung, die letzten Endes jedoch wieder um die Pole Modernisierung, Wirtschaftswachstum, Technologisierung und Expertenwissen kreisten und das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich auch nicht aufhalten konnten.

Daraus folgern die Post-Development-TheoretikerInnen, dass das Projekt der immer als nachholend gedachten Entwicklung gescheitert sei. Die Vorstellung »Entwicklung für alle« habe sich als nicht realisierbar erwiesen. Untermauert wird dies noch durch die Erkenntnis, dass das bestehende Gesellschaftsmodell der entwickelten Staaten aufgrund des immensen Ressourcenverbrauchs und von Umweltzerstörung erwiesenermaßen nicht verallgemeinerbar ist. Doch wenn man Entwicklung nicht als »Massenkonsum für alle«, sondern bescheidener versteht, stellt sich die Frage: Ist das Projekt der Entwicklung wirklich komplett gescheitert? Haben sich die Lebensverhältnisse vieler Menschen im Süden in den letzten 50 Jahren nicht spürbar verbessert? Letzteres bestreitet das Post-Development Lager mit folgenden Argumenten. Erstens beruhten die Kriterien der Verbesserung auf dem eurozentrischen Entwicklungskonzept. Zweitens würden die Verbesserungen von den Menschen mit dem Verlust der politischen Souveranität (an den Staat), der wirtschaftlichen Unabhängigkeit (an den Markt) und der kulturellen Identität bezahlt. Drittens seien die Verbesserungen nicht verallgemeinerbar. Gerade der strittige dritte Punkt wird jedoch mehr behauptet als belegt, und bezeichnenderweise fehlt eine Auseinandersetzung mit der südostasiatischen Erfahrung (relativ) erfolgreicher nachholender Entwicklung.

Es muss um Alternativen zur Entwicklung gehen, nicht um alternative Entwicklung

2. Entwicklung als Nord-West-Modell

▶ US-Präsident Truman sprach in seiner Antrittsrede 1949 vom Elend der Menschen in den unterentwickelten Regionen, die dringend Entwicklung bräuchten, und zwar primär in Form von Investitionen und Technologien. Er kündigte ein Programm der Modernisierung, der Produktionssteigerung und des freien Handels an, das im beiderseitigen Interesse sei. Dieses Programm hatte einen Namen: Entwicklung. Im Namen der Entwicklung wurden nun alle nicht-westlichen Lebensweisen als rückständig definiert: »Die Gesellschaften der Dritten Welt realisieren nicht unvergleichlich andersartige Lebensmöglichkeiten, sondern sind stattdessen mehr oder weniger auf einer kontinuierlichen Bahn fortgeschritten, deren Richtung durch die hegemoniale Nation vorgegeben ist« (Sachs 1995). Die westliche Vorstellung einer guten Gesellschaft (die zufällig mit dem Zustand der eigenen weitgehend identisch war) wurde kurzerhand verallgemeinert, die unendliche Vielfalt der Lebensweisen in anderen Kulturen wurde pauschal als einheitlich traditionell (vormodern), defizitär (unterentwickelt) und minderwertig definiert.

Als höherwertig, so die Post-Development Kritik, erscheint die »moderne« Lebensweise jedoch nur in einer Perspektive, die mehr mit besser gleichsetzt, die Fremdbestimmung, Isolation, das Aussterben von Kulturen und Sprachen, sowie das instrumentelle, ausbeuterische Verhältnis zur Natur nicht als problematisch erfassen kann, die einem positivistischen, abstrakt-quantitativen Denken und einer ökonomischen verengten Rationalität verhaftet, westlich geprägt und keineswegs allgemeingültig ist. Menschen anderer Kulturen, die nicht in den Bahnen dieser Rationalität denken, haben durchaus andere Vorstellungen von einer guten Gesellschaft und einem guten Leben. Letzteres ist aus dieser Perspektive eben nicht über die Fähigkeit messbar, auf dem Markt Waren zu erwerben, Lesen und Schreiben zu können, oder in einer Arztpraxis medizinische Versorgung zu erlangen.

Zwar ist die Kritik an der Universalität der ökonomischen (cartesianischen, instrumentellen) Rationalität vollends berechtigt, die anti-universalistische, kulturrelativistische Position hat allerdings weitreichende Folgen. Wenn es keinen überkulturell gültigen Armutsbegriff gibt, kann auch eine (vergleichsweise) hohe Kindersterblichkeit nicht mehr als Problem angesehen werden, das der planenden Verbesserung bedarf. Umverteilung und Armutsbekämpfung werden generell überflüssig, da der herrschende Armutsbegriff auch nur ein eurozentrisches Konstrukt ist. Dies könnte von konservativer und neoliberaler Seite sehr leicht zu einer Apologie des status quo missbraucht werden – wäre da

nicht das ständige Beharren auf Emanzipation und Unabhängigkeit. Armut wird nicht als Problem angesehen, Unterdrückung sehr wohl. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung erscheint im Post-Development nicht als kulturell geprägt, sondern als universell gültiger Wert. Denn eine Theorie, die davon ausgeht, dass es keine suprakulturelle, sondern nur eine kulturell begrenzte Rationalität gibt (wie beispielsweise der Kulturrelativismus), impliziert darüberhinaus, dass es dem Einzelnen nicht möglich ist, die eigenen Denkvoraussetzungen zu hinterfragen und eventuell zu überwinden – und das stünde einem Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit im Weg.

3. Postkoloniale Entwicklung

► Was wie eine Neuauflage eines altbackenen dependenztheoretischen Arguments scheint, ist gänzlich neu akzentuiert: Die Post-Development AutorInnen legen den Schwerpunkt weniger auf die These der wirtschaftlichen Abhängigkeitsstrukturen, sondern auf die kulturelle Hegemonie des westlichen Entwicklungsmodells. Die Verbreitung des eurozentrischen Entwicklungsdenkens hat zu einer Aufrechterhaltung kolonialer Herrschaftsstrukturen beigetragen und im Verbund mit der Dynamik eines kapitalistischen Weltmarkts zur »Vermarktwirtschaftlichung aller Lebensbereiche« (Rist), zur Homogenisierung der Kulturen und zur »Verwestlichung der Welt« (Latouche) geführt. Diese führt nicht direkt zur Monokultur, sondern ist durchaus kompatibel mit regionalen Unterschieden in den Konsummustern. Technologie und Wissenschaft haben in diesem Kontext ebenfalls Herrschaftsverhältnisse gestützt, indem sie die Überlegenheit der Experten (meist weiße Männer) demonstrierten und ihre gesellschaftliche Gestaltungsmacht legitimierten. Mit Hilfe von Entwicklung konnte »jede Intervention im Namen eines höheren Zwecks gerechtfertigt werden.« (Sachs)

Besonders in dieser These wird die Schwäche des Post-Development Ansatzes deutlich: Entwicklung wird als homogenes Gebäude, als monolithischer Block in Theorie und Praxis konzipiert. Der vielschichtige Prozess der Entwicklung und Modernisierung wird in der Regel auf die »Ökonomisierung der Welt« (Esteva) reduziert, und eventuelle befreiende Wirkungen dieses widersprüchlichen Prozesses kommen in der Argumentation nicht vor. Besonders in den emphatischen Varianten herrscht ein dichotomisches Gut-Böse-Schema vor, das die Idee der Entwicklung als »kulturelle Variante von AIDS« (Rahnema) und ihre Praxis als »Gulag« und »Holocaust« (Esteva/Prakash) simplifiziert und dämonisiert.

4. Alternativen zur Entwicklung

► Solange alternative (auch und gerade sozialistische) Ansätze dem Entwicklungsbegriff und seinen Konzepten – ökonomische Rationalität, instrumentelles Naturverständnis, westlicher Universalismus inklusive Demokratie und Menschenrechten, Idealbild der Massenkonsumgesellschaft – verhaftet bleiben, reproduzieren sie erstens Dominanzstrukturen und führen zweitens in eine Sackgasse. Entwicklung ist nach Ansicht der Post-Development TheoretikerInnen demnach immer nachholende Entwicklung.

Diese These ignoriert jedoch die weitreichenden Veränderungen und die Heterogenität in Entwicklungstheorie und –praxis seit den frühen 50er Jahren und differenziert kaum zwischen Staudammprojekten und »empowerment«-Programmen für Frauen. Andererseits sind auch diejenigen, die einen fortschrittlichen entwicklungspolitischen Ansatz vertreten, oft immer noch der Ansicht, dass die Menschen im Süden Entwicklung brauchen, vielleicht weniger in Form von Staudämmen und mehr in Form von Gesundheitsversorgung und Menschenrechten, aber sie brauchen Entwicklung, und somit auch EntwicklungsexpertInnen und –organisationen, die sie dabei unterstützen. Die entscheidende Frage ist nicht: herrscht nicht mittlerweile eine viel bessere, alternativere Entwicklungsdefinition als zu Zeiten der frühen Modernisierungstheorie, vielmehr lautet die Frage: wer definiert Entwicklung für wen? Wer entscheidet, dass die Errungenschaften der Entwicklung die notwendigen Opfer aufwiegen? Nur selten die, die Opfer bringen müssen.

Die Post-Development-AutorInnen argumentieren, dass alternative und emanzipative Entwicklungskonzepte sich eben nicht ohne weiteres von der traditionellen Definition lösen lassen, und zahlreiche Elemente des modernisierungstheoretischen Verständnisses auch bei einer alternativen Definition als »blinde Passagiere des Entwicklungsdiskurses« (Perrot) mitreisen. Die von Escobar und auch von Rist illustrierte Geschichte der Kooptierung alternativer Entwicklungskonzepte seitens der etablierten Institutionen (allen voran der Weltbank), die die Grundlagen des Entwicklungsparadigmas unangetastet ließ, spricht für ihre These. Ob sich der Kampf um eine kritische Besetzung des Entwicklungsbegriffs lohnt, ist daher fraglich. Allerdings auch,

Theoretische Grundlagen des Post-Development

► Die Thesen des Post-Development sind stark beeinflusst von einigen Denkern, auf die auch ausdrücklich Bezug genommen wird. Von Gandhi übernommen wurden bei einigen Post-Development TheoretikerInnen nicht nur die Idee der swaraj, der Dorf-Republiken, sondern auch das Ideal des »einfachen Lebens«. Letzteres spiegelt sich wider in Gandhis Diktum, dass es auf der Erde »genug gibt für die Bedürfnisse von allen, aber nicht für die Gier von allen« – die Gier nach mehr Gewinn, mehr Konsum, aber auch nach mehr Effizienz und Produktivität. Genügsamkeit ist eine unverzichtbare Tugend in Gandhis gleichermaßen politischem wie spirituellem Programm. In ihm leben die Menschen frei und selbstbestimmt und beteiligen sich alle an der gemeinsamen Arbeit – reiche Müßiggänger gibt es nicht. Unter swaraj verstand er eine dezentralisierte Struktur von Dörfern, die in den lebenswichtigen Bereichen autark, aber in anderen voneinander abhängig und im regen Austausch miteinander sind. Wirtschaftliche oder politische Machtzentren gibt es nicht, und die übergeordnete Republik beruht gänzlich auf dem Willen der Basis. Zentralisierung wird als strukturell gewalt- und herrschaftsförmig abgelehnt, ebenso wie generell die Entwicklung nach dem Vorbild der industrialisierten Kolonialmächte.

Ivan Illich hat Anfang der siebziger Jahre eine radikale Kritik der industrialisierten Gesellschaft in West und Ost vorgelegt, die im Post-Development stark rezipiert worden ist. »Der Traum, den Menschen durch die Macht der Bürokratie und die Kraft des Motors zu befreien, hat die Unterjochung der Produzenten und die Süchtigkeit der Konsumenten bewirkt,« so die Diagnose von Illich. Ihm zufolge sind die »Werkzeuge« in dieser Gesellschaft (mit diesem Begriff bezeichnet er sowohl Technologien als auch gesellschaftliche Institutionen) zum Selbstzweck geworden, der immer weiteres Wachstum und immer weitere Spezialisierung erfordert und dabei die Freiheit der Menschen immer mehr einschränkt. Die verselbständigten modernen Werkzeuge schaffen Bedürfnisse, die sie nicht befriedigen können, bringen Expertenklassen hervor, die die Menschen entmündigen und verdrängen herkömmliche Methoden, die den selben Zweck erfüllt haben. Illichs bervorzugte Beispiele entstammen den Bereichen Bildung und Medizin: Wissen wird neuerdings mit Schulabschlüssen gleichgesetzt, der Ärztestand monopolisiert selbst simple Heilmethoden und hat die Definitionsmacht

ob wirklich jeder analytische oder programmatische Gebrauch des Entwicklungsbegriffs in ein modernisierungstheoretisches Verständnis zurückfällt.

5. Zurück zu den Wurzeln?

► Bei der Ablehnung von Entwicklung geht es nicht um Stagnation, sondern um einen Wandel, der den Menschen erlaubt, »Regeln und Inhalt des Wandels gemäß ihren kulturell geprägten Moralvorstellungen und Zielen zu verändern.« (Rahnema) Wenn man den Ansatz auf eine Formel bringen müsste, lautete sie »Selbstbestimmung statt Entwicklung«. Nach der pauschalen Ablehnung des Entwicklungsprojekts bleibt den AutorInnen nur noch der radikale Bruch mit der Moderne und der Rückzug auf das »ganz Andere«, die Gesellschaft nach dem Entwicklungszeitalter, die sich ihrer Ansicht nach in den lokalen Alternativen herausbildet. Entgegen einer häufigen Kritik geht es den meisten AutorInnen nicht darum, das Rad der Zeit zurückzudrehen und zu den authentischen, naturverbundenen Wurzeln heimzukehren, sondern um Autonomie, um die eigenständige Gestaltung des Zusammenlebens unter Rückgriff sowohl auf die kulturellen Traditionen als auch auf die Erfahrungen mit der Moderne und ihrem Scheitern. Allerdings: Der Bezug auf kulturelle Traditionen ist immer anfällig für ausgrenzende Identitätspolitik. Zu kritisieren ist zudem, dass hier die lokalen Gemeinschaften der Subsistenzproduktion und des informellen Sektors tendenziell als homogen, konfliktund herrschaftsfrei, umweltschonend und sowohl vom industriellen Produktionssystem als auch von der kulturellen westlichen Hegemonie losgelöst konstruiert werden, was wiederum Fragen nach Essentialisierung, Verdinglichung und Verklärung aufwirft.

Bei allen Mängeln bleibt festzuhalten: Die geharnischte Kritik an den eurozentrischen Selbstverständlichkeiten und ideologischen Annahmen eines immer noch großen Teils der Entwicklungstheorie und -praxis macht den Ansatz zu einem wertvollen Beitrag. Auch wenn er in seiner Pauschalität oft über das Ziel hinausschießt, hat der Post-Development-Ansatz, zumindest in der gemäßigteren akademischen Variante, das Potential, zu einem neuen Paradigma der kritischen Entwicklungstheorie zu werden, das nicht mehr die Vereinheitlichung der materiellen Lebensverhältnisse, sondern lokale Autonomie ins Zentrum rückt. In seiner jetzigen Form weist er allerdings dafür noch zu viele Ungereimtheiten und Schwachstellen auf – nicht jede Fortschrittskritik ist fortschrittlich.

Literatur:

- Apffel-Marglin, Frédérique / Marglin, Stephen (Hrsg.) 1990: *Dominating Knowledge: Development, Culture and Resistance*, Oxford, Clarendon.
- dies. (Hrsg.) 1994: *Decolonizing Knowledge: From Development to Dialogue*, Oxford, Clarendon.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika / Mies, Maria 1997: *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*, München, Frauenoffensive.
- BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft und Politisierung der Subsistenz / Schwertfisch 1997: *Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie*, Bremen, Yeti Press.
- Escobar, Arturo 1995: *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton, Princeton Univ. Press.
- Esteva, Gustavo 1995: *FIESTA – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik*, Frankfurt a.M., Brandes & Apsel.
- ders. / Prakash, Madhu Suri 1998: *Grassroots Post-Modernism. Remaking the Soil of Cultures*, London, Zed.
- Latouche, Serge 1993: *In the Wake of the affluent Society. An Exploration of Post-Development*, London, Zed.
- ders. 1996: *The Westernization of the World*, Oxford, Polity Press.
- Martinussen, John 1997: *Society, State and Market. A Guide to competing Theories of Development*, London, Zed Books.
- Rahnema, Majid with Bawtree, Victoria (Hrsg.) 1997: *The Post-Development Reader*, London: Zed.
- Rist, Gilbert 1996: *Le Développement. Histoire d'une croyance occidentale*, Paris, Presse des Sciences Po (engl.: 1997: *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*, London, Zed).
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.) 1993: *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik*, Reinbek, Rowohlt.
- ders. 1995: *Zur Archäologie der Entwicklungsidee*, hrsg. v. K.F. Schade, Frankfurt a.M., Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- ders. 1999: *Planet Dialectics: Explorations in Environment and Development*, London, Zed.
- Sarkar, Saral 1993: *Entwicklungspolitik in der Kulturfalle*, iz3w Nr. 192.
- Shiva, Vandana / Esteva, Gustavo 1996: *Die Entdeckung der Unterentwicklung*, iz3w Nr. 213.
- Späger, Jörg 1996: *Unheimelig. Vandana Shivas romantische Kapitalismuskritik*, iz3w Nr. 215.
- Spehr, Christoph 1996: *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise*, Wien, Promedia.
- Thiel, Reinold E. (Hrsg.) 1999: Neue Ansätze der Entwicklungstheorie, Bonn, DSE.
- von Werlhof, Claudia 1991: *Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie*, München, Frauenoffensive.

► **Aram Ziai** ist Mitglied des BUKO – Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft und des Instituts für nachhaltige Kapitalismuskritik

über Krankheit und Tod, ein nur dreijähriger Schulbesuch hat die primäre Wirkung, sich der eigenen Unterlegenheit gegenüber »Höhergebildeten« bewusst zu werden, usw. Illich fordert die Abkehr vom Wachstumsprinzip durch Selbstbegrenzung der Menschen, eine Begrenzung der Werkzeuge Industrie und Bürokratie durch anarchisch-autonome Produktionsweisen. In seiner Vision einer nachindustriellen, »konvivialen« (lebensgerechten) Gesellschaft gibt es durchaus Technologien und Institutionen, jedoch nur solche, die durch politische Prozesse kontrolliert werden, die Entscheidungsfreiheit der Menschen unberührt lassen und keine Herrschaftsverhältnisse hervorbringen. Darüber hinaus kann diese Gesellschaft die verschiedensten Formen annehmen.

Auch einige wichtige Elemente des Foucault'schen Denkens finden sich im Post-Development: Zunächst einmal der Ansatz, Entwicklung als Diskurs zu begreifen, der unter bestimmten historischen Umständen entstanden und von bestimmten Interessen geprägt ist, und der allein durch seine Begrifflichkeit und die von ihm geschaffenen Rahmenbedingungen bestimmte Annahmen als gegeben ansieht und Machtverhältnisse produziert. Die Neutralität von Wissenschaft und die Universalität und Objektivität von Wahrheit werden in einem solchen Ansatz hinfällig: Wahrheit ist das, was nach den Regeln einer Diskursgemeinschaft so bezeichnet wird, das empirische Messergebnis hier ebenso wie die Überlieferung der Ahnen dort. Die eine Wahrheit ist nicht »wahrer« als die andere, und beide Arten der »Wahrheitsproduktion« stützen Herrschaftsverhältnisse: Alles Wissen ist machtverstrickt und muss dementsprechend dekonstruiert werden, besonders wenn es über Verallgemeinerungen Differenzen einebnet und mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit auftritt.

Auch wenn er selten ausdrücklich genannt wird, so sollte doch der Einfluss von Frantz Fanon erwähnt werden. Seine Kritik nicht nur am eurozentrischen Imperialismus, sondern auch an den nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont, die dem Vorbild der Kolonialmächte folgten und so neue Ausbeutungsverhältnisse einrichteten, findet sich unterschwellig in den Post-Development Texten wieder. Diese erscheinen oft wie ein Echo auf Fanons Appell an die »Verdammten dieser Erde«, nicht die »weiße Maske« anzulegen und Europa »nachzuäffen«, sondern »ein neues Denken zu entwickeln«.

Die (Neo-)Zapatistas schließlich sind weniger theoretische Grundlage als vielmehr oft präsenter Bezugspunkt der Post-Development AutorInnen, die die Revolution in Chiapas als Kampf nicht um die Übernahme der Macht oder einen größeren Anteil am Kuchen, sondern um Würde und Selbstbestimmung ansehen, gegen das westliche Entwicklungsmodell gerichtet.

Im Spagat von Berlin nach Prag

Rosa Luxemburg Stiftung und BUKO luden zum Kongress

von **Christian Stock**

► Gleich zwei Kongresse lockten Anfang Oktober nach Ostberlin. Doch so unterschiedlich wie die jeweiligen Tagungsorte präsentierten sich auch Veranstalter und Publikum. Die der PDS nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte in ein Kongresszentrum nach Weißensee eingeladen, dessen von Plattenbauten gezeichneter Ostcharme durch Modernisierung zwar überformt, aber dennoch allenthalben spürbar war. »Gerechtigkeit oder Barbarei« lautete der reichlich pathetische Titel der Veranstaltung – eine Formulierung, die nach dem Geschmack der zahlreich anwesenden TraditionssozialistInnen war. Der Untertitel »Interkontinentales Forum« hingegen verwies auf die zweite angepeilte Zielgruppe: die Bewegungslinke, die ihre politische Heimat beim Zapatismus und bei den AktivistInnen der pga (peoples global action) hat. So recht gelingen wollte der Spagat zwischen den beiden Gruppen jedoch nicht. Denn obwohl sich mandatierte PDS-Anzugsträger und die just von den Anti-IWF-Protesten in Prag zurückgekehrten AktivistInnen im »ready to riot«-Kapuzenpulli-Outfit durchaus mit Sympathie begegneten, blieben Diskussionen rar.

Das lag vor allem am Veranstaltungskonzept. Eine unklare Fragestellung, Frontalunterricht von den Podien und eine Überzahl an Vorträgen und Referaten führten bald zu Ermüdungserscheinungen. Schade, denn neben den durch ständige Wiederholung nicht plausibler werdenden Thesen eines Neo-Keynesianers wie Jörg Huffschmid oder eines Dependenztheoretikers alter Schule wie Samir Amin waren auch spannende Ansätze zu hören. Die Luxemburg-Stiftung hatte keine Kosten gescheut, um GewerkschafterInnen, Community-AktivistInnen und AkademikerInnen aus Amerika (Nord wie Süd), Afrika und Asien einzufliegen. Wie unterschiedlich die Problemlagen im globalen Kapitalismus angesichts von neoliberalem Sozialabbau, rassistischer Ausgrenzung oder Staudammbau, aber auch die Gegen-Strategien und Organisationsformen je nach Land und politisch-kulturellem Hintergrund ausfallen können, war aufschlussreich. Während beispielsweise von VertreterInnen unterdrückter Minderheiten wie der kolumbianischen schwarzen Bevölkerung der Aufbau zivilgesellschaftlichen Gegendrucks zur staatlichen Gewalt als eine Art Lebensversicherung gegen die sich häufenden Morde und Massaker angesehen wurde, verstanden die meisten der anwesenden WissenschaftlerInnen unter »Zivilgesellschaft« ein umfassendes, theoretisches und daher häufig unverbindlich bleibendes Konzept der politischen Gewaltenteilung.

Welche Welten zwischen den Protestbewegungen und weiten Teilen des PDS-Spektrums liegen, symbolisierte auch der unter dem Titel »Widerstand ist notwendig« geplante Auftritt von Gregor Gysi. Er ließ verlauten, dass er mit dem Privatflugzeug wegen Nebel auf dem Flughafen festsitze und daher nicht kommen könne.

Mandatierte Anzugsträger und »Ready-to-Riot-Aktivisten« begegneten sich mit Sympathie

Glaubwürdiger präsentierte sich der 23. BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) in der Humboldt-Uni. Eine weniger perfekte Organisation, die hohe Zahl junger TeilnehmerInnen und ein erheblich höheres Maß an Diskussionsfreude wiesen darauf hin, dass der BUKO tatsächlich ist, was er vorgibt zu sein: Ein Sammelbecken der internationalistischen und staatsfernen Bewegungslinken.

Aneinander vorbeigeredet wurde natürlich auch bei diesem Kongress – allerdings in Maßen. Dazu trugen die zahlreichen kleinen Arbeitsgruppen bei, in denen lange und intensiv geführte inhaltliche Debatten möglich waren. Letzteres allerdings zu dem Preis, dass die deutsche Sprache den Kongress dominierte und die ohnehin schon wenigen nichtdeutschen TeilnehmerInnen außer bei den großen Podiumsdiskussionen kaum mitdiskutieren konnten. Da wäre mehr Austausch möglich gewesen, denn Gäste wie der radikale kanadische Postgewerkschafter David Bleakney oder die Community-Aktivistin Mushrefa Mishu aus Bangla Desh, die zuvor schon an der Konferenz der Rosa Luxemburg Stiftung teilgenommen hatten, waren durchaus angetan von der Atmosphäre und den politischen Ansätzen des BUKO.

Dialog mit dem IWF?

► Trotz der fast schon überwältigenden Vielzahl von Themen, die während des Kongresses zur Sprache kamen, kristallisierte sich ein Dauerbrenner in den Diskussionen heraus: das Verhältnis der radikalen Protestbewegungen zu den NGOs. Das hat mit dem Konkurrenzverhältnis zu tun, in dem beide zueinander stehen, denn sie besetzen wie z.B. bei den WTO-Protesten in Seattle oder bei den Aktionen gegen den IWF in Prag dieselben Themenfelder. Während die linksradikalen AktivistInnen innerhalb des BUKO-Spektrums Abstand zu den NGOs wahren und in deren Gesprächen mit VertreterInnen der Institutionen wie z.B. dem IWF vor allem Anpassungstendenzen sehen wollten, betonten die anwesenden NGO-VertreterInnen wie Barbara Unmüssig (WEED) oder Thomas Seibert (medico international), dass der Druck von Protestbewegungen für die NGOs wichtig ist.

Für Unmüssig ist der Protest der Straße jedoch nur ein Bestandteil des »Strategiemix«, zu dem eben auch der direkte Kontakt mit IWF-Leuten gehöre: »Ich habe noch nie soviel über die Widersprüche des IWF erfahren wie im Flurgespräch mit dem Exekutivdirektor.« Seibert hingegen stellte den symbiotischen Charakter von Bewegungen und NGOs heraus, denn NGOs hätten in Zeiten stagnierender oder gar marginalisierter sozialer Bewegungen wichtige Aufgaben übernommen und sorgten so wenigstens für eine gewisse Kontinuität. Zugleich warnte er jedoch vor der zunehmenden Konvergenz von Staat und NGOs, die beispielsweise im Kosovo dazu geführt hat, dass NGOs militärische Interventionen abfedern und legitimieren.

Wo jedoch innerhalb der NGO-Szene die Trennungslinie zwischen Bewegungsinfrastruktur und alternativen think tanks auf der einen Seite und systemstabilisierender Regierungspolitik im Wartestand auf der anderen verläuft, blieb letztlich ungeklärt. Die Stimmungslage der TeilnehmerInnen traf wohl am besten Moe Hierlmeier vom BUKO-Arbeitschwerpunkt Weltwirtschaft, als er die (Re-)Formulierung einer »radikalen Herrschaftskritik« zur zentralen Forderung erhob. Der »Spagatismus« von linken NGOs wie WEED zwischen herrschenden Institutionen und den Protestbewegungen lasse die notwendige grundlegende Kritik der Verhältnisse häufig vermissen.

► **Christian Stock** ist Mitarbeiter des **iz3w**.



Der Nationalstaat ist tot, es lebe der Nationalstaat

Der SPIEGEL bringt es – wenngleich unfreiwillig – auf den Punkt: Die Staaten dieser Welt lösen sich auf! In der Ausgabe vom 25. September wird in einem Artikel über Afrika der Zerfall des Staatensystems beklagt. Chaos und Anarchie machten sich breit, Banden und Rebellen übernähmen die Herrschaft auf dem »schwarzen Kontinent«. In derselben Ausgabe wird die Auflösung des Staates im »entwickelten« Teil der Welt als Siegeszug der Demokratie gefeiert. Via Internet sei die Zivilgesellschaft auf dem Weg zu einer globalen Demokratie, die vor nationalen Grenzen künftig nicht mehr haltmache.

In solch widersprüchlichen Aussagen spiegelt sich die ganze Ambivalenz derzeitiger Erwartungen an die Rolle des Staates. Einerseits wird es zunehmend als störend empfunden, wenn der Staat durch Grenzen, Zölle oder Steuern den vermeintlich freien Waren- und Zahlungsverkehr behindert. Andererseits wird er immer wieder in seinen Ordnungsfunktionen gefragt. Damit Grenzen und Gesetze den freien Zuzug von Menschen stoppen (wie im Falle der Migration nach Europa oder in die USA), rufen meist konservative Kräfte schnell nach Stärkung staatlicher Kompetenzen. Wenn es dagegen um die Kontrolle ökonomischer Globalisierung, etwa der internationalen Finanzmärkte geht, entdecken vor allem Linke ihre Liebe zum Staat. Und wenn Staaten gar weitgehend zusammenbrechen (wie im Falle Liberias, Somalias oder Afghanistans), dann herrscht schließlich allgemeiner Konsens, dass nur ein starker Staat oder – alternativ und zeitlich begrenzt – der Eingriff der »internationalen Staatengemeinschaft« die Region zurück zu Frieden und Fortschritt bringen könne.

Obwohl sich der Nationalstaat erst seit dem 19. Jahrhundert als politische Rahmenform durchsetzt, ist er im Allgemeinbewusstsein die einzig vorstellbare Vergesellschaftungsform geworden – und weit davon entfernt sich aufzulösen. Dies liegt zum einen an den oben angedeuteten ordnungspolitischen Interessen zur Kontrolle von Migration und Globalisierung. Mehr noch aber bezieht der Nationalstaat seine Kraft und weitgehende Unantastbarkeit aus den nach wie vor wirkungsmächtigen nationalen Mythen, die ihn ursprünglich und natürlich – und damit zu mehr als einem Ordnungsfaktor – werden lassen. Erst durch diese Mythen kann eine »gemeinsame Kulturgeschichte« konstruiert werden. Nach Ernest Renan sind historisches Vergessen und Irrtum ein wesentlicher Faktor bei der Herausbildung einer Nation: »Keine Nation ohne Fälschung der eigenen Geschichte«. Ob »gefälscht« oder historisch »belegt« – der Nationalismus hat seine zerstörerischen und identitätsstiftenden Kräfte global umgesetzt.

Der ethnische Nationalismus war es schließlich, der den »Staatszerfall« etwa in Ost- und Südosteuropa, aber auch in Teilen Afrikas und Asiens erst ermöglicht hat. Anstelle des alten, als »Kunstprodukt« abgelehnten sowjetischen, jugoslawischen oder postkolonialen Staates fanden sich schnell neue, an vermeintlich natürlich-ethnischen Gemeinsamkeiten und historischen Wurzeln orientierte Nachfolgestaaten.

Das Denken in der Logik von Staat und Kapital macht es offenbar unmöglich, alternative Organisations- und Lebensformen zu entwickeln. Dies wäre nur zu erwarten, wenn die »Entstaatlichung« aktiv von unten betrieben würde. Ob aber nationale Befreiungsbewegungen oder »Netzwerke zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte«, es geht ihnen nicht um die Auflösung des Staates, sondern um die Erlangung seiner Macht oder zumindest um Einflussnahme. So werden Machtstrukturen nicht verschwinden, sie werden allenfalls anders besetzt. Der Staat als umkämpftes Terrain rechter und linker Ordnungspolitiken aber geht eher gestärkt aus der Globalisierungsdebatte hervor.

Eine Krise des Nationalstaats lässt sich mit Eric J. Hobsbawn also allenfalls herbeiwünschen: »Wenn Historiker jetzt damit beginnen, in der Erforschung und Analyse von Nationen und Nationalismus Fortschritte zu machen, deutet das darauf hin, dass das Phänomen seinen Zenit überschritten hat. Die Eule der Minerva, die uns Klugheit bringt, breitet nach Hegel ihre Flügel immer erst in der Dämmerung aus. Es ist ein gutes Zeichen, dass sie ihre Kreise inzwischen über Nationen und Nationalismus zieht.«

die redaktion

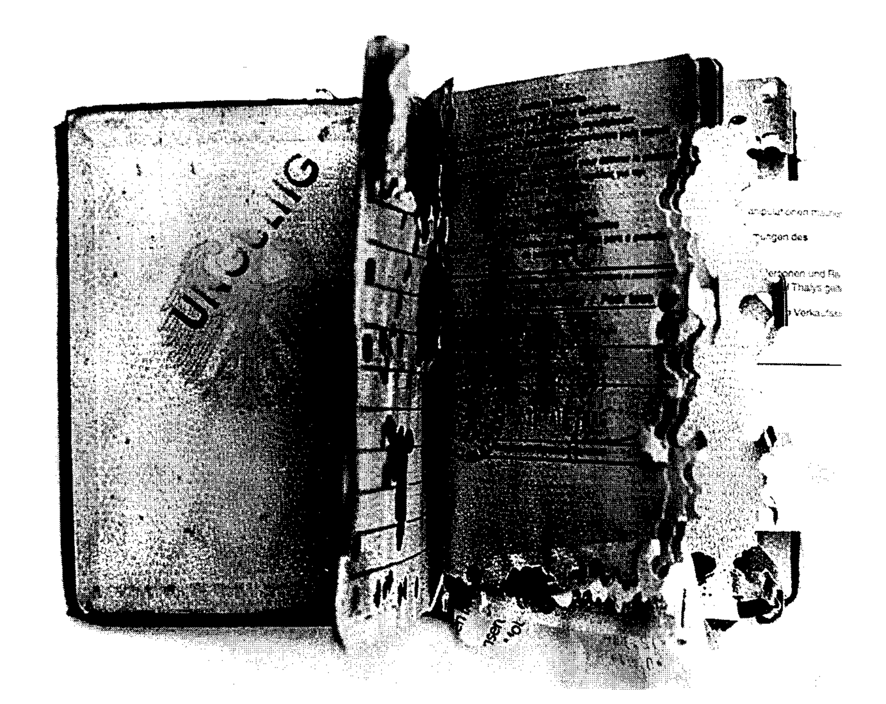


Foto: D. Kaufmann

Nation in Form

Der Nationalstaat hat sein Tief überwunden

Im Zusammenhang mit ökonomischer »Deregulierung« wurden die Thesen gewagt, dass sich der Nationalstaat »denationalisiert« oder eine »Entstaatlichung« stattfindet. Dabei wird nicht nur übersehen, dass sich die Rolle des Staates statt dessen transformiert. Nationalstaat und kapitalistische Gesellschaftsform sind nicht trennbar, und der Nationalstaat ist weit über die Sphäre der Ökonomie hinaus im Denken eingegraben.

von **Winfried Rust**

► Die Staaten der Europäischen Union geben ihre Währungen zugunsten des Euro auf, die NATO lässt nationale Heere zunehmend überflüssig erscheinen, und die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs »internationalisiert« selbst die Justiz. Während also viele Nationalstaaten der westlichen Welt ihre Interessen bündeln und supranationale Organisationen bilden, scheint im Osten eine geradezu gegenteilige Entwicklung vonstatten zu gehen: Die Sowjetunion, Jugoslawien oder die Tschechoslowakei werden nur noch mit dem Zusatz »Ex-« geführt und fallen auseinander. Aber in den zerfallenen Republiken entdeckten neue Kleinstaaten alte Symbole, in Jugoslawien kämpften altneue »Ethnien« mit erschreckender Grausamkeit für »ihren« Nationalstaat. Für viele kam diese »Wiederauferstehung« des Nationalismus überraschend.

Die auf den ersten Blick diametral entgegengesetzten Prozesse von Globalisierung und Nationalisierung sind jedoch nicht einfach damit zu erklären, dass auf der einen Seite »moderne« Gesellschaften die Notwendigkeiten der Globalisierung erkannten und großräumige Wirtschaftsräume und Märkte für ihre Ökonomie erschließen, während auf der anderen Seite die »Verlierer« des Wirtschaftswettbewerbes sich auf alte Werte und »ethnischen« Nationalismus zurückziehen. Diese weitverbreitete Erklärung verkennt beispielsweise, dass auch in Mitteleuropa oder den USA nationalistische Parolen verstärkten Zuspruch finden und dass Migrationspolitik und Staatsbürgerschaftsrecht nach wie vor in nationalen Kategorien verlaufen.

Vor allem aber basiert diese Analyse auf der falschen Trennung von Staat und Markt. Der Staat zieht sich auch im Westen nicht einfach zurück, er wird modifiziert, tritt einzelne Bereiche an supranationale Organisationen ab und privatisiert andere *(vgl. dazu die Beiträge auf S. 22 und 26)*. Als Regulator behält er allerdings nach wie vor seine Funktion. Und auch im Osten blieb es ja nicht bei dem »Zerfall« der Staaten; ein Machtvakuum konnte gar nicht erst entstehen, weil sich schnell neu organisierte staatliche Ordnungen einfanden. An diesem Punkt schließt auch die scheinbar gegenläufige Entwicklung eines zunehmenden Nationalismus an: Denn der Nationalstaat ist gleichzeitig Adressat des Nationalismus wie Akteur der Globalisierung. In der internationalen Konkurrenz kann der Staat bestehenden Nationalismus für den kapitalistischen Wettbewerb kanalisieren.

Nationalstaat und Kapitalismus

► Gerade wo der Staat vermeintlich zurückweicht – etwa mit den ökonomischen Deregulierungsprozessen – zeigt sich, dass er diese Entwicklungen selbst initiiert hat (mit neoliberaler Wirtschaftspolitik). An anderer Stelle werden die Kompetenzen des Staates dafür um so mehr gestärkt, etwa in der Behandlung sozialer Folgen dieser Entwicklungen. Dieses Nullsummenspiel ist so alt wie die Verknüpfung von Staat und Kapitalismus selbst. In der Folge der Industrialisierung und einer frühen Globalisierungsrunde im 18. Jahrhundert wurde es notwendig, die Bevölkerung in Bezug auf die kapitalistische Vergesellschaftung umfassend zu organisieren. Zur Absicherung der neuen Produktionsweise galt es entlang Infrastruktur, Bildung oder Mobilität bessere Bedingungen zu schaffen. Für die Zirkulation der Waren brauchte es ein flexibleres Verteilungs- und Tauschsystem, für die Produktion Regeln zwischen Beschäftigten und Unternehmern, für Konsum und Reproduktion eine gewisse soziale Absicherung. Bis heute spitzen sich einerseits die innergesellschaftlichen Widersprüche aufgrund der

Konkurrenzökonomie immer wieder zu, aber andererseits musste die Integration der Einzelnen für das Gelingen des kapitalistischen Projekts gesteigert werden. Um Gemeinschaft dort zu stiften, wo keine ist, wurde die nationale Karte gespielt. Bei der Integration aller Gesellschaftsmitglieder konnte nicht allein auf Freiwilligkeit gesetzt werden, sondern auf die Pflicht zu Staat und Produktivität. Das genügt aber nicht, denn allein aus Zwang ist der Prozess der Ausbildung eines Staatsvolkes nicht möglich, es muss sich von unten zusammensetzen. Die »Unterthanen« wurden erstmals zum erwünschten Subjekt des politischen Prozesses. Die stärkere Einbindung des Individuums entspricht der gesellschaftlichen Notwendigkeit.

Eine zentrale Aufgabe des Staates ist die rechtliche Absicherung kapitalistischer Vergesellschaftung, wie etwa die Akzeptanz des Privateigentums. Die innerkapitalistischen Widersprüche sind in ihrer Konkurrenzlogik ohne den »ideellen Gesamtkapitalisten« nicht zu bändigen, weil die Einhaltung von Regeln und Verträgen unter dem Primat von Eigennutz nur durch äußeren Zwang möglich ist. Der Staat war – wenngleich in ständig neuer Form – in der Warengesellschaft immer anwesend. Mit der Verpflichtung auf das Geld wurde nun jeder Tausch auf dieselbe Grundlage bezogen. Der Staat verkörperte das der Warenproduktion zugehörige Gewaltmonopol. Erfolge in der Ökonomie wurden auch Erfolge für den Staat, und umgekehrt.

Unter Bedingungen gesellschaftlicher Ungleichheit wird das Pochen auf Gemeinschaft umso feierlicher ausgeschmückt. In der Warenproduktion erreichen Einbindung des Einzelnen und Eigeninitiative ein ungekanntes Ausmaß. Der Rückgriff auf »uralte Tradition«, in der sich die nationale Gemeinschaft wiederfindet, war die passende Antwort.

Allerdings ist das Fundament des Nationalstaates tiefer, der Verweis auf die kapitalistische Gesellschaft reicht als Erklärung nicht aus. Antiker und feudaler Staat sind in ihn übergegangen. Die Basisideologien Rassismus und Antisemitismus sowie patriarchale Strukturen gab es in anderer Form schon früher, der Nationalstaat hat sie in sich aufgenommen und modifiziert. Die alten Formen von blutsverwandter Sippe, Despotie, Theokratie und Religion gingen mit dem Nationalismus in eine säkulare Ersatzreligion über. Schon die katholische Kirche hatte ein System der zentralisierten Vernetzung und emotionalen Anbindung ihrer Mitglieder errichtet. Glaube und Macht verknüpften sich darin zu einer ersten Struktur nachhaltiger Herrschaft, in der schon der Zugriff eines abstrakten Herrschaftszusammenhangs auf jeden Einzelnen vorgegeben war – bis zum Blick in die versteckten Winkel seiner Seele bei der Beichte.

Die Nation dockt hier als Auffangbecken auch für die feierlichen, irrationalen, gefühls- und ressentimentgeladenen Vergesellschaftungsbereiche an. Die aktualisierten Formen alter Riten erscheinen heute wieder »normal«, von der Militärberichtserstattung über nationale Sportereignisse und Feiern politischer Repräsentation. Mit einer an Rationalität orientierten Analyse allein lässt sich die Nation nicht fassen.

Nationalstaat und Opposition

► Wie der Warengesellschaft die Einordnung von Leben unter ihren stummen Zwang umfassend gelang und nach wie vor gelingt, so reüssierte auch die Nation. Im Alltagsbewusstsein ist sie inzwischen jene Form der Assoziation, die als allgemeingültig und »überliefert« gilt – trotz ihres geringen Alters. Der Nationalstaat ist ein Kraftfeld, auf das sich strukturell alle gesellschaftlichen Prozesse ausrichten. Dabei mögen sich Einzelinteressen noch so stark widersprechen. Der vorgebliche Antagonismus zwischen Kapital und Proletariat ist durch staatlichen Ausgleich entschärft. Die Beziehungslosigkeit von Herrscher und Beherrschten im Feudalismus weicht der Einbindung der Beherrschten in Militär, Politik und nationalen Riten. Die Vereinzelung in der bürgerlichen Gesellschaft findet im Nationalbewusstsein einen Kitt. Wenn Parteien heute um den richtigen Weg dieser Gesellschaft streiten, so bleibt jenseits aller Differenzen der Bezugspunkt gleich: der Staat. Wenn vom Volk die Rede ist, gilt es als vorausgesetzt, homogen und autonom. Auf der Grundlage des Volkes sind die Ideale der Aufklärung nicht umsetzbar, weil der »Volkswille« als unvariabler, ein- und ausschließende Zuschreibungen treffender Block wirkt: Demokratische (griechisch: die »Herrschaft« des Volkes) Wahlen bleiben mit populistischer Diktatur verhaftet. Wenn die genannten Bezüge von oppositionellen Kräften gewählt werden, finden sie sich im Feld der nationalen Integration wieder: als Staatsvolk oder Staatsbürger.

Vereinzelung und Ungleichheit finden ihren Kitt in der Gemeinschaftsidee

Das Bestreben des Nationalismus ist die Ineinssetzung von Staat und Nation, doch ist er diesbezüglich eine wandelbare Ideologie. So basiert der aktuelle Rassismus weniger auf Blut- und Rassenkonstruktion. Wichtiger wird im »Kampf der Kulturen« die Gegensatzkonstruktion der westlichen Welt gegenüber Zivilisationen der drei Kontinente. Außerdem achtet der neue Rassismus auf die Absicherung des Wohlstandsgefälles zwischen armen und reichen Nationen. So sichert die Festung Europa ihr Territorium mit undurchlässigen Außengrenzen und einer entsprechend rassistischen Wahrnehmung der neuen Nicht-Zugehörigen. Die »internationalisierte« Mobilität der Güter wird von zunehmender nationaler Schließung gegenüber Menschen begleitet. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist dabei sonderbar stabil geblieben. Hier jedoch entscheidet sich, ob von einer »Denationalisierung« die Rede sein kann. Angesichts zunehmender rechtspopulistischer Debatten um Zuwanderung erscheint so die These der »Denationalisierung« sehr abgehoben. Allerdings passen diese Debatten sehr gut mit einer Internationalisierung der Wirtschaft zusammen: Nicht mehr pauschal wird gegen Zuwanderung polemisiert, vielmehr wird nach Bedarf differenziert. Wo nützliche von unnützen MigrantInnen unterschieden werden, finden Staat und Markt wieder zusammen. Einwanderung ist eine Frage der Nachfrage. In selbstbezogener Wahrnehmung lässt sich für die Einzelnen unterscheiden, was ihnen nützt und was nicht, und dementsprechend handeln. Als systemkonforme Lösung von Verteilungskonflikten bleibt die nationale Lösung, Güter Gemeinschaftsfremden einfach vorzuenthalten.

Ein postulierter Antagonismus zwischen Markt und Staat lässt die Opposition gegen »die Herrschenden« einmal nach mehr »freiem Markt«, ein andermal nach dem Staat rufen. Während sich etwa amnesty international an Unternehmen richtet, sie mögen mit diktatorischen Regimes keine Geschäfte machen und sie so zu Mitstreitern für die Menschenrechte erhebt, wenden sich Kritiker der Globalisierung hilfesuchend an den Staat, um die Wirtschaft zu zähmen. Die Nichtregierungsorganisation ATTAC ruft etwa zur »demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte« auf: »Wir wollen das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wieder herstellen.« Von sich erschwerenden Lebensbedingungen in der gesellschaftlichen Reproduktion wird auf deren Form, den Staat, gefolgert, dieser möge die Zumutungen der kapitalistischen Gesellschaft lindern. Dabei ist es zum Teil ja gerade die Aufgabe des »ideellen Gesamtkapitalisten«, die innergesellschaftlichen Widersprüche ruhig zu halten. Oppositionell ist es daher kaum, ihn dazu aufzufordern. Die »Deregulierung« führt kurioserweise zu einem »Rechtsruck« ausgerechnet bei Kritikern des Kapitalismus.

So fordert auch Pierre Bourdieu »einen neuen europäischen Sozialstaat« – in Gegnerschaft zum »entfesselten Neoliberalismus«. Kapitalismus wird auf ein »selbstreferentielles System« verkürzt, in dem »die Tyrannei der Profitraten« regiert. Auf diese Weise sollen Erscheinungsformen des Kapitalismus mit seiner ureigenen politischen Form bekämpft werden. Mit dem Zurückdrängen des Nationalstaats scheint also nicht einmal »die Linke« befasst zu sein. In der Integration selbst der Opposition zeigt sich der Nationalstaat auf der Höhe seiner Form.

► **Winfried Rust** ist Mitarbeiter der **iz3w**.



Foto: R. Maro/version

Wer die Wahl hat ...

Wird Staat privat?

Theoretische Implikationen der »Internationalisierung« des Staates

von **Joachim Hirsch**

Im Zuge ökonomischer und medialer Globalisierung ist häufig vom »Verschwinden des Staates« die Rede. An seine Stelle träten zunehmend komplexe staatlich-private Netzwerke, »governance«-Strukturen oder »Regimes«. Tatsächlich sind die Strukturveränderungen der kapitalistischen (Welt-)Gesellschaft offensichtlich. Um so mehr fällt in den gängigen Beschreibungen das Fehlen eines theoretischen Instrumentariums auf, mit dem dieser Prozess verstanden werden könnte. Denn auf der Basis materialistischer Staatstheorie wird deutlich, dass der Staat nicht verschwindet, sondern lediglich seine Gestalt verändert.

► Gerade angesichts der aktuellen Globalisierungsdiskussion scheint es notwendig, auf die – trotz aller Transformationsprozesse – bleibende Bedeutung des einzelstaatlichen Systems als Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses hinzuweisen. Die Staaten als eine Art passiver Erfüllungsgehilfen kapitalistischer Krisenlösungs- und Restrukturierungsstrategien oder als bloße Transmissionsriemen verselbständigter ökonomischer Prozesse aufzufassen, birgt die Gefahr, den Kapitalismus als Macht-, Herrschafts- und (militärischen) Gewaltzusammenhang auszublenden und damit gerade der neoliberalen Ideologie auf den Leim zu gehen. Staaten als komplexe Herrschaftsorganisationen und Gewaltapparate reproduzieren das Kapitalverhältnis nicht nur, sondern prägen es in seinen historischen Formen – bedingt durch die von ihnen vermittelten Klassenbeziehungen, sozialen Kräfteverhältnisse und hegemonialen Projekte – ganz entscheidend.

Ein wesentlicher Bestandteil der aktuellen politischen Transformationsprozesse ist die »Internationalisierung« des Staates im Zusammenhang des als »Globalisierung« bezeichneten neoliberalen Restrukturierungsprozesses. Diese besteht darin, dass sich politische Regulierungs- und Steuerungsfunktionen stärker auf die subnationale (regionale und lokale) und supranationale Ebene (internationale Organisationen und Regimes) verlagern und zugleich die nationalen Staatsapparate direkter den Funktionsgesetzlichkeiten der globalen Geld- und Kapitalmärkte unterworfen werden. Letzteres äußert sich vor allem in der Entkoppelung von politischen Entscheidungs- von demokratischen Willensbildungsprozessen und in der damit verbundenen Dominanz der (gegenüber parlamentarischer Politik »autonomen«) Zentralbanken und Finanzministerien innerhalb des staatlichen Apparatesystems. Eine wichtige Frage ist, wie diese Entwicklung im Lichte staatstheoretischer Überlegungen beurteilt werden muss. Man muss davon ausgehen, dass die grundlegende soziale Formbestimmung des Politischen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft davon wesentlich berührt. Ihr grundlegendes Element, nämlich die »Besonderung« des Staates (vgl. Kasten) als von der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Klas-

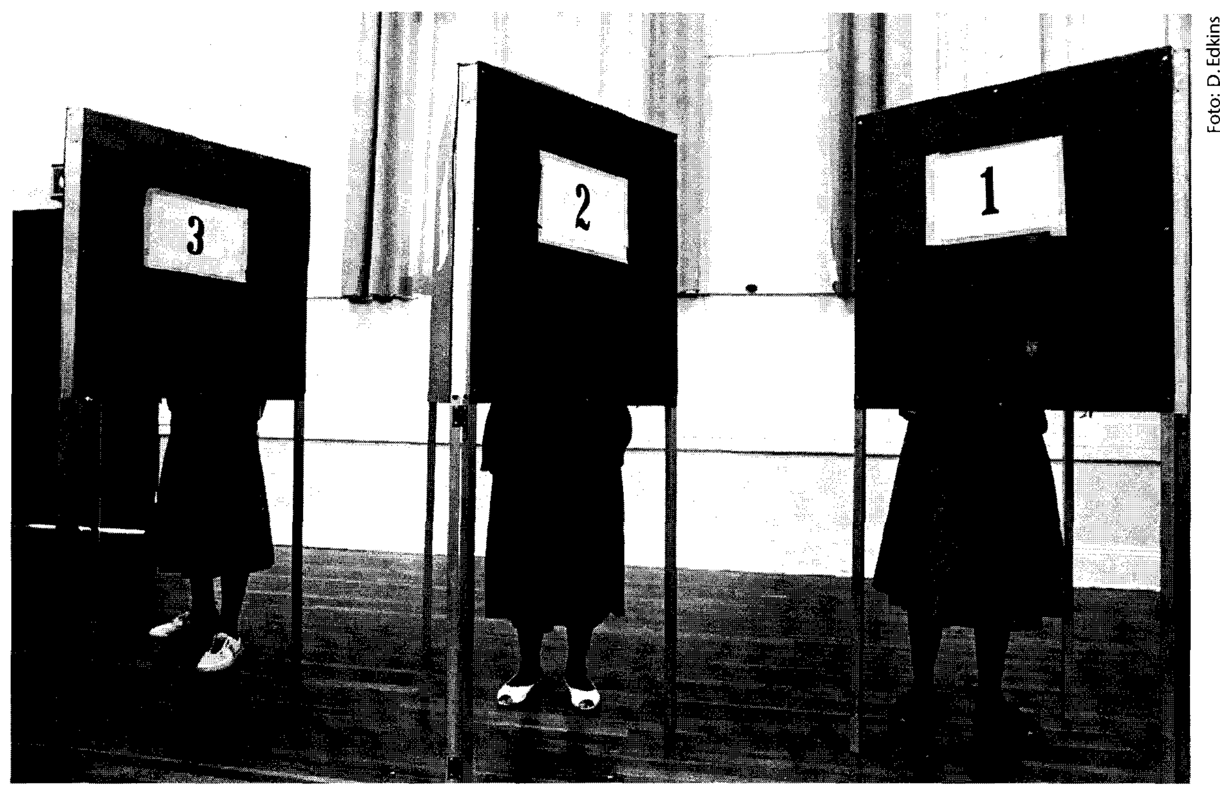


Foto: D. Edkins

... hat die Qual

sen getrennte und zentralisierte Gewaltinstanz wird erheblich modifiziert. Dies hat Auswirkungen auf die Reproduktionsfähigkeit des kapitalistischen Produktionsverhältnisses insgesamt. Sicher ist, dass diese Entwicklung nicht zu einer wie auch immer gearteten Form des Weltstaates führen wird. Die Pluralität des Staatensystems ist ein Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und wird bestehen bleiben, solange dieses existiert. Es geht also nicht um ein Verschwinden des Nationalstaates, sondern um seine Transformation im Zuge seiner Internationalisierung, die in folgenden vier Prozessen sichtbar wird.

Fraktionierungen der Weltgesellschaft

► Erstens beschränkt die Internationalisierung des Staates die Möglichkeiten einer relativ kohärenten Organisation von Klassenbeziehungen und einer auf die gesellschaftliche Gesamtreproduktion bezogenen (Klassen-) Politik. Dies bezieht sich sowohl auf die Differenzen zwischen unterschiedlichen – in eher nationalem oder regionalem Maßstab oder global operierenden – Kapitalen als auch auf die Spaltung der Abhängigen und Ausgebeuteten innerhalb und entlang nationalstaatlicher Grenzen. Da das multinationale Kapital in der Lage ist, sich relativ flexibel auf verschiedene Staaten und auf das System der internationalen Organisationen zu beziehen, wird sein Interesse an der gesellschaftlich-politischen Stabilität nationalstaatlicher Reproduktionszusammenhänge und den sie absichernden sozialen Kompromissen geringer. Die relevanten internationalen Organisationen unterliegen im wesentlichen dem Einfluss der dominierenden multinationalen Unternehmungen und der kapitalistischen Metropolenstaaten, und von ihnen geht zugleich ein zunehmender Druck auf die einzelnen Staaten, insbesondere auf die der Peripherie im Sinne neoliberaler Strukturanpassungspolitiken mit ihren gesellschaftlich desintegrativen Folgen aus.

Die Bewältigung der Folgen dieser Politik bleibt allerdings völlig den einzelnen Staaten überlassen, denen zugleich wesentliche materielle Integrationsressourcen abhanden kommen. Aufgrund dessen nimmt die ideologische und repressive Form der Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte zu, wovon die allerorts zügige Ausweitung der sicherheitsstaatlichen Apparaturen und nicht zuletzt die voranschreitende wohlfahrtschauvinistisch-rassistische Formierung der Gesellschaften Zeugnis ablegt. Innergesellschaftliche Fraktionierungen führen zu wachsenden Schwierigkeiten bei der Herstellung politisch-sozialer Kompromissgleichgewichte. Die institutionellen Voraussetzungen für eine Organisation von Klassenbeziehungen auf der Basis materiell abgestützter sozialer Kompromissgleichgewichte werden dann unterminiert. Damit gewinnt in verschiedenen Formen der Kampf der Gruppen, Klassen, »Wertegemeinschaften«, »Ethnien« und »Nationen« gegeneinander an Schärfe. Während also auf der einen Seite sich die integrativen Beziehungen zwischen den Staaten und den abhängigen Gruppen und Klassen abschwächen, erscheinen die Staaten – nicht zuletzt vermittelt durch die internationalen Organisationen und Kooperationszusammenhänge – selbst immer stärker als abhängig von den dominierenden multinationalen Unternehmen. Es ist diesen gesellschaftlichen Fraktionierungen geschuldet, dass demokratische Verfahren immer stärker zum Mittel der Legitimation und Durchsetzung von ökonomisch-politischen Privatinteressen im Rahmen der »Weltgesellschaft« werden. Insgesamt weist dadurch das neoliberale Muster der politischen Integration durch Spaltung und Marginalisierung selbst in den kapitalistischen Metropolen erhebliche Instabilitäten auf.

Wie eine Firma

► Zweitens führt die Internationalisierung des Staates zu einer Tendenz, die man als spezifische Form seiner Privatisierung beschreiben könnte. Freimut Duve, der Medienbeauftragte der OSZE, hat sein Verständnis für die (Des-) Informationspolitik der NATO-Staaten während des Kosovo-Krieges mit dem Hinweis begründet, »die Allianz habe wie eine Firma operieren müssen, die am Erfolg gemessen werde« (Frankfurter Rundschau v. 1.7.1999). Diese Äußerung ist erhellend. Tatsächlich erscheint der »nationale Wettbewerbsstaat«, der sich qua »Internationalisierung« von relevanten gesellschaftlichen Interessen entkoppelt, immer mehr als Bestandteil eines Politikkomplexes, in dem staatliche und private Interessen sich zu einem undurchsichtigen Gemisch vermengen. Je mehr Demokratie auf der Basis

populistischer und wohlstandschauvinistischer Legitimationsstrategien zur Interessenvertretung im Kampf um Privilegien wird, desto mehr entwickelt sich der Staat im Rahmen der »Weltgesellschaft« zu einer Art Bürgerkriegspartei. Gleichzeitig äußert sich die neoliberale Restrukturierungspolitik in der Schaffung »schlanker« Staaten in einer fortschreitenden Ausbreitung privater und parastaatlicher Sicherheitsapparaturen, die wiederum besonders in einigen peripheren Ländern das staatliche Gewaltmonopol offen zur Disposition stellt. Einen nicht zu unterschätzenden Aspekt der Globalisierung stellt nicht zuletzt die Ausbreitung privater, von internationalen Unternehmen geschaffener und kontrollierter Rechtssysteme und Gerichtsbarkeiten dar.

Staatliche Gewalt richtet sich gegen instabile Staaten oder sozialen Bewegungen

Drittens führt dies zu einer grundlegenden Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Die Ausbreitung von politischen Governance- und Netzwerkstrukturen im Zuge der Entwicklung zum »verhandelnden Staat« auf einzelstaatlicher wie internationaler Ebene lässt die Grenzlinien zwischen beiden Sphären verschwimmen. Nicht zuletzt auf der internationalen Ebene bilden Staaten, internationale Organisationen, multinationale Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Gestalt ein durch komplexe Konflikt- und Kooperationsbeziehungen charakterisiertes Geflecht. Innergesellschaftliche Spaltungen und die wettbewerbsstaatliche Transformation der Staaten untergraben den von Gramsci noch als relativ kohärenten »historischen Block« gekennzeichneten – wenn auch widersprüchlichen – Zusammenhang von »Staat« und »Zivilgesellschaft«. Während letztere zunehmend fraktioniert und in ihren politischen Prozessen von einer sich immer stärker internationalisierenden Medienindustrie geformt wird, büßt ersterer wichtige Kapazitäten zur materiellen Integration der Gesellschaft ein. Damit wird die Herausbildung einer politischen Hegemonie, d.h. die Entwicklung einer relevante gesellschaftliche Sektoren umgreifenden und generalisierten Konzeption von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft schwieriger. Die allseits beklagte Programm- und Konzeptionslosigkeit der politischen Parteien, die sich bestenfalls als die jeweils besseren Sachwalter der bestehenden Verhältnisse zu profilieren vermögen, verweist auf diesen Zusammenhang. Von einer »internationalen Zivilgesellschaft« in einem theoretisch strikteren Sinn kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil diese einerseits außerordentlich fragmentiert ist und ihr auf der anderen Seite eben kein kohärenter, zentralisierter und mit umfassenden Macht- und Interventionsmitteln ausgestatteter Staat gegenübersteht, in dem und durch den sich politische Projekte und hegemoniale Strukturen verdichten und praktisch realisieren könnten. Als unstrukturiertes Gemenge divergierender staatlicher Apparate, privater Unternehmungen und Nichtregierungsorganisationen, das eher den Charakter einer »strukturierten Anarchie« oder eines quasi feudalen Zustands aufweist, ermangelt es der »Weltgesellschaft« aller Voraussetzungen für die Formulierung kohärenter und demokratisch legitimierter Politiken. Auch dies ist ein Grund für den sich abzeichnenden neoliberalen Hegemonieverlust, der sich nicht zuletzt in den Wahlsiegen europäischer sozialdemokratischer Parteien ausgedrückt hat. Diese Entwicklung dürfte aller-

Materialistische Staatstheorie

▶ Will man die Frage nach der Transformation des Staates und des Staatensystems im aktuellen Globalisierungsprozess beantworten, so bedarf es zunächst einmal einer Bemühung um das, auf was gerade die neuere Politikwissenschaft trotz ihrer »Wiederentdeckung des Staates« (Esser) notorisch verzichten zu können glaubt: eine Staatstheorie. Dabei kommt es darauf an, den Staat nicht nur juristisch oder organisationssoziologisch, sondern in einem strikteren Sinne gesellschaftstheoretisch zu erklären. Im Zentrum der Erklärung muss – wie schon bei Max Weber – der Zusammenhang zwischen der Entstehung des Kapitalismus und der Durchsetzung des modernen Staates stehen. Zu fragen ist nach dem bestimmten Verhältnis zwischen Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und der für sie spezifischen Form des Politischen. Staatstheorie setzt somit eine adäquate Kapitalismustheorie voraus, die in der Lage ist, die historischen Veränderungen dieser gesellschaftlichen Formation und der für sie charakteristischen politischen Strukturen zu erklären. Nun wäre es allerdings falsch, von der materialistischen Staatstheorie zu sprechen. Marx selbst hat sich über den Staat kaum systematisch geäußert und in seiner Tradition wurden recht unterschiedliche Konzeptionen entwickelt. Ich beziehe mich hier auf den Theoriestrang, der vor allem mit den Namen Gramsci und Poulantzas verbunden ist.

Skizzieren wir zunächst einmal die wichtigsten Elemente eines theoretischen Gerüsts, das im Rahmen der (gerne als Staatsableitungsdebatte apostrophierten) Staatsformanalyse der siebziger Jahre entwickelt wurde. Ein grundlegendes, wenn auch nicht funktional vorgegebenes, sondern immer prekäres und umkämpftes Strukturmerkmal der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist die Herausbildung einer von den gesellschaftlichen Individuen, Gruppen und Klassen formell abgesonderten politischen Instanz und damit die Trennung von »Staat« und »Gesellschaft«, von »Politik« und »Ökonomie«. Für eine Gesellschaft, deren Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse wertgesetzlich und marktvermittelt, d.h. mittels arbeitsteiliger Privatproduktion, Lohnarbeit und Warentausch reproduziert werden, ist die Verselbständigung und Zentralisierung der physischen Zwangsgewalt getrennt von allen gesellschaftlichen Klassen, auch der ökonomisch herrschenden, eine grundlegende Bestands- und Reproduktionsvoraussetzung. Diese Form des Politischen, d.h. die »Besonderung« oder »relative Autonomie« des Staates ist somit ein integraler Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses selbst. Als soziale Form bezeichnet Marx die in einer »naturwüchsig« arbeitsteiligen Gesellschaft sich hinter dem Rücken der Subjekte herstellende und von ihnen nicht unmittelbar durchschaubare Verobjektivierung sozialer Beziehungen. Mittels dieser Formen vollzieht sich die Reproduktion der Gesellschaft zwar durch das Handeln der individuellen Akteure, aber nicht planmäßig und bewusst. Von grundlegender Bedeutung sind dabei die – widersprüchlich aufeinander bezogene – ökonomische (Wert-) Form (Ware, Geld) und die politische Form (Staat).

Der ökonomische Reproduktionsprozess ist immer politisch vermittelt. Die häufig anzutreffende Vorstellung einer Selbstregulierung der Ökonomie auf der Basis von Marktprozessen kann bestenfalls als eine analytische Abstraktion gelten. Märkte existieren nur im Rahmen spezifischer politischer Herrschafts- und Gewaltverhältnisse, in denen z.B. das Privateigentum und die Tauschverhältnisse geregelt und gesichert werden. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist somit grundsätzlich »Interventionsstaat«. Es kann deshalb auch kein »staatenloses« Kapital geben, selbst wenn die Beziehungen zwischen Kapital und Staat(en) sich historisch verändern. Die Besonderung oder relative Autonomie des Staates ist eine zentrale Voraussetzung für die Regulation der antagonistischen kapitalistischen Klassenverhältnisse: Nur mittels des Staates ist das in der Konkurrenz fraktionierte Kapital in der Lage, relativ konsistente Politiken zu formulieren. Sie macht es möglich, das Verhältnis zwischen den Klassen nicht nur durch physische Repression, sondern auch durch ideologisch und materiell abgestützte Kompromiss- und Konsensbildungsprozesse zu regulieren. Nicht zuletzt ist der Staat die Instanz, mittels derer die Voraussetzungen des ökonomischen Reproduktionsprozesses geschaffen werden

dings einigermaßen folgenlos bleiben, solange die gesamte Architektur des internationalen politischen Systems und der Charakter der Staaten nicht grundlegend verändert wird.

Internationales Gewaltmonopol

► Nach der herrschenden Auffassung ist das staatliche Gewaltmonopol eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für die Befriedung der gesellschaftlichen Beziehungen, d.h. die Stillstellung des eine durch Ungleichheit und Ausbeutung gekennzeichnete Gesellschaft latent durchziehenden Bürgerkriegs, sondern auch für eine soziale »Zivilisierung« des Kapitalismus. Nun besteht zwar das einzelstaatliche Gewaltmonopol grundsätzlich weiter, bleibt aber zugleich in bezug auf die »Weltgesellschaft« vielfältig fragmentiert. Infolge der Internationalisierung der staatlichen Apparatur und des damit verbundenen Auseinanderfallens von Willensbildungs-, Konsensfindungs-, Entscheidungs- und Legitimationsprozessen büßt es tendenziell seine Bedeutung als gesellschaftsintegratives Moment ein. Staatliche Gewalt wendet sich zunehmend gegen ganze Gruppen der innerhalb der nationalen Grenzen lebenden Menschen (gegen »Ausländer«, »Fremde« und MigrantInnen). Und sie richtet sich in Form polizeilich-militärischer Interventionen gegen als instabil oder für die bestehende »Weltordnung« – konkret: die Interessen der dominierenden Staaten und des multinationalen Kapitals – als gefährlich eingeschätzte Regionen, Staaten oder soziale Bewegungen. Das internationale System weist – ungeachtet des beschönigenden Geredes von der »Staatengemeinschaft« – keineswegs die Züge einer stabilen und friedlichen Weltordnung auf. Je umfassender sich das kapitalistische Waren- und Tauschverhältnis weltweit durchsetzt, desto unvermittelter treten zugleich auch wieder die physischen Gewaltverhältnisse hervor.

Staaten sind Herrschaftsorganisationen, die gesellschaftliche Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse organisieren und befestigen. Insofern kann die Relativierung ihrer Position durchaus Anlass zu optimistischen Spekulationen über das Heraufziehen einer friedlichen Weltgesellschaft geben, wie sie nicht nur im politischen Feuilleton, sondern auch in wissenschaftlichen Debatten derzeit en vogue sind. Diese Überlegungen sind in der Regel allerdings durch eine erhebliche gesellschafts- und staatstheoretische Uninformiertheit gekennzeichnet. Tatsächlich ist es eher so, dass die politisch-soziale Fragmentierung auf nationaler wie internationaler Ebene und die Erosion der liberalen Demokratie die Herausbildung einer friedlichen und demokratischen »Weltzivilgesellschaft« unwahrscheinlich machen. Wenn im Zuge der Internationalisierung des Staates die für den Kapitalismus grundlegende Formbestimmung des Politischen zur Disposition gestellt wird, gibt es noch weniger Anlass, auf eine »Zivilisierung« des Kapitalismus zu hoffen, als dies in der Ära des Fordismus den Anschein haben mochte. Diese Entwicklung tangiert vielmehr die Bestands- und Reproduktionsbedingungen dieser Formation zumindest auf längere Sicht und trägt das Zeichen einer strukturellen politisch-sozialen Krise.

► **Joachim Hirsch** ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Frankfurt. Der Artikel ist Teil eines umfassenden Thesenpapiers des Autors, das in voller Länge beim iz3w bestellt werden kann.

können, die der kapitalistische Verwertungsprozess aus sich heraus nicht erzeugen kann, sondern tendenziell sogar zerstört.

Diese Strukturbedingung darf indessen nicht funktionalistisch missverstanden werden. Die »Besonderung« des Staates ist nicht vorgegeben und wird auch nicht von den ökonomischen Verhältnissen mit Notwendigkeit erzeugt. Sie ist vielmehr – wie gerade die aktuellen Transformationsprozesse zeigen – Gegenstand fortwährender sozialer Kämpfe. Tatsächlich hat sich der Staat als zentralisierte Gewaltapparatur zumindest in Europa in Form der absoluten Monarchien vor der allgemeinen Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse herausgebildet und war selbst eine Voraussetzung für diesen Prozess.

Die Pluralität der Staaten spaltet die Klassen entlang nationaler Grenzen

Als Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses ist der entwickelte kapitalistische Staat Klassenstaat, ohne jedoch das unmittelbare Instrument einer Klasse sein zu können. Weil der Staat sowohl Ausdruck als auch Institutionalisierung widersprüchlicher Sozial- und Klassenbeziehungen ist, bildet er notwendigerweise einen heterogenen Komplex relativ voneinander unabhängiger und oft gegeneinander agierender Apparate mit unterschiedlichen und divergierenden gesellschaftlichen Beziehungen. Die immer nur relative Geschlossenheit der Staatsapparatur ist selbst Gegenstand von Auseinandersetzungen um »politische Führung« und Resultat hegemonialer Prozesse. Dies gilt auch für das Staatensystem und die internationalen Organisationen.

Es ist ein bemerkenswertes Defizit der materialistischen Staatstheorie, dass sie in ihren Analysen bislang im wesentlichen auf den Raum des einzelnen (National-) Staats oder mehr noch auf den abstrakten Typus des bürgerlichen Staates an sich bezogen blieb. Angesichts der aktuellen Globalisierungstendenzen und der damit verbundenen Transformationsprozesse der staatlichen Apparate erhält dieses Defizit ein besonderes Gewicht. Auch wenn man davon ausgehen kann, dass die materialistische Staatstheorie in ihren Grundaussagen gültig bleibt, solange das kapitalistische Produktionsverhältnis existiert, bedarf es einer Rekonstruktion und Erweiterung des gesamten Ansatzes.

Zunächst muss davon ausgegangen werden, dass sich der moderne Staat ebenso wie der Kapitalismus als »Weltsystem« (Wallerstein) von vorneherein plural, in Form eines Staatensystems entwickelt hat. Das dem kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus zugrundeliegende Prinzip der Konkurrenz reproduziert sich auf diese Weise auf der internationalen politischen Ebene. Schon an der Wiege des modernen Staates steht der Kolonialismus und die damit verbundene Verbindung unterschiedlicher Produktionsweisen und Herrschaftsverhältnisse in einem globalen Akkumulations- und Ausbeutungszusammenhang. Nicht die Globalisierung an sich ist deshalb neu, sondern ihre konkrete Gestalt. Schon immer war die politische Fragmentierung des globalen Kapitalismus eine wesentliche Voraussetzung für den Verwertungsprozess, für die politische Organisation von Klassen sowie für die Regulierung der Klassenverhältnisse. Die Pluralität der Staaten spaltet die Klassen entlang nationaler Grenzen und sorgt für die Möglichkeit einer Herausbildung miteinander konkurrierender »nationaler« Klassenformationen. Sie ermöglicht die Bildung sich national identifizierender bourgeoiser Klassenfraktionen, konstituiert ein Konkurrenzverhältnis zwischen getrennten Segmenten der Lohnabhängigen und ermöglicht damit die Herausbildung »korporativer« Klassenkompromisse. Die Fragmentierung des Staatensystems erweist sich damit als entscheidende Basis für eine nicht nur legitimatorische, sondern auch materiell abgestützte Herausbildung klassenübergreifender »nationaler Identitäten«. Der bürgerliche Staat ist daher – wenn auch in historisch unterschiedlichen Ausprägungen – grundsätzlich Nationalstaat und damit strukturell mit Nationalismus, Rassismus oder – in ihrer aktuellen Variante – Wohlfahrtschauvinismus verbunden. Schließlich schafft vor allem die Pluralität des Staatensystems die Voraussetzungen für die Entstehung und Konsolidierung räumlich-sozial unterschiedlicher Verwertungsbedingungen, deren Ausnutzbarkeit eine grundlegende Voraussetzung des globalen Akkumulations- und Verwertungsprozesses ist. Die Pluralität der Staaten ist somit kein historischer Zufall, sondern ein Bestandteil des kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisses selbst.

Joachim Hirsch

Schwache Staaten – starke Staaten

Die Andenländer, die USA und der Weltmarkt

Seit ihrer Unabhängigkeit gelten die Staaten zwischen Chile und Mexiko als »Hinterhof« der Vereinigten Staaten, die dort immer wieder direkt und indirekt eingreifen. Im Zuge der Globalisierung des Freihandels treten sie weiter Souveränitätsansprüche im ökonomischen und sozialpolitischen Feld an transnationale Institutionen und Konzerne ab. Autorität sollen die Staaten des nördlichen Südamerikas derzeit lediglich bei der Bekämpfung der zunehmenden sozialen Proteste demonstrieren.

von **Tina Goethe**

► In fünf Jahren sollen die Länder Nord- und Südamerikas einen gesamtamerikanischen Wirtschaftsraum bilden. Seit 1994 verhandeln die 34 Länder (ausgenommen Kuba) über die »Free Trade Area of the Americas« – eine Freihandelszone, in der »Kapital und Waren völlig frei zirkulieren«. Allerdings fällt den Staaten der Andenregion der Spagat zwischen den Anforderungen des internationalen Kapitals auf der einen und den zunehmenden sozialen Protesten der verarmenden Bevölkerung auf der anderen Seite immer schwerer. Die »Stärke« des Staates wird dabei weniger an seiner ökonomischen oder sozialen Kompetenz, sondern fast ausschließlich an seiner inneren militärischen Durchsetzungskraft gemessen.

In Kolumbien ist »private Kriegsführung« nichts neues

In Bolivien streiken Indigene, CocabäuerInnen, LehrerInnen. Minenarbeiter legen den Verkehr landesweit lahm. Die Regierung Banzer reagiert mit militärischen Repressionen auf die Ausschreitungen, denn viel anderes hat sie der verarmten Mehrheit der Bevölkerung nach 15 Jahren neoliberaler Politik nicht zu bieten. In Ecuador hatte der Aufstand der gut organisierten Indígenas den Präsidenten Mahuad Anfang des Jahres aus dem Amt gejagt, nachdem dieser Privatisierung von Staatsbetrieben, Streichung von Subventionen für Treibstoffe, Wasser und Strom und die komplette Währungsumstellung auf den US-Dollar angekündigt hatte. Sein Nachfolger Noboa hat die Dollarisierung inzwischen durchgeführt *(vgl. iz3w 248)*. Damit übernimmt die US-amerikanische Zentralbank die Zinspolitik in Ecuador. Das Land hat seine finanzpolitische Souveränität, die ja ohnehin seit langem von den internationalen Gebern bestimmt ist, nun vollständig abgegeben.

Ecuador hat seine finanzpolitische Souveränität vollständig abgegeben

Auch in Kolumbien gibt es massive soziale Proteste gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sie werden jedoch durch den Krieg gegen Guerilla und Drogen überlagert. Mitte August hatte der US-amerikanische Kongress 1,3 Milliarden Dollar für den »Plan Colombia« bewilligt. Die finanzielle und vor allem militärische Hilfe gilt offiziell der Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels. In der Hauptsache jedoch soll der kolumbianischen Regierung unter die Arme gegriffen werden, um das Land für internationale wirtschaftliche Aktivitäten zu »stabilisieren«. Denn die Guerilla-Aktivitäten gefährden nicht nur den Aufbau der gesamtamerikanischen Freihandelszone, für die Kolumbien geostrategisch zentral liegt. Sie erschweren auch den Zugang zu wertvollen Ressourcen und stehen damit den Interessen transnationaler Konzerne im Wege. 80 bis 90 Prozent des »Hilfspakets« bestehen aus militärischer Ausrüstung und Ausbildung für die kolumbianischen Streitkräfte. 300 offizielle Militärberater und 200 Ausbilder von »privaten Sicherheitsdiensten« (Söldner) sollen die Armee Kolumbiens trainieren und unterstützen. Darüber hinaus werden drei neu gegründete Anti-Drogen Bataillone der kolumbianischen Streitkräfte direkt unter dem Befehl von US-Offizieren stehen.

Mit dem militärischen Kommando gibt Kolumbien einen klassischen Bereich nationalstaatlicher Souveränität ab. Der verstärkte Rückgriff der US-Regierung auf private Sicherheitsunternehmen ist in Kolumbien jedoch nicht neu – seit 20 Jahren sind paramilitärische Verbände, ausländische Söldner und private Sicherheitsbetriebe an der Bekämpfung der Guerilla und sozialer Opposition beteiligt. Teils staatlich, teils privatwirtschaftlich finanziert, dient der Paramilitarismus in Kolumbien offensichtlich immer mehr der Durchsetzung einer reibungslosen Weltmarktintegration, denn es existiert eine enge Verbindung seiner vordergründigen Ziele der »Drogenbekämpfung« zur neoliberalen Wirtschaftspolitik und wachsenden Investitionen der Transnationalen. Dass der kolumbianische Staat einen Teil der »schmutzigen Geschäfte« den Paramilitärs überlässt, sollte jedoch nicht mit Souveränitätsverlust gleichgesetzt werden, denn den paramilitärischen Gruppen geht es ja gerade um die Schaffung eines starken, autoritären Staates.

Als »starker« Staat gilt seit dem Amtsantritt des Präsidenten Fujimori auch Peru: eine hart durchgreifende Regierung auf strikt neoliberalem Wirtschaftskurs. Während Fujimori das Land für die Bedürfnisse des Weltmarktes trimmte, kümmerte sich sein Geheimdienstchef Montesinos um die »politische Stabilität«. Mit dem demonstrativen Triumph über die MRTA-Guerilla nach der Botschaftsbesetzung 1997, einem hochgerüsteten Polizei- und Militärapparat und einer sukzessiven Gleichschaltung der Medien wurden Opposition und soziale Proteste im Land vergleichsweise still gehalten. Nach und nach mutierte die peruanische Regierung damit zu einer Diktatur, die schließlich über den offensichtlichen Wahlbetrug im September und die korrupten Machenschaften Montesinos stolperte, dessen Rolle im Waffen- und Drogenhandel den USA wohl nicht mehr tragbar schien.

So unterschiedlich die Entwicklung in den Andenländern ist, so anschaulich wird, wie sich bei allen die staatlichen Aufgaben verschieben. Während vor allem auf ökonomischem und sozialpolitischem Terrain internationale Vorgaben und die Interessen der USA die Politik der Staaten (mit)bestimmen, behalten diese ihre starke Rolle in der Ordnungs- und Sicherheitspolitik. Diese Entwicklung wird vor allem von den USA massiv gefördert: Durch Militär- und Polizeihilfe für einen starken Staat, der gleichzeitig durch internationalen Druck und ökonomische Intervention geschwächt wird.

► **Tina Goethe** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.

Verordnete Ethnien

Benedict Andersons und Detlev Claussens Kritik des Ethnonationalismus

Das Verhältnis von Staat und (Ethno-) Nationalismus ist ambivalent. Der Diskurs um »ethnische Konflikte« gibt vor, dass jedes »Volk« und jede »Ethnie« fast naturhaft danach streben, Nation und Staat zu werden. Es ist jedoch das in der kapitalistischen Vergesellschaftung übliche vergleichende Denken, das ethnische Kategorien erst schafft und sie in Nation und Staat organisieren will – nicht zuletzt als Herrschaftsinstrument.

von **Stephan Günther**

► Benedict Anderson zeichnet in seinem Aufsatz **Nationalismus, Identität und die Welt im Umbruch – über die Logik der Serialität** diesen Zusammenhang nach. Danach produziert das Denken der Serialität, also die Logik des Kapitalismus, gleichermaßen Staat und Ethnie – und zwar durch Konstruktion und Vergleich. Anderson bedient sich dabei historischer Beispiele aus »der ehemaligen Dritten Welt«, weil dort staatliche Strukturen und ethnische Zuschreibungen zeitgleich entstanden. Zeitungen und Theaterstücke, die Medien also, die diese Wandlung des Denkens zu verbreiten halfen, mussten Kategorien des Vergleichs noch einführen. So entstand etwa auf Java erst im Laufe des 19. Jahrhunderts ein Verständnis von Gruppenzuschreibung. Bis 1830 wurden die Kolonialisten als Einzelpersonen »mit persönlichem Namen und Rang aufgeführt« und »tauchen 'die Niederländer' als solche nie auf.« Ähnlich verhielt es sich mit dem Begriff »Politik«: »Damit 'Politik' als klar abgegrenzter Bereich des Lebens denkbar werden konnte, bedurfte es zweier Dinge: Zum einen mussten spezialisierte Institutionen und Praktiken erkennbar sein, die nicht in alten Kategorien kosmologisch oder religiös begründeten Königtums begründet werden konnten, das heißt: allgemeine Wahlen, Präsidenten, Zensoren, Parteien, Gewerkschaften, Kundgebungen, Polizei, Führer, Legislativen, Boykotte und dergleichen – auch Nationen. Zum anderen musste die Welt als Einheit verstanden werden, so dass es, egal wie viele verschiedene soziale und politische Systeme, Sprachen, Kulturen, Religionen und Wirtschaftsräume sich auf ihr befanden, eine gemeinsame Aktivität – Politik – gab, die selbstverständlich überall stattfand.«

An einem weiteren Bereich staatlich-politischer Konstituierung wird diese Serialität deutlich – an der Praxis des Zensus: »Die Philippinen sind ein anschauliches Beispiel für diesen Prozess. Die erste ernsthafte Volkszählung wurde 1818 unternommen. Ihr Kategorienraster enthielt solch seltsame, nicht auf Wahlen bezogene Kombinationen wie: Difuntor (die Toten), Negros Infieles (ungläubige Schwarze), Tributos (Tributzahlende), Mestizos Españoles (Personen gemischter spanischer Herkunft), Morenos (Braunhäutige) und Individuos Contribuyentes (einzelne Steuerzahler) [...] Es gab weder eine Spur des Territorialismus, noch eine von den Dutzenden ethnolinguistischen Gruppen, die über die Inseln verstreut sind.« Beim nächsten Zensus 1877 wird bereits nach Kategorien, die untereinander vergleichbar sind, gezählt und damit sowohl die Grundlage für Wahlen und andere Sphären der Politik als auch für das Entstehen ethnischer Kategorien geschaffen. Damit schufen die Kolonisatoren die Grundlagen für ihren eigenen Sturz, denn mit der Herausbildung politischer Organisationsformen und ethnischer Kategorien entstanden die nationalen Befreiungsbewegungen.

Die Nationalitätenpolitik schuf ein ethnisches Bewusstsein, das sich schließlich gegen den Zentralstaat selbst richtete

Das vergleichende Denken legte auch den Grundstein von Aufbau und Zerfall der Sowjetunion in ethnonationalistischen Strukturen. Denn »auch der durch schnelle Industrialisierung geprägte Charakter des 'real existierenden Sozialismus' besaß diese Tendenz zur Homogenisierung der Bevölkerung mit scheinbar unwiderstehlicher Gewalt.« Detlev Claussen führt in seinem Aufsatz **Das Verschwinden des Sozialismus – zur ethnonationalistischen Auflösung des Sowjetsystems** aus, dass die Nationalitätenpolitik tragendes Prinzip dieses Systems war. »Auf dem Wege der Kaderpolitik wurden die Leitungspositionen der ethnoterritorialen Einheiten der Sowjetunion unter Bevorzugung lokaler Eliten besetzt. Für diese Privilegierung bedeutete Herkunft *das* entscheidende Kriterium.« Tatsächlich hatten die Sowjetbürger zunächst die freie Wahl, unter welchen nationalen Kategorien sie sich registrieren lassen wollten. In den letzten Jahren des Stalinismus bestand diese Wahlmöglichkeit dann nicht mehr: »Die festgeschriebene 'nationale Identität' hatte sich als ein ideales Steuerungsinstrument der erwähnten Kaderpolitik herausgestellt, nach der gerade die Aufstiegsmöglichkeiten der Sowjetbürger verteilt wurden.«

Diese Nationalitätenpolitik von oben konnte nur funktionieren, weil sie die »Realität einer Alltagsreligion« berücksichtigte, jenes Bewusstsein, in der »die generationenübergreifenden und überindividuellen Gewissheiten aufbewahrt sind, ohne die Menschen nicht handlungsfähig wären«. Dieses Bewusstsein war lange Zeit durch Religion und Klasse geprägt. Nachdem »der jahrelange Bürgerkrieg 1923 gerade die Klassen zerstört (hatte), in deren Namen er geführt worden war«, musste ein neues identitätsstiftendes Bewusstsein den Zusammenhalt festigen. Der von oben verordnete Nationalismus konnte an ein »Krisenbewusstsein« andocken, das ethnische Zugehörigkeit als letzten sicheren Besitz bewahrte.

Als Herrschaftsinstrument schuf die Nationalitätenpolitik also sowohl in den Kolonialgebieten als auch in den Sowjetrepubliken mit vergleichbaren staatlichen Mitteln wie Passgesetzgebung oder Volkszählungen ein ethnisches Bewusstsein, das sich schließlich gegen den Zentralstaat selbst richtete. In beiden Fällen waren die Prinzipien von Serialität und Ethnizität jedoch so fest ins Bewusstsein der Akteure eingeschrieben, dass nach dem Ende des alten gleich der neue Nationalstaat ausgerufen wurde.

► **Stephan Günther** ist Mitarbeiter im **iz3w**. Beide Artikel sind erschienen in: Detlev Claussen, Oskar Negt und Michael Werz: Kritik des Ethnonationalismus. Hannoversche Schriften 2. Verlag Neue Kritik. Frankfurt, 2000.

Laboratorium der Völkerfreundschaft

Zentralasien: Nach der Staats- nun die Nationenbildung



Mit dem Ende der Sowjetunion wurden aus den ehemaligen Republiken Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan eigenständige Staaten. Zwar hatte schon Stalin versucht, in Zentralasien Nationen, Völker und Ethnien zu konstruieren. Aber erst mit der postsowjetischen Identitätspolitik der neuen unabhängigen Staaten werden diese Gebilde mit »nationaler« Geschichte, Kultur und Tradition gefüllt.

Foto: A. Pisacreta / ROPI

von **Jenniver Sehring**

► Die Geschichte Zentralasiens ist eine Geschichte der Migration. Jahrhunderte lang zogen Nomaden durch die Steppen. Die nomadische Bevölkerung identifizierte sich vorrangig mit ihrem jeweiligen Clan, die sesshafte im Süden der Region eher über den Herkunftsort. Im 19. Jahrhundert wurde Zentralasien vom zaristischen Russland erobert und besiedelt. Unter Stalin wurden dann Wolgadeutsche, Koreaner, Inguschen, Polen und etliche andere Gruppen nach Zentralasien deportiert. Im Zuge der Neulandkampagne unter Chruschtschow siedelten sich nochmals Russen, Weißrussen und Ukrainer an. Nach der sowjetischen Klassifizierung leben heute 120 bis 140 verschiedene Nationalitäten in dem Gebiet.

Die Einteilung der verschiedenen Gruppen in Titularnationen, Nationalitäten und ethnische Gruppen begann in den 20er Jahren, um sozialistische Republiken und auto-

nome Gebiete zu schaffen. Also wurden soziokulturelle Bezeichnungen in ethnische umgewandelt oder regionale Dialekte als Grundlage für eine Nation genommen. So war Usbek eigentlich die Bezeichnung für die städtische Elite, ähnlich war Tadschik eine Bezeichnung der sesshaften Oasenbevölkerung. Die Unterschiede zwischen den Nomaden und Seminomaden in Kasachstan und Kirgistan lagen lediglich in unterschiedlichen Dialekten, als Hochsprache benutzten beide das Kasachische. Die territoriale Einteilung der Republiken richtete sich dann aber nicht nach den neu definierten Nationen, sondern nach den Macht- und Ordnungsinteressen Moskaus, so dass in jeder Republik zahlreiche Angehörige der Nachbarnationen lebten und leben. Auch wurden die Grenzen und Bezeichnungen noch mehrmals geändert. So wurde die Kirgisische Autonome Republik 1925 in Kasachische Autonome Republik umbenannt.

Nach der offiziellen Sowjetterminologie war Zentralasien ein »Vorposten des Internationalismus« und »Laboratorium der Völkerfreundschaft«, freilich unter russischer Hegemonie. Trotzdem kam es – vor allem in der Literatur – ab den 70er Jahren zu einer »Nationalisierung« kultureller Traditionen. Gleichzeitig blieb die sowjetische Modernisierung meist oberflächlich und pränationale Identitäten dominierend. Einheimische lokale Kader sorgten dafür, dass viele Posten mit Clan- und Familienmitgliedern besetzt wurden.

Unabhängige Nationalkulturen

► Mit der Unabhängigkeit, die die Staaten eher unfreiwillig erklärten, wurden sie in ein internationales System geworfen, das nach Nationen organisiert und legitimiert ist. Zwei Herausforderungen also für die neuen Staaten: erstens sich als Nationalstaat nach außen zu legitimieren, zweitens die subnationalen Identitäten auf die gemeinsame Nation einzuschwören. Infolgedessen begann die Konstruktion einer »nationalen« Geschichte und Kultur. In Zentralasien setzte aber kein kirgistanischer, usbekistanischer oder turkmenistanischer Nationalismus ein, sondern ein kirgisischer, usbekischer, und turkmenischer. Also ein Ethnonationalismus der jeweiligen Titularnation, der sich nicht an Staatsbürgerschaft oder Territorium orientiert, sondern an »ethnischer« Zugehörigkeit. Die jeweilige Titularnation macht jedoch nur zwischen 40 und 70 Prozent der Staatsangehörigen aus, wodurch von vorneherein ein Großteil der Bevölkerung ausgegrenzt wird.

So wie aus dem Rex Francorum Imperator Romanorum irgendwann ein Deutscher Kaiser wurde, wurde aus dem Eroberer Timur Lenk, der Samarkand zur Hauptstadt seines Reiches machte, der Begründer der usbekischen Nation. Alle Republiken haben inzwischen das ein oder andere Epos oder Ereignis in den Rang des Nationalmythos erhoben. Der turkmenische Präsident Nijasow etwa hat aus der Niederlage des Tekke-Stammes gegen die zaristischen Truppen 1881 den Mythos von Göktepe gemacht: »die Turkmenen« starben in einem heldenhaften Gefecht gegen die russischen Eroberer. Zahlreiche Straßen, Plätze, Städte und auch Regionen sowie Institutionen wurden inzwischen nach früheren Bezeichnungen oder vermeintlichen Nationalhelden umbenannt.



Besondere Bedeutung hat jedoch die Sprachpolitik. Viele ursprünglich Turksprachige sprechen heute besser Russisch, da sie russische Schulen besucht haben und kaum Gelegenheit hatten, ihre Muttersprachen zu gebrauchen. Vor allem die städtische Mittelschicht ist – egal welche Nationalität – russophon. Russisch ist die wichtigste Verkehrssprache in den zentralasiatischen Ländern. Nach der Unabhängigkeit wurde in allen Staaten die Sprache der Titularnation zur Amtssprache erhoben und gefördert, also eine Sprache, die oft nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung versteht. In Kasachstan muss das Fernsehen seit 1997 zur Hälfte auf Kasachisch senden. Für die Sender ein ernsthaftes Problem, denn erstens findet sich nicht genug qualifiziertes kasachisches Personal, zweitens sind die Einschaltquoten äußerst gering, da ein Großteil der Zuschauer kein kasachisch versteht. Inzwischen werden Kasachisch-Kurse per TV angeboten.

In Amt und Würde

► Neben der Wiederbelebung der in Sowjetzeiten unterdrückten Sprachen geht es vor allem um einen praktischen Ausgrenzungsmechanismus: Zu Zeiten der Sowjetunion wurden zwar politische Ämter auch mit Einheimischen besetzt, bei den wichtigen Posten in Verwaltung, Industrie und Armee waren sie jedoch stark unterrepräsentiert. Wer heute in der Verwaltung arbeiten möchte, muss die offizielle Amtssprache beherrschen. Damit haben alle, die nicht der Titularnation angehören, schlechtere Chancen, und die in der Regel besser ausgebildeten Russen verlieren ihre gutbezahlten Stellen. In Kasachstan hat sich dadurch der Anteil der Nichtkasachen in der Verwaltung auf 25 Prozent verringert. Lediglich Kirgistan, das als das liberalste Land in Zentralasien gilt, verfügt in seiner 1993 verabschiedeten Verfassung, dass niemand aufgrund der Nichtbeherrschung des Kirgisischen benachteiligt werden darf, und zeigt sich damit wesentlich toleranter als die anderen Staaten.

Die Nationalisierung Zentralasiens verändert besonders das Verhältnis zwischen russischer und turksprachiger Bevölkerung. Ende der 80er und dann besonders in den Anfangsjahren der Unabhängigkeit setzte die Betonung der einheimischen Kulturen und die beschriebene Bevorzugung der einheimischen Bevölkerung bei Posten- und Mittelvergabe ein. Dadurch bildete sich schnell eine Elite aus Angehörigen der Titularnation. Die starke Abwanderung russischer und deutscher Fachkräfte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und die »Privatisierung« der Staatsbetriebe, die eher eine Neuverteilung unter den Angehörigen der Elite war, machte sie noch mächtiger. Sie erreicht vor allem die verarmte Landbevölkerung, die sich vermehrt religiös oder national orientiert – auch weil der kapitalistische Transformationsprozess vor allem sie getroffen hat: die Sozialstruktur der Kolchosen ist zusammengebrochen, Cafés und Kulturzentren wurden geschlossen, oft existiert nicht mal mehr ein Bus, der die Bewohner ins Nachbardorf bringen könnte. Die wichtigsten Trennlinien der Gesellschaft verlaufen nicht zwischen »Ethnien«, sondern zwischen einer kleinen reichen Oberschicht und einer verarmten Bevölkerungsmehrheit.

Stabilisierende Störfaktoren

► Zwei potentielle Störfaktoren gibt es allerdings bei den nation-building-Prozessen: erstens der wiederauflebende Islam, der zu einer Identitätsbildung über die nationalen Grenzen hinweg führen könnte, zweitens die verschiedenen Minderheiten und Nationalitäten, die sich verstärkt artikulieren. Beide werden jedoch erfolgreich für eine national-autoritäre Politik instrumentalisiert. Das seit

der Unabhängigkeit wieder aufkeimende islamische Leben erfüllt für die Herrschenden eine Doppelfunktion: Einerseits soll ein moderater offizieller Islam das nation building unterstützen, andererseits dient der Hinweis auf islamische Extremisten immer wieder gerne zur Verhaftung und Unterdrückung der politischen Opposition.

Dabei ist die gegenwärtige Renaissance des Islam meist auf lokale Ebene beschränkt, beeinflusst das gesellschaftliche Leben kaum über Stadtteil- oder Dorfgemeinschaften hinaus. Selbst in strenggläubigeren Gebieten wie dem Ferganatal kann eine Frau, die verschleiert durch die Stadt geht, leicht Opfer von Beschimpfungen anderer Frauen werden. Doch durch die Nähe von Afghanistan und die andauernden Unruhen in Tadschikistan werden Ängste vor Angriffen von islamischen Rebellen geschürt. Tatsächlich kam es in den Sommern 1999 und 2000 zu wochenlangen Kleinkriegen im Grenzgebiet von Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan. Beobachter vermuten allerdings, dass es sich bei den Angreifern nicht um religiöse Extremisten handelt, sondern um versprengte Veteranentruppen, die seit dem Ende des Bürgerkrieges in Tadschikistan umherstreifen und wahrscheinlich eher an Geiseln zwecks Lösegelderpressung denn an religiös-politischen Zielen interessiert sind. Für die Präsidenten von Kirgistan und Usbekistan aber Anlass genug, Gewerkschaftsführer einzusperren, Zeitungen zu schließen und jegliche Opposition, sei sie nun politisch oder religiös motiviert, als islamische Gefahr zu verfolgen.

Im Gegenzug zur Nationalisierung erleben auch die Kulturen der verschiedenen Minderheiten ein Revival. Die Minderheiten haben mehr Freiheiten als zu Sowjetzeiten und fördern ebenfalls ihre »eigene« Kultur. Politische Bewegungen sind allerdings selten. Tatsächlich gab es seit Ende der 80er vereinzelte Auseinandersetzungen, die ethnisch oder nationalistisch besetzt waren – wie die Ausschreitungen in der kirgisischen Provinz Osch zwischen Usbeken und Kirgisen 1990, bei denen mehrere hundert Menschen ums Leben kamen. Grund der Auseinandersetzungen waren jedoch nicht etwa langschwelende ethnische Konflikte, sondern das radikale Privatisierungsgesetz Kirgistans, das Menschen mit kirgisischer Nationalität bei der Neuverteilung des knappen Landes bevorzugte – in einer Gegend, die überwiegend von Usbeken besiedelt ist.

Nur ein autoritärer Staat könne gewalttätige Konflikte zwischen den Nationalitäten verhindern

Ethnizität als Strategie wird weniger von den Minderheiten als von den Mächtigen entdeckt und genutzt. Der Verweis auf die Vorbeugung gegen potentielle ethnische Konflikte in den »Vielvölkerstaaten« dient zur Rechtfertigung autoritärer Politik. So betont der kasachische Präsident Nasarbajew immer wieder, wie wichtig die »Eintracht zwischen den Nationalitäten« sei, die durch Demokratie gefährdet würde. Nur ein autoritärer Staat könne in der gegenwärtigen Situation gewalttätige Konflikte zwischen den Nationalitäten verhindern. Ein Standpunkt, den auch viele westliche Beobachter und Großteile der Bevölkerung vertreten. 1995 löste Nasarbajew zeitweilig das Parlament auf und gründete stattdessen eine beratende »Versammlung der Völker Kasachstans« (ANK), die allerdings – im Gegensatz zu den realen Bevölkerungsanteilen – von Kasachen dominiert wird und ihm ein gefügiges Instrument ist.

Noch einen Schritt weiter geht der turkmenische Präsident Nijasow, der sich Turkmenbaschi (Führer der Turkmenen) nennen und als »Vater der Nation« ehren lässt. Die Einheit der verschiedenen Stämme in Turkmenistan könne nur er garantieren, da er als Waise mit keinem Stamm verbunden sei. Hier hat sich inzwischen schon ein Personenkult entwickelt, die pränationalen Identitäten dienen nicht nur zur Rechtfertigung einer autoritären Politik, sondern eines Herrschers. Ein Beispiel, das in den anderen Republiken Schule machen könnte: Nachdem Nijasow 1994 mit einem Referendum die Amtszeitbegrenzung umging, folgten 1995 Usbekistan und Kasachstan seinem Beispiel. 1999 wurde in Turkmenistan die Beschränkung auf zwei Amtszeiten aufgehoben und damit Nijasow quasi auf Lebenszeit etabliert.

Sowjetische Nationalitätenpolitik

► Das sozialistische Konzept einer Nation wurde wesentlich durch Stalin geprägt, der vier Merkmale einer Nation ausmachte: gemeinsame Sprache, gemeinsames Territorium, gemeinsames Wirtschaftsleben, gemeinsame Kultur. Waren nur gemeinsame Sprache und Siedlungsgebiet vorhanden, handelte es sich um ein Volk oder eine Völkerschaft, ethnische Gruppen waren eher verwandtschaftlich organisiert und befanden sich auf einer »primitiveren« Entwicklungsstufe. Der Begriff der Völkerschaft wurde nach 1924 fallengelassen, und zukünftig nach Nationalität unterteilt, wobei wiederum nicht alle Nationalitäten den offiziellen Nationenstatus hatten. So unklar wie die Begrifflichkeiten, so inkonsequent war auch oft deren Anwendung.

Da Souveränität nicht zu den Merkmalen einer Nation gehörte, wurde und wird auch heute noch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität unterschieden. Lediglich bei den Angehörigen der Titularnation, also z.B. den Kasachen in Kasachstan, stimmen beide überein. Andere haben zwar die kasachische Staatsbürgerschaft, aber eine russische, deutsche, tatarische Nationalität. Diese ist dann auch im Ausweis vermerkt.

Huntingtonsche Katastrophenbilder

► Als Zentralasien Anfang der 90er Jahre vom Westen »entdeckt« wurde, wusste man kaum etwas über diese Region. Aber aus dem Wenigen – Kommunismus, Vielvölkerstaaten, Islam – ließen sich schnell Huntingtonsche Katastrophenbilder zusammenbasteln. Befürchtungen bezüglich eines erweiterten islamischen Krisengebietes, vorschnelle Vergleiche etwa von Algerien mit Usbekistan verkennen, dass der Islam völlig unterschiedlich tief verwurzelt und ausgeprägt ist. Große Teile Zentralasiens wurden erst sehr spät und oberflächlich islamisiert, wobei eher ein islamisch-animistischer Synkretismus entstanden ist. Daneben stand vor allem das »russische Problem« im Zentrum der Analysen. Nachdem der Norden Kasachstans nicht abgespalten und an Russland angegliedert wurde und auch andere Grenzrevisionen oder gewalttätige Auseinandersetzungen ausblieben, ist man etwas vorsichtiger geworden. Aber das Szenario einer »Balkanisierung« der Region wird immer noch gerne heraufbeschworen – mit Blick auf die Ölfelder am Kaspischen Meer und NATO-Truppen in der Hinterhand. Peter Scholl-Latour, der auch Zentralasien nicht mit einem Buch verschonte, titelte unheilschwanger: »Das Schlachtfeld der Zukunft«. Aber auch das internationale wissenschaftliche Interesse konzentrierte sich lange weniger auf die sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Probleme der Transformationsphase, sondern auf die sogenannten »interethnischen Beziehungen«. Allen voran das der Bundesregierung unterstellte Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, ein Relikt des Kalten Krieges, das Anfang der 90er etliche Studien wie »Ethno-territoriale Konflikte in der GUS« oder »Materielle Krise und ethnische Unruhe in Sowjetisch-Zentralasien« veröffentlichte. In der Politik ist die Botschaft angekommen: So warnt der SPD-Fraktionsvize Gernot Erler in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau davor, dass sich der Kosovo-Konflikt am Kaspischen Meer wiederholen könnte und sieht dringenden Handlungsbedarf. Er verleugnet auch nicht den Grund seines Interesses: »Ich mache keinen Hehl daraus, dass es dort viel zu verdienen gibt.«

► **Jenniver Sehring** studiert Politikwissenschaften und Ethnologie und ist Kasachstan-Tutorin bei ASA.



Vereinte Nationen in Bosnien   Foto: P. Scherrer

Nationalstaat wider Willen

Ethnizität und Nation-building in Pakistan und Bosnien-Herzegowina

von **Carsten Wieland**

So unterschiedlich das vorläufige Ergebnis für »die Muslime« in Pakistan und Bosnien-Herzegowina ausfällt, so viele Parallelen gab es in ihrer ethno-nationalen Entwicklung. Und das, obwohl ein muslimischer »Nationalstaat« Pakistan schon 1947 proklamiert wurde und in Bosnien erst in den 1990er Jahren fast ein muslimisches »homeland« entstand. Die Menschen begriffen sich aber nicht als so unterschiedlich, dass sie exklusive, religiöse Gruppeninteressen vertraten und Glaubensgenossen gegen »die anderen« politisch mobilisierten. Um das zu erreichen, mussten Kontrastverstärker um das Merkmal Religion herum gebaut werden.

► In beiden Ländern waren es zuerst kulturelle und dann politische Aktivisten, die eine Homogenisierung der Religionsgemeinschaften vorantrieben. Mit Zusätzen wie Geschichte, Territorium und Sprache machten sie aus dem Glauben mehr als nur Religion: erst eine »Ethnie« und schließlich eine Ethno-Nation. Die Vorstellung einer »gemeinsamen« Abstammung, die möglichst weit in die Vergangenheit zurückreicht, sollte zusammenschweißen. Selektive Geschichtsschreibung half, Ansprüche in der Gegenwart zu legitimieren. So dienten der Bogumilen-Mythos in Bosnien und der Arier-Mythos in Indien[1] dem gleichen Zweck: Religionsgemeinschaften sollten sich zuerst als Abstammungsgemeinschaften begreifen, die älter sind als das Religionsmerkmal selbst. Jedes ethno-nationale Lager blickt zudem auf sein Goldenes Zeitalter zurück. Geschichte erscheint als »ewige« Auseinandersetzung zwischen den Religionsgruppen.

Als Hindu-Aktivisten die Heiligkeit der Kuh auffiel, entdeckten muslimische Provokateure, wie gut sie schmeckt

Eng mit der Geschichte verbunden ist die Vorstellung eines möglichst »heiligen« Landes, auf das eine Religionsgemeinschaft Anspruch hat und die andere nicht. So gab die serbisch-orthodoxe Kirche der Amselfeld-Legende ihre Weihe und unterstützte den Mythos eines »urserbischen« Bodens. Bosnische Serben und Kroaten bezeichneten die Muslime abfällig als Türken, die eigentlich an den Bosporus gehörten.[2] Die Hindu-Nationalisten beanspruchten »Mutter-Indien« als ihr heiliges Land. Die Muslime, so sagten sie, hätten ja bereits ihr heiliges Land auf der arabischen Halbinsel. Viele Muslime entwickelten im Gegenzug ebenfalls eine territoriale Bindung.

Wer anders denkt, muss auch anders sprechen. Das ist die Begründung für den »ethnischen« Baustein Sprache als Ergänzung zur Religion. In Bosnien-Herzegowina und Indien strebten und streben Ethno-Nationalisten zumindest danach, Religionsmerkmal und Sprache zur Überlappung zu bringen. Dabei stellte sich das gleiche Problem: Die »Ethnien« hatten keine verschiedenen Sprachen, um voneinander differenziert zu werden. Als Rohmaterial diente jeweils eine Sprache, aus der verschiedene Ausbausprachen herausgemeißelt wurden. In Indien bestand zwar reichlich Auswahl an differenzierbaren Sprachen, doch stürzten sich die Ethno-Nationalisten auf die gleiche, weil sich die ethnonationalen Bewegungen in derselben Region (Nordindien) konzentrierten. Die »ethnischen« Sprachen wurden in beiden Fällen in unterschiedliche Schriften gegossen und vor allem dadurch voneinander abgegrenzt. Das ließ die meisten Menschen außen vor, denn sie konnten nicht lesen und schreiben. Aus Schreibern und Dichtern rekrutieren sich nicht zufällig bis heute die schillerndsten Vordenker des Ethno-Nationalismus.

Die Religion war also in beiden Fällen mehr geworden als private Glaubenssache. Die (postulierten) Religionsmitglieder wurden zum Bestandteil einer Ideologie. Sie waren ihre Träger und ihre Ressource. Deshalb avancierte die Religionszugehörigkeit eines jeden einzelnen zu einem politischen »Besitzstand«. Ein Religionswechsel ins andere Lager kam jeweils einer Fahnenflucht gleich. Die konsequent objektive Zuordnung von Menschen zog die »ethnischen« Grenzen fest. Zunehmend entwickelten nun ethnonationale Fürsprecher zuerst kulturelle und dann politische Ansprüche für »ihre« Klientel. Sie vertraten konkrete, tagespolitische Forderungen und folgten entsprechenden Strategien. Dafür wurde die Identitätskategorie Religion verwässert und diente nur noch als Vehikel politischer Machtansprüche.

Banale Konflikte – Rohe Gewalt

► In diesem fortgeschrittenen Stadium der Politisierung konnten zusätzliche Faktoren wirken, die die »Ethnien« weiter homogenisierten, und die ihre politisch aktiven Anhänger gegeneinander aufbrachten. In einer Atmosphäre des Mißtrauens schaukelten sich Vorfälle zu ethno-nationalen Lagerkämpfen hoch, die sonst nie beachtet worden wären. Soziale und wirtschaftliche Konflikte gab es in beiden Ländern reichlich; die Interessen der Bauern und der Grundbesitzer lagen weit auseinander. Doch plötzlich war es in Bosnien-Herzegowina von Bedeutung, dass die Mehrheit der Landbesitzer Muslime waren und die Bauern meist Serben oder Kroaten. Die Sozialstruktur spielte den Ethno-Nationalisten in Bosnien-Herzegowina besonders in die Hände. Auch in Indien ließen sich sozio-ökonomische Spaltungslinien immer leichter in ethno-nationale Konflikte ummünzen, besonders dort, wo sie sich überlappten.

Da die Religion und deren Anhänger zum politischen Gut wurden, entzündeten sich Konflikte vorzugsweise an Symbolen. Damit entstand ein neues Konfliktpotential, das zu einer verstärkten politischen Mobilisierung führte. In Indien kam Tempeln, Moscheen und Prozessionen auf einmal ungeahnte Bedeutung zu. Hindu-Aktivisten fiel die Heiligkeit der Kuh neu auf, und muslimische Provokateure entdeckten, wie gut sie schmeckt. Prompt proklamierten sie ihr »religiöses Recht« auf Kuhschlachtung. Auch hier waren solche Streitereien Ausgangspunkt politischer Mobilisierungen und neuer Organisationsformen der konkurrierenden Lager.

In der Hochphase ethno-nationaler Auseinandersetzungen boten sich in Indien vor 1947 und im Bosnien-Herzegowina der späten 90-er-Jahre grausame Szenen. Die unausweichliche, objektive Zuordnung konnte für jeden einzelnen Leben oder Tod bedeuten. Kriminelle Banden überfielen Dörfer und Familien, töteten, quälten oder entführten die Angehörigen der »feindlichen« »Ethnie«. Menschen, die zuvor friedlich zusammenlebten, wurden aufeinander gehetzt. In beiden Ländern litten besonders Frauen. In der ethno-nationalen Ideologie reproduzieren Frauen das politische Gut des »richtigen« Menschen. Vergewaltigungen durch die Gegner verhindern dies und »entweihen« zudem den hohen religiösen und gesellschaftlichen Status der betroffenen Frauen. Darunter hatten vor allem Musliminnen zu leiden. In Bosnien-Herzegowina und Indien waren solche Gewalttaten für einige ethno-nationale Aktivisten systematischer Bestandteil der Kriegsführung. Sie legten damit nahe, dass die verschiedenen »Ethnien« nicht miteinander leben könnten; und sie hatten mit ihrer Außenwirkung beide Male entsprechenden Erfolg.

Spaltungslinien im ethno-nationalen Staat

► Die tatsächlichen und potenziellen, muslimischen Staatsgründungen in Indien und Bosnien-Herzegowina gehen nicht im modernisierungstheoretischen Sinn auf eine breite Nationalbewegung »der Muslime« zurück. Einerseits repräsentierten die muslimischen Fürsprecher stets nur einen Teil der muslimischen Bevölkerung – von ihrer Herkunft her und von dem, was sie politisch vertraten. Andererseits konkurrierten muslimische Fürsprecher untereinander. In Bosnien-Herzegowina kommt hinzu, dass diejenigen, die vorgaben, »die Muslime« politisch zu vertreten, sich manchmal selbst nicht einmal als Muslime sahen, sondern als Serben oder Kroaten. In Pakistan ist nach der Staatsgründung zusätzlich die Spaltungslinie Sunniten-Schiiten aufgebrochen. Darüber hinaus hat jegliche Gesin-

Zum Konzept der Ethno-Nation

► Während das »subjektive« republikanisch-liberale Konzept die Nation als eine Gemeinschaft begreift, die sich aus freier Wahl zusammensetzt, basiert das »objektive« kulturelle Konzept der Nation auf einer vorgegebenen Zuordnung des Einzelnen in einer »gemeinsamen« Geschichte. Bei der Ethno-Nation ist der Mensch allein schon durch seine ureigensten Charakteristika national prädestiniert. Die Ethno-Nationalisten wollen aus der Gesellschaft eine Gemeinschaft machen. Eine ideelle und mechanische Bindung von sonst getrennten Menschen soll durch die Bande eines organischen Lebens, einer apriorischen Willenseinheit, ersetzt werden. Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Welt. Gemeinschaft sind die »Eigenen«, von der Geburt an, mit allem Wohl und Wehe.

Der organische Nationenbegriff geht vor allem auf den Geschichtsphilosophen Johann Gottfried von Herder (1744-1803) zurück. Für ihn ist das Volk »sowohl eine Pflanze der Natur als eine Familie. [D]er natürlichste Staat ist also auch ein Volk, mit einem Nationalcharakter«. Auf dem Balkan und in Indien wird Herder mehrfach rezipiert (Alter, 1994). Der indische Philosoph Sri Aurobindo (1872-1950) übernahm zum Beispiel Herders Konzept im Kontrast zum Staat, der nur eine »seelenlose Maschine« sei. Diese organische Idee hatte großen Einfluß auch auf Denker, die kein ethnisches Nationenkonzept vertraten. So warnte Gandhi vor der Teilung des Landes als »a vivisection of the living flesh of India«. Selbst Nehru sprach in seiner Polemik von der »strahlenden Schönheit des Fleisches« Indiens.

Der konsequent primordiale (= vorgeburtliche, ursprüngliche) Charakter des objektiven Konzepts zeigt sich in den Bausteinen, die den »Volksgeist« ausmachen. Bei Herder erscheint die Sprache als Grundlage für die Nationenbildung. In Bosnien-Herzegowina und Indien war dagegen das Primärmerkmal nicht Sprache, sondern Religion. In diesen Fällen diente Herder als Vorwand, um eine Sprachgemeinschaft ex post zu schaffen, die sich mit dem religiös fundierten Nationsgedanken überlappt.

Carsten Wieland

nung Platz in der auch politisch relevanten Spannbreite zwischen säkular und orthodox gesonnenen Muslimen.

Interessant ist die Einordnung der beiden muslimischen Hauptfiguren. Izetbegovic, der muslimische Ideologe, ist vor allem an der Islamisierung der Gesellschaft interessiert. Jinnah, der erste Präsident und liberale Pragmatiker, hatte nur ein Dogma: Pakistan. Er verfolgte weniger religiöse als politische Interessen. Beide dachten jedoch gleichermaßen in ethno-nationalen Schemata und gaben der Politik »ethnische« Inhalte. Am Ende ihrer Karriere gingen beide Rechtsanwälte jedoch erneut getrennte Wege. Jinnah erklärte bei seinem Amtsantritt, dass Pakistan – da es nun existiere – fortan bürgerlich-demokratischen Charakter haben solle. Das war zwar eine wenig einleuchtende Vorstellung nach all den ethno-nationalen Grabenkämpfen, aber ein runder Bogen zu seinen frühen Überzeugungen. Izetbegovic ist schwer einzuordnen, weil er sich im Laufe seines politischen Lebens mehrmals widersprochen hat. Er driftet wohl in die Richtung derer, die auf einen zwar demokratischen, aber muslimischen Staat hinarbeiten. Sicher ist: Izetbegovic würde ihn am liebsten auch mit islamischen Inhalten füllen, was Jinnah ablehnte, dafür aber seine Nachfolger umso deutlicher nachholten.

Nicht wirklich, aber wirksam

► Die Fälle Bosnien und Indien/Pakistan zeigen: »Ethnische Konflikte« gibt es nicht. Die Fronten sind bei weitem nicht so glatt. Und die Inhalte der Konflikte haben nichts mit Abstammung, Glauben, Sprache oder Gewohnheiten per se zu tun. Diese Merkmale dienen nur als Andockstellen für eine beschleunigte, politische Mobilisierung. Die Nationsbildung der bosnischen und indischen Muslime war kein »natürliches« Erwachen einer Volksgruppe mit einem »natürlichen«, staatlichen Ende, so wie es ethnonationale Historiker gerne hätten.

In der Geschichte des Balkans und Indiens gab es mehrere Gelegenheiten, in denen die Weichen in eine andere Richtung hätten gestellt werden können. So zeigten die meisten bosnischen Muslime lange Zeit kein Interesse, als eigene Nation aufzutreten. Ihre Parteien vertraten tagespolitische Ziele. In Indien übten sich die Parteien Congress (Nehru/Gandhi) und Muslim-League (Jinnah) zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch in Eintracht. Doch seit dem 18. und vor allem 19. Jahrhundert hatte eine kulturelle und religiöse Homogenisierung eingesetzt. Politische Aktivisten knüpften daran an. Das war der Beginn eines ethno-nationalen Lager-Denkens und Handelns. In Bosnien-Herzegowina und Indien war die muslimische Nationsbildung reaktiv an die nationale Homogenisierung der Nachbarn gekoppelt. In Bosnien-Herzegowina wehrten sich muslimische Fürsprecher gegen die ideologische und territoriale Vereinnahmung durch serbische und kroatische Ethno-Nationalisten. Mit jedem Balkan-Krieg gewann diese Konstellation erneut an Brisanz. Auch gegenüber den indischen Moslems waren »die anderen« zunächst stärker. Religiöse Aktivisten modernisierten und standardisierten das Hindutum. Allmählich wichen integrative Elemente des Hinduismus einer konfrontativen Hindu-Ideologie. Aufgrund der jeweiligen Position »der Muslime« in der ethno-nationalen Konstellation ihrer Umgebung lassen sich die muslimischen Nationenbildungen als negativ bzw. defensiv beschreiben. Doch mit einer fortschreitenden Politisierung »der Muslime« nahmen sie auch zunehmend selbst Einfluß auf politische Ergebnisse.

Der Staat ist der größte ideelle und materielle Ressourcenverteiler

Wird ethno-nationale Agitation mit Zugeständnissen aufgefangen (wie mit getrennten Wahllisten in Indien oder mit ethno-nationalem Pluralismus in Jugoslawien), können sich ethno-nationale Interessenvertretungen als unabhängige Variablen im politischen Prozess etablieren, was wiederum zu »ethnischen« Outputs führt. Erfolgversprechender wäre ein Modell, das ethno-nationaler Agitation keinen Angriffspunkt liefert, keine Ressourcen verspricht oder ethno-nationale Eigendynamik erst gar nicht in Gang kommen lässt. Der »ethnische« Zuschnitt politischer Outputs zementiert den ethno-nationalen Klientelismus. So auch in den beiden Fällen: Die Wahlen 1990 in Bosnien-Herzegowina gerieten zu »ethnischen« Volksabstimmungen, und auch die westliche Welt verwies höchstens halbherzig auf trans-»ethnische« Alternativen. Parallelen weist die Wahl 1946 in Indien auf, in der die Muslim League kräftig an Stimmen gewann. Mit Blick auf Jugoslawien schreibt Konrád resigniert: »Der Krieg hat die Serben orthodoxer, die bosnischen Muslime islamischer, die Kroaten katholischer gemacht. Durch religiös-nationalistischen Separatismus hat die sprachlich-kulturell-weltliche Zusammengehörigkeit ihre Geltung verloren.«[3]

Schützenhilfe kommt dabei von höchster Ebene. Denn die »ethnische« Konnotation des Nationsbegriffs hat sich weltweit durchgesetzt und wird darüber hinaus allzu häufig auch gleich mit dem Staatsbegriff vermengt. Die staatliche Ebene ist der größte ideelle und materielle Ressourcenverteiler, was ethnonationale Fürsprecher in ihrem Ziel, einen Staat zu gründen, bestärkt. Damit sind jedoch keine Probleme gelöst. Die Kämpfe der »Ethno-Egos« toben sich nur eine Ebene höher aus – nämlich bilateral – mit neuen Ressourcen bis hin zu Atomwaffen. Eine solche Staatsbildung erliegt einem weiteren Trugschluss: Mit der Einhegung der Ethno-Nation in »eigene« Grenzen ist keinesfalls auch eine politische Interessengemeinschaft geschaffen. Das (politische) Leben ist komplizierter und vielschichtiger, als dass es das Postulat einer »ethnischen« Zusammengehörigkeit glattbügeln könnte. Deshalb brechen auch in einem ethno-nationalen Staat sehr bald interne Konflikte auf. So geschah es in Pakistan 1971, als West- und Ostpakistan (Bangladesh) auseinander brachen, und heute, wo sunnitische und schiitische Muslime, regionale Interessengruppen und politische Gruppen gegeneinander kämpfen. Auch in Bosnien sind die Muslime nicht so homogen, wie es Izetbegovic gerne hätte. In den Kommunalwahlen im April 2000 wurde deutlich, dass sich ihre Wählerstimmen immer stärker aufsplitten. Wozu also der oft blutige Kampf für ethnonationale Grenzziehungen? Ein »ethnisch« homogener Nationalstaat ist ohnehin eine Illusion. Ethno-Nationalismus mag als dynamisches Handlungskonzept große Wirkung entfalten. Kurz nach der Erreichung eines homeland als Idealziel fällt er jedoch wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Anmerkungen:

1 Der Bogumilismus soll sich um die Jahrtausendwende als neumanichäisch-christliche Glaubensrichtung auf dem Balkan ausgebreitet haben. Im 12. Jahrhundert wurden die so genannten Bogumilen wegen angeblich antichristlicher Ausrichtung nach Bulgarien und Bosnien verdrängt. Einige muslimische Historiker behaupten, die heutigen bosnischen Muslime stammten ethnisch von den Bogumilen ab. Die »Arier« sollen als indo-germanischer Stamm um ca. 1500 v. u. Ztr. von Zentralasien nach Nordindien gezogen sein. Sie sollen die Indus-Hochkultur besiegt und auf dem nördlichen Subkontinent die beherrschende Bevölkerungsschicht gebildet haben. Die These wird jedoch von indischen Historikern inzwischen angezweifelt. Hindu-Nationalisten leiten die Abstammung der Hindus ethnisch von den Ariern ab. Bogumilen-Mythos und Arier-Mythos haben den gleichen Zweck: Sie sollen aus einer Glaubensgruppe mehr machen, indem sie eine gemeinsame Abstammung vor die Übernahme der Religion verorten. Damit wollen sie den Anspruch, eine »Ethno-Nation« zu sein, untermauern.

2 Hier muss einschränkend eingeräumt werden, dass sich bosnische Muslime oft auch als »Türken« bezeichneten. Damit drückten sie ihre religiöse Verbindung zur osmanischen Besatzungsmacht aus. Doch liegt hier die Betonung auf »abfällig«. Serbische und kroatische Ethno-Nationalisten benutzen dieses Wort heute noch, obwohl es als muslimische Eigenbezeichnung längst ausgedient hat.

3 Konrád, György: Vor den Toren des Reiches, Frankfurt/M. 1997

► **Carsten Wieland** ist Journalist bei der Deutschen Presseagentur (dpa). Sein Buch »Nationalstaat wider Willen: Die Politisierung von Ethnien und die Ethnisierung der Politik, Bosnien, Indien, Pakistan« erschien 2000 im Campus Verlag.

Blut oder Boden?

Über Volkszugehörigkeit und Staatsbürgerschaft in Nationalstaaten



Die Frage der Einbürgerung »Nichtdeutscher« und die Doppelpassdebatte haben gezeigt, wie sehr in Deutschland das Denken in völkischen Kategorien verankert ist. Nur wer deutsche Ahnen hat, gehörte bislang zum Volk. Deutsch zu werden, war und ist eine beschwerliche Prozedur. Immerhin ist es inzwischen möglich. Gleichzeitig ist in Staaten wie Frankreich das vormalige Prinzip des republikanischen Rechtes, nachdem alle im Lande Geborenen auch StaatsbürgerInnen werden konnten, stark eingeschränkt worden.

Auch der Jugoslawien-Krieg hat die Aktualität völkisch motivierter Politik aufgezeigt. Unzweifelhaft war der deutsche Alleingang in der Anerkennung der Abspaltung Sloweniens und Kroatiens durch völkisches Denken geleitet: Jugoslawien wurde als »Kunststaat« denunziert, die Völker als tragende Subjekte der Geschichte gepriesen: »Die Deutschen haben ihr Selbstbestimmungsrecht 1991 verwirklicht. Soll es nun etwa all den Völkern verweigert werden, deren Streben nach Unabhängigkeit noch unerfüllt ist? Wer sich den Völkern in den Weg stellt, wird ohnedies hinweggefegt werden« (Theo Sommer in DIE ZEIT). Umgekehrt interpretierten – vor allem antideutsche – KriegsgegnerInnen den Krieg vereinfachend als völkischen Angriff auf einen republikanisch verfassten Staat Jugoslawien. Dass zwischenzeitlich das republikanische Prinzip durch die serbisch-nationalistische Politik einen stark völkischen Einschlag bekommen hatte, geht in dieser Interpretation allzuleicht unter.

Heute beruht wohl jede Nation auf einer Mischung beider Ideologien – der völkischen wie der republikanischen. Beide Prinzipien waren bereits an der Entstehung von Nationalismus und Nationalstaaten beteiligt.

von **Thomas Käpernick**

► Kürzlich unterbrach ein Abgeordneter der CDU im hessischen Landtag einen Kollegen der Grünen mit dem Zwischenruf »Geh doch zurück nach Sanaa!« Am Abend musste sich der CDU-Fraktionsvorsitzende von der Tagesthemen-Moderatorin die Frage gefallen lassen, ob er Verständnis dafür habe, dass ein Parteigenosse Politik mit der jemenitischen *Herkunft* des Grünen mache. So erfreulich die Nachfrage, so unhaltbar ist die von der Moderatorin suggerierte Auffassung, dass der CDUler alleine mit dem Verweis auf die Herkunft des Grünen eine veraltete Geisteshaltung offenbart habe. Denn auch nach der Reformierung des Staatsangehörigkeitsrechts gilt das ius sanguinis: Deutsche/r ist erstmal nur die oder der, welche/r die entsprechende Abstammung nachweisen kann, also »deutsches Blut in den Adern« hat. Die Vorstellung, dass die Gesellschaft durch Blutsbande zusammengehalten wird, ist in einer so konstituierten Nation allemal wichtiger als das freie Bekenntnis zur Republik.

Völkische Elemente enthält auch der republikanische Nationalismus

Ist es für eine Kritik völkischer Kategorien nun aber erfolgversprechend, sich auf einen weniger bornierten Nationalismus zu berufen, wie er etwa in Frankreich gegeben ist, wo sich zur Nation zählen kann, wer auf dem Staatsterritorium geboren ist? Wenn etwa die antinationale Linke die deutsche Besonderheit – den völkischen Charakter dieses Landes – hervorhebt, wird damit tatsächlich davon ausgegangen, dass völkischer und westlich-republikanischer Nationalismus substantiell verschieden sind. Im folgenden soll im Gegensatz dazu darauf hingewiesen werden, dass erstens jede Nation auf einer Mischung aus westlich-republikanischem und völkischem Nationalismus beruht und sich zweitens das völkische Prinzip je nach historischer Epoche unterschiedlich manifestierte.

Es ist üblich, von zwei Nationalismen zu reden. Etienne Balibar treibt die Beschreibung der Teilung des Nationalismus bis zu der absurden Formulierung, es gebe »denjenigen (Nationalismus, T.K.), der sich auf Liebe gründet (selbst wenn diese exzessive Formen annimmt) und denjenigen, der sich auf Haß gründet.«[1] Auch Hannah Arendt unterscheidet zwischen französischem Nationalbegriff und völkischem Abstammungsrecht: »Psychologisch gesprochen ist der Unterschied zwischen dem verrücktesten Chauvinismus und diesem völkischen Nationalismus immer noch der, dass der eine sich immerhin mit der Welt und seinen greifbaren Realitäten beschäftigt, während das Völkische selbst in seiner harmlosesten Form sich nach innen richtet und anfängt, die menschliche Seele als die 'Verkörperung' allgemeiner Stammeseigenschaften anzusehen; und da die Seele ja offenbar nicht etwas sein kann, was 'verkörpert', findet man seine Aushilfe im Blut...«[2]



Republik des Volkes

► Nun legt die Geschichte zunächst tatsächlich die Untertscheidung der Nationalismen nahe. War nicht der deutsche völkisch-romantische Nationalismus des 19. Jahrhunderts in Abgrenzung zu Frankreich entstanden, stellte er nicht die Negation des westlichen Nationalismus dar? Um diese Frage zu beantworten, müssen einige historische Besonderheiten des frühen Nationalismus festgehalten werden: Die französische Revolution dachte den Nationalismus als Ersatzreligion. 1793 wurden Kirchen in »Tempel der Wahrheit« umgewandelt, man erklärte »den abergläubischen und heuchlerischen Kulten« den Krieg, um an ihre Stelle »den Kultus der Republik und der natürlichen Moral« zu setzen.[3] Die Entwürfe drehten sich um die Frage, welcher *Mittel* (das frühe völkische Denken favorisierte Bindungen) die Vernunft zu ihrer Durchsetzung bedürfe. Es ist daher verkürzt, wenn die völkische Ideologie einfach als »wahnhaft« von republikanischem Denken abgegrenzt wird – beide hingen in ihrer Entstehung eng zusammen.

Die Republik gewährte die versprochenen gleichen Rechte in einem so geringen Ausmaß, dass die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen blieb. Vorrechte des Adels wur-



Lange Schatten des Nationalismus Foto: R. Maro/version

den storniert aufgrund der Auffassung, dass das Bürgertum die einzige produktive Klasse sei. Im Verlauf der Revolution wurde das Stigma der Überflüssigkeit auf andere Gruppen übertragen. Jakobiner wie Marat predigten »die völlige Vernichtung dieser verfluchten Brut« – »der Kapitalisten, der Spekulanten, der Monopolisten«, die von den »feigen Volksvertretern durch die Straflosigkeit ermutigt«[4] würden.«

Die Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft erwiesen sich als ambivalent. Das zeigte sich u.a. darin, dass durch die aufklärerische Forderung nach Emanzipation die »Judenfrage« neu auf die Tagesordnung gebracht wurde. Das Judentum stand in einer Zwischenposition gleichzeitiger Diskriminierung und Privilegierung, die sich aus der Verdrängung aus der Gesellschaft und der Abhängigkeit vom Staat (durch fürstliche Privilegien und Schutz) ergab. Der republikanische Gedanke zielte auf Gleichheit – und damit für die Juden auf Assimilation. Den Juden sei als Nation alles zu verweigern, als Menschen alles zu gewähren – mit diesem bekannten Wort der bürgerlichen Revolution wurde die Emanzipation der Juden und Jüdinnen entworfen. Die Rücknahme der Emanzipation im »décret infâme« durch Napoleon war dennoch keine antibürgerliche Tat. Denn Juden und Jüdinnen galten dem Bürgertum als Überrest des Mittelalters, da sie wie der Adel Privilegien »genossen«. Einmal der Nähe zum Adel verdächtig, wurde das Judentum gleich als »internationales Element« stigmatisiert; das radikale Kleinbürgertum schloss daraus gar auf eine jüdische Agententätigkeit. Der Übergang zum nationalen Antisemitismus war hier fließend.

Volk und Vernunft

▶ Die völkische Ideologie in Deutschland war zu Beginn die Sache einer kleinen Gruppe von Intellektuellen, die gegen die napoleonische Herrschaft aufbegehrten und gleichzeitig den Fortschritt des französischen Nationalismus gegenüber den zersplitterten deutschen Landen und dem feudalen Preußen anerkannten. Der wichtigste Vordenker dieser Ideologie ist Johann Gottlieb Fichte. Fichtes »Reden an die deutsche Nation« sind ein Appell an den deutschen Geist, sich von fremder Herrschaft, konkret der französischen Besatzung, zu befreien. Fichte möchte gleichzeitig »die großen Verheißungen eines Reichs des Rechts, der Vernunft, und der Wahrheit, an das Menschengeschlecht...«[5] einlösen und die Einheit von Deutschtum und Freiheit beweisen: »Alle diese sind ursprüngliche Menschen, sie sind, wenn sie als ein Volk betrachtet werden, ein Urvolk, das Volk schlechtweg, Deutsche« (121). Fichtes Konzept scheint also überaus widersprüchlich zu sein, indem er sich sowohl auf die Vernunft beruft, als auch die ursprünglichen, unvermischten Qualitäten des deutschen Volkes beschwört.

Jeder Nationalismus beruht auf dem Irrtum, dass nationale Identität möglich wäre

Eine Zeitlang war Fichte deutscher Jakobiner, kam aber 1806 zum Kreis um den Freiherrn von Stein, in dem man nach Wegen suchte, die Dynamik der französischen Revolution gegen Frankreich zu nutzen: »Wir werden erst siegen können, wenn wir gelernt haben, so wie die Jakobiner den Gemeingeist zu wecken,... wenn man mit derselben Tatkraft und Rücksichtslosigkeit alle Hilfsquellen der Nation mobil machen wird, ihre Leiber, ihre Vermögen, ihren Erfindungsgeist, ihre Hingabe zu dem Heimatboden und nicht zuletzt ihre Liebe zu den Ideen.«[6] Charakteristisch für den Kreis um von Stein war weiter, dass in die Idee von der natürlichen Einheit des Volkes zwei Momente einflossen: einerseits ein demokratisches und revolutionäres, indem man für das Volk und die Reformen gegen die Fürsten Partei ergriff, andererseits ein rückschrittliches, da a priori dem Volk eine eigene Substanz unabhängig von Handlungen zugeschrieben wurde. Auch in »deutschen Landen« war der frühe Nationalismus also durch republikanische und völkische Ideen gleichermaßen geprägt.

Anders als in Frankreich nahm der deutsche Nationalismus jedoch eine immer stärker werdende völkische Ausrichtung an. Fichtes Mobilmachungsphilosophie brauchte den äußeren Gegner. Projektionsfläche seiner Angst sind »Ausländerei« und »Untergang in Fluten« (Fichte, S.202). Der ausländische Genius erschöpfe sich in Lebensweisheit, »dagegen wird der deutsche Geist neue Schachten öffnen, (...) und Felsmassen von Gedanken schleudern, aus denen die künftigen Zeitalter sich Wohnungen erbauen« (86). Bei Fichte finden sich schon die Vorstellungen von Innerlichkeit, Ewigkeit, Reinheit und Ausschließlichkeit, die im völkischen Gedankengut mit rassischen Vorstellungen angereichert wurden. Er bezeichnete das Deutsche Volk als Urvolk und schrieb: »Alle, die sich darein ergeben, ein Zweites zu sein..., sind, als Volk betrachtet, außerhalb des Urvolks, und für dasselbe Fremde und Ausländer« (216).

An dieser Stelle könnte man einwenden, dass das völkische Denken Fichtes die wahnhafte, repressive Tendenz des völkischen Nationalismus so weit ausformuliere, dass es – auch wenn bestimmte Momente übereinstimmen – sich sehr weit vom westlich-repu-

blikanischen Denken entfernt habe. Beispielhaft sei daher nochmals gezeigt, wie in der konkreten geschichtlichen Entwicklung völkisches und republikanisches Denken ineinander übergehen, wie aber andererseits das Völkische nicht zwangsläufig aus der Ambivalenz bürgerlicher Vergesellschaftung hervorgeht.

Gegen die Annahme, der Antisemitismus in Deutschland sei – als quasi unaufgeklärtes Denken – auf die Schwäche des liberalen Bürgertums zurückzuführen, hat Hannah Arendt darauf hingewiesen, dass der Antisemitismus aus der Mitte des liberalen Bürgertums entstand, also selbst Ergebnis einer fatalen Dialektik war. Es gab in Deutschland eine kurze Phase des Enthusiasmus für die jüdische Emanzipation, einen Willen, die Juden sofort dem Bürgertum einzuverleiben. Anfang des 19. Jahrhunderts verkehrten Juden und Jüdinnen in den Salons. Jedoch hatten sie hier die Stellung von »Ausnahmejuden«, die als Juden aufgenommen wurden, sich jedoch nicht wie gewöhnliche Juden verhalten sollten. Sie sollten Juden sein, aber nicht wie Juden. »Für die Gesellschaft des 'gelehrten Berlin' Mendelssohns wie für die des aufgeklärten Berlin von Lessing bis Humboldt und Schleiermacher wurden die Juden der Beweis dafür, dass alle Menschen Menschen sind. (...) Man entfremdete sich jahrtausendealte Nachbarn, eines der Grundvölker des europäischen Geistes, mutwillig, weil je fremder der Ursprung, desto schlagender der Beweis der wesentlich sich immer gleichbleibenden Menschlichkeit war.«[7]

Juden und Jüdinnen rückten wieder in die Position des *pars pro toto*. Mit dem preußischen Emanzipationsedikt jedoch verloren »Ausnahmejuden« ihre Bedeutung – die nationale Parole ersetzte die der Menschheit. Kleist etwa wurde zum Antisemiten und verließ wie viele den Salon Rahel Varnhagens. Mit der teilweisen Emanzipation wurde die Verantwortung für die tatsächliche Integration den Juden und Jüdinnen aufgebürdet. Real wurde ein Übersoll verlangt, wenn Juden und Jüdinnen in bürgerliche Kreise eintreten wollten. Die Folge war, dass sie den bürgerlichen Anforderungen nach Bildung, Familienleben und formellen öffentlichem Auftreten verstärkt nachkamen.

Der sich entwickelnde Nationalismus, ein für die Identitätsfindung des Bürgertums entscheidender Prozess, ließ Juden und Jüdinnen immer weniger Raum, denn das Germanische wurde als natürlich imaginiert, als homogenisierend erhofft. Nach 1848 wurden liberale Hoffnungen zunehmend düpiert. Ihre Enttäuschung kleideten ehemalige Rebellen wie der Komponist Richard Wagner, in antisemitische Ausfälle. Die Abkehr vom Liberalismus wurde Fortschrittlichen wie Wagner, 1848 noch an der Seite Bakunins in der Dresdener Bürgerwehr, leichter, wenn sie im Liberalismus ein fremdes Moment fanden, auf das sie ihre Enttäuschung beziehen konnten. In den antisemitischen Wellen in Deutschland Ende der 70er und Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts trat neben den gesellschaftlichen Antisemitismus des Bürgertums, der die Assimilation verhinderte, jetzt der politisch-rassistische Antisemitismus, der wiederum den Vorwurf erhob, dass Juden ein eigenes Element, ein »Staat im Staat« geblieben seien. Die antiliberalen Schriftsteller beharrten darauf, die Juden als fremd anzusehen und sie mit der Kennzeichnung als abstrakt, wurzellos und ungermanisch mit der negativen Seite der Aufklärung zu identifizieren.



Die Idee des klassenübergreifenden Staates

Homogenität ist Tod

Völkische Elemente enthält auch der republikanische Nationalismus. Wenn also das völkische Denken originäres Produkt der Durchsetzung des Nationalstaates im 19. Jh. war, warum blieben dann in Frankreich die völkischen Ideologen relativ wirkungslos? Nach der Revolution von 1789 gab es in der Rechten Denkrichtungen, die von vornherein in Konkurrenz zum völkischen Denken standen: monarchistische und katholische Strömungen, den Bonapartismus. Erst im imperialen Zeitalter (d.h. im letzten Drittel des Jahrhunderts) ergaben sich fruchtbare Bedingungen für völkische Agitation: Der Staat wurde als Motor der Wirtschaft und durch die nun einsetzende reale Integration der Bürger immer wichtiger, wodurch die Idee eines klassenübergreifenden Volksstaates entstand. Die imperiale Außenpolitik der großen europäischen Mächte förderte nationalistisches Denken, gleichzeitig entstanden rechte Bewegungen, die ihre Unzufriedenheit mit dem Staat kundtaten.

In Frankreich traten eine Reihe völkischer Publizisten auf: Mauras, Drumont oder Barrés. Barrés Denken enthält weitgehende Analogien zu Fichte: Ein gefährdetes Ich muss sein Wir finden, um bestehen zu können; damit die völkische Homogenität möglich werde, muss Fremdes ausgestoßen werden; der Anstoß der bürgerlichen Revolution wird aufgenommen, nicht mehr verworfen. In der Dreyfus-Affäre wurde letztendlich jedoch das nun immer mit antisemitischer Agitation einhergehende völkische Projekt erfolgreich abgewehrt, und zwar durch eine republikanischen Öffentlichkeit, welche die Menschenrechte verteidigte.

So verschieden es in Form und Intensität auftritt – völkisches Denken ist im Programm jeden Nationalstaates, des eher völkischen wie des eher republikanisch definierten, immer als repressive Option enthalten. Diese völkische Option kommt stärker zur Geltung, wenn in gesellschaftlichen Krisen Halt in der Homogenität gesucht wird, wenn der als ungenügend erfahrenen Realität eine »starke« Idee gegenübergestellt werden soll. Das völkische Denken betont eine der Voraussetzungen des Nationalismus: die Vorstellung, dass kollektive Identität existiert. Identität aber, und das hat die NS-Vernichtungspolitik auf die historische Spitze getrieben, bedeutet Tod.

Anmerkungen:

1 Etienne Balibar, Rassismus und Nationalismus, in: Balibar/Wallerstein, Rasse. Klasse. Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg und Berlin 1990, S.61

2 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S.365.
Nicht einmal auf der rechtlichen Ebene ist jedoch die Trennung westlich / völkisch klar zu ziehen. Länderspezifische Besonderheiten und Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechtes, wie sie in den 90er Jahren in Frankreich und Deutschland vorgenommen wurden, ergeben eine Mischung zwischen ius soli und ius sanguinis.

3 nach Pjotr A. Kropotkin, Die große französische Revolution. Band 2, Weimar 1982, S.208

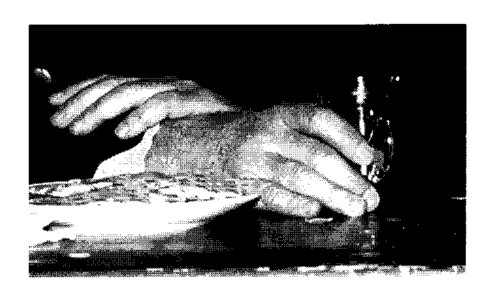
4 Kropotkin, S.68

5 Johann Gottlieb Fichte, Reden an die deutsche Nation, Hamburg 1978, S.244f.

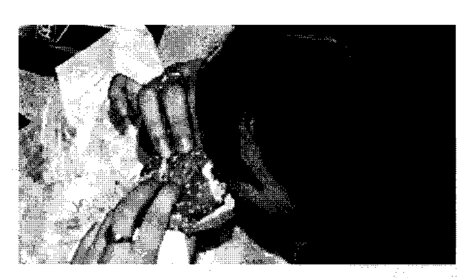
6 Scharnhorst, zit. nach Lutz Hoffmann, Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge, Köln 1994, S.89

7 Arendt, (ebda), S.112f.

► **Thomas Käpernick** ist Historiker und Mitarbeiter bei Radio Dreyeckland in Freiburg.







Anti-Rassismus hat Konjunktur in Deutschland. Bündnisse gegen Rechts und Plädoyers gegen rassistische Gewalt lassen jedoch zumeist außer Acht, dass Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt (vgl. dazu iz3w 248). Mit NPD-Verbot und multikulturellen Stadtteilfesten ist dem nicht beizukommen. Notwendig für antirassistische Politik wären ein Verständnis vom Entstehen des Rassismus und Erklärungen für sein Fortdauern. Nachdem wir uns in einer Reihe von Artikeln dem Zusammenhang von Multikulturalismus und Rassismus widmeten (s. iz3w 243-246), geht es nun um Möglichkeiten der Erklärung von Rassismus. Als Einstieg stellen wir zunächst einmal einige theoretische Ansätze dazu vor, die in folgenden Ausgaben der iz3w vertieft und analysiert werden.

Ein Gefühl der Macht

Theorien zur Erklärung von Rassismus

von **Johannes Zerger**

► Rassismus ist im wesentlichen ein ideologisches Phänomen. Als solches nimmt er Einfluss auf Haltungen und Einstellungen, die in gesellschaftlichen Ausgrenzungen resultieren. Er umfasst Ideologien und Praxisformen auf der Basis der Konstruktion von Menschengruppen als Abstammungsgemeinschaften, denen kollektive Merkmale zugeschrieben werden, die bewertet und als nicht oder nur schwer veränderbar interpretiert werden.[1] Diese Ideologien und Ausgrenzungspraxen müssen dabei immer im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse analysiert werden. Allerdings sind Rassismus und Macht nicht identisch, wenngleich eng miteinander verknüpft.

Hinsichtlich rassistischer Argumentationsstrukturen lassen sich zwei Hauptlinien unterscheiden. Auf der einen Seite sind dies die mit den historischen »Rassen«-Theorien verknüpften biologistischen Argumentationen. Auf der anderen Seite lassen sich – vor allem seit 1945 – eher kulturalistische Argumentationen feststellen, die ihre Thesen mit kulturellen und ethnischen Unterschieden begründen und ohne den Begriff »Rasse« auskommen.

Neben dieser Untersuchung der Argumentationsstruktur lenkt die Frage nach gesellschaftlich verankerten rassistischen Denkmustern und Einstellungen den Blick auf Ausprägung und Umsetzung der Ideologien auf der Mikroebene. Begrifflich wurde dieser »Rassismus von unten« in der Literatur als »Alltagsrassismus« (Demirovic), »alltäglicher Rassismus« (Essed), »individueller Rassismus« (Meulenbelt) oder »interaktiver Rassismus« (Haug) gefasst. Mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten bezeichnen diese Begriffe die Gesamtheit von Vorurteilen, Stereotypen und negativen Einstellungen, aber auch diskriminierenden Äußerungen oder Handlungen gegen Angehörige einer als »rassisch«, ethnisch oder kulturell »anders« definierten Gruppe.

Immer wieder Sündenböcke

► Im Mittelpunkt vornehmlich sozialpsychologischer Theorien zum Thema Rassismus steht in der Regel die Frage nach der Entstehung rassistischer Einstellungen und Diskriminierung auf individueller Ebene. Dabei hat sich der Vorurteils-Diskriminierungsansatz zum dominierenden Erklärungsmodell entwickelt. Angesichts der Vielfalt der Ansätze verwundert es nicht, dass der Vorurteilsbegriff in den verschiedenen Theorien nicht einheitlich definiert wird. Einigermaßen allgemein kann festgehalten werden, dass es sich bei Vorurteilen um (negative) Einstellungen handelt, die auf Stereotypisierungen beruhen und gegenüber widersprechenden Argumenten oder Erfahrungen keine Veränderungsbereitschaft zeigen sowie meist stark emotional aufgeladen sind.

Als Klassiker der Vorurteilstheorien gilt Gordon W. Allport. Seine Analyse geht davon aus, dass die Organisierung in Wir-Gruppen für den einzelnen Menschen »lebenswichtig« ist. Diese findet anhand bestimmter Kategorien – wie Geschlecht, Ethnie, Religion, Nation etc. – statt. Vorurteile beruhen auf Verallgemeinerungen über Menschen, die einer anderen Gruppe als Fremdgruppe zugeordnet werden. Sie sind für Allport zum einen sozialisationsbedingt und zum andern das Ergebnis psychodynamischer Prozesse. Im Zentrum von Allports Analyse steht die klassisch sozialpsychologische »Frustrations-Aggressions-Hypothese« und die darauf aufbauende »Sündenbocktheorie«. Entsprechend dieser Interpretation basieren Vorurteile auf Frustrationen, die auf den unterschiedlichsten Ebenen entstehen können und über Aggressionsverschiebung gegen »Sündenböcke« gerichtet werden. Obwohl Allport deutlich macht, dass nicht nur die konkrete Auswahl der »Sündenböcke«, sondern auch die Entstehung von Vorurteilen insgesamt von soziokulturellen, historischen und situativen Rahmenbedingungen abhängt, liegt der Schwerpunkt seiner Argumentation auf individualpsychologischen Aspekten. Vor diesem Hintergrund kommen Aspekte der gesellschaftlichen Machtverteilung ebenso wenig zum Tragen wie der ideologische Charakter des Rassismus.

Innerhalb der jüngeren Antirassismus-Debatte gehört Lida van den Broeks Buch *Am Ende der Weißheit* zu den bekanntesten Ansätzen, die sich in ihren zentralen Thesen auf die Vorurteilsforschung stützen. Sie betont die tiefe Verwurzelung des Rassismus in den gesellschaftlichen Strukturen der europäischen Industrieländer. Unterdrückung sei eine allgemeine Erfahrung aller Menschen, die bereits in der erzwungenen Anpassung an elterliche und gesellschaftliche Normen in der kindlichen Sozialisation zentrale Bedeutung hat. Dadurch werde »in der Kindheit der Grundstein für spätere Formen von Unterdrückung gelegt«. Da Rassismus (zumindest in Europa) zu den zentralen Strukturprinzipien kapitalistischer Gesellschaften gehöre,



Wir ...

Foto: A. Pisacreta / ROPI

präge die Durchdringung der Kultur mit (latenten oder manifesten) rassistischen Bildern und Strukturen die Wahrnehmung der Individuen und führe zur Herausbildung rassistischer Vorstellungen und Denkmuster. Nach dem Prinzip der »selffulfilling prophecy« würden diese durch selektive Wahrnehmung und entsprechende Bewertungen individueller Erfahrungen verstärkt. In bestimmten Situationen könne dies zu emotionalen Störungen und Blockaden führen, die nicht verarbeitet werden. Eigene Unterdrückung, rassistische Sozialisation und unverarbeitete Emotionen verbinden sich bei Broek zu einer »Überlebensstrategie«, die darauf zielt »das Verhalten den Erfahrungen anzupassen und auf diese Weise zu versuchen, neuerlichen Frustrationen zuvorzukommen«.

In vier Schritten zur »Reinhaltung der Rasse«

► Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Ansätzen, die sich überwiegend auf bestimmte Teilaspekte des Rassismus konzentrierten, versucht Albert Memmi das Phänomen Rassismus in seiner ganzen Komplexität zu erfassen. Für ihn besteht Rassismus aus der Verallgemeinerung und Verabsolutierung der Wertung (tatsächlicher oder fiktiver) biologischer Unterschiede mit dem Ziel, Privilegien oder Aggressionen zu rechtfertigen. Seine Rassismusanalyse bezieht sich auf vier Ebenen: Auf der ersten Ebene wird zunächst ein Unterschied zwischen Menschen(gruppen) festgestellt, der im Sinne der Konstruktion eines Bildes der anderen hervorgehoben wird. Im zweiten Schritt kommt es zur Bewertung des festgestellten Unterschiedes. Diese besteht jeweils in der Höherbewertung des Selbst und einer Abwertung der anderen. In einer zirkulären Argumentation wird die eigene Überlegenheit aus der Unterlegenheit der anderen abgeleitet – und umgekehrt. Auf der dritten Stufe wird diese Bewertung verallgemeinert und für endgültig erklärt. Hierbei wird eine negative Charakterisierung aller Mitglieder der jeweiligen Opfergruppe vorgenommen, deren Merkmale als unveränderlich eingestuft werden. Schließlich wird der verallgemeinerte und bewertete Unterschied zum eigenen Vorteil gebraucht. Rassismus bildet – als »eine der Äußerungsformen der menschlichen Aggressivität« – die Legitimation(sideologie) für die Durchsetzung eigener Interessen und zielt stets auf Vorherrschaft.

Bei den psychischen Mechanismen, die im Rassismus zum Tragen kommen, geht Memmi davon aus, dass Projektionen eine wichtige Rolle spielen. Mit dem Abwälzen der Schuld auf gesellschaftlich definierte Sündenböcke kann sowohl das individuelle als auch das kollektive Ich gestärkt werden. Mit der Abspaltung der eigenen Schuldgefühle und Unzulänglichkeiten werden diese handhabbar und in der Zerstörung des anderen aufhebbar. In der rassistischen Sehnsucht nach der »Reinhaltung der Rasse« drückt sich der Wunsch nach (der frühkindlichen) Harmonie aus, die unter Rückgriff auf den Sündenbockmechanismus über den Ausschluss oder die Vernichtung alles Fremden hergestellt werden soll.

Mit seiner – grob – an der Psychoanalyse orientierten Interpretation des Rassismus bleibt Memmi dem Problem verhaftet, dass die »aggressive Natur« des Menschen gebändigt werden muss. Die Lösung dieser Problematik besteht für ihn in der persönlichen Entscheidung für moralisches Verhalten. Memmis solchermaßen voluntaristische Konzeption beschränkt sich auf einen moralischen Appell, dem die gesellschaftstheoretische Komponente abhanden gekommen ist.

Die Nützlichkeit des Rassismus

► Der britische Rassismustheoretiker Robert Miles geht demgegenüber davon aus, dass rassistische Ideologien sowohl in ihrer konkreten historischen Ausprägung als auch in ihren übergreifenden Strukturprinzipien analysiert werden müssen. Zu den allgemeinen Merkmalen rassistischer Ideologien gehört, dass sie auf einem Prozess der »Konstruktion von Bedeutungen« basieren. Nach Miles umfasst die »Rassen«-Konstruktion zwei Selektionsebenen. Auf der ersten Ebene wird festgelegt, dass biologische oder körperliche Merkmale zur Klassifizierung der Menschheit dienen sollen. Auf der zweiten Ebene werden aus der verfügbaren Bandbreite körperlicher Merkmale (wie Größe, Gewicht, Ohrenform etc.) solche ausgewählt, die als »Bedeutungsträger einer angenommenen Differenz« zwischen den als »Rassen« definierten Menschengruppen fungieren sollen (z.B. Hautfarbe). Im Rassismus werden den per »Rassen«-Konstruktion fixierten Gruppen schließlich weitere bewertete (biologische oder kulturelle) Eigenschaften zugeschrieben. Obwohl sich »Rassen« bei der genauen Analyse der Bedeutungskonstruktion als »gesellschaftliche Fiktionen« erweisen, gründet ihre hartnäckige Verankerung im Alltagsbewusstsein für Miles gerade in der vermeintlichen Natürlichkeit der ausgewählten körperlichen Merkmale. Diese macht ihre »praktische Nützlichkeit« für die Initiierung von Ausgrenzungspraktiken aus, die auf solche Weise als naturgegeben dargestellt werden können.



... und die Anderen

Foto: A. Pisacreta/ROPI

Miles hält vier zentrale Merkmale rassistischer Ideologien fest: Indem im Rassismus erstens dialektisch sowohl die anderen als auch das je eigene Selbst konstruiert werden, fungiert er als Ideologie der Ein- und Ausgrenzung. Zweitens kann Rassismus als relativ zusammenhängende Theorie mit innerer Logik oder als eher fragmentarische Ansammlung von Klischees, Bildern und Zuschreibungen für das Alltagsleben auftreten. Drittens erweist der Rassismus seine »praktische Angemessenheit« als subjektive Erklärung der Welt, indem er Wahrnehmung strukturiert und Kausalitäten konstruiert, so dass bestimmte Beobachtungen als Regelmäßigkeiten erscheinen und rassistische Strategien als Lösung beobachteter Probleme interpretiert werden können. Viertens schließlich bezeichnet Rassismus keinen allgemeinen überzeitlichen Gehalt im Sinne einer einförmigen oder statischen Ideologie, sondern umfasst historisch spezifische und damit unterschiedliche Inhalte und Argumentationen, die jeweils auf besondere Weise mit dem konkreten gesellschaftlichen Kontext verknüpft werden.

Indem Miles die zentralen Merkmale rassistischer Ideologien herausarbeitet, gelingt es ihm, die strukturellen Gemeinsamkeiten historisch verschiedener Rassismen aufzuzeigen. Dabei legt er eine Reihe von Verkürzungen in der Rassismusdebatte – wie die weitverbreitete Reduktion des Rassismus auf die koloniale Geschichte oder auf seine Funktion innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsformationen – bloß und ermöglicht so eine präzisere Sicht des Rassismus. Hinsichtlich der Ursachen und der Wirkungsweisen rassistischer Ideologien lässt Miles' Ansatz jedoch viele Fragen offen.

Rassismus gehört zu den zentralen Strukturprinzipien kapitalistischer Gesellschaften

Hier setzt der kognitionstheoretisch orientierte niederländische Linguist Teun van Dijk an, der eine Verbindung von gesellschaftlicher und individueller Ebene herstellt. Im Rahmen des Konzeptes der interdisziplinären Diskursanalyse weist Dijk den politisch-gesellschaftlichen Eliten eine zentrale Rolle bei der Entstehung und Reproduktion rassistischer Ideologien zu, da sie die Formen institutionalisierter und öffentlicher Diskurse »am stärksten und am einflussreichsten initiieren, steuern und kontrollieren«. Entsprechend bildet der »alltägliche Rassismus« auf der Mikroebene für Dijk keine eigenständige Größe, sondern ist im wesentlichen durch den Elitendiskurs vorgeprägt. Da die verschiedenen Formen des Elite-Diskurses medial vermittelt sind, kommt dem Mediendiskurs bei der (Re-)Produktion rassistischer Denkmuster große Bedeutung zu. Diese These sieht Dijk durch die Ergebnisse seiner empirischen Untersuchungen belegt, denen zufolge Form und Inhalt des Alltagsdiskurses weitgehend mit den Themen, Argumentationen, Redewendungen und dem Stil des Mediendiskurses übereinstimmen. Da in der Regel offen rassistische Darstellungen nicht zum Selbstbild einer liberalen Öffentlichkeit gehören, sind die rassistischen Aussagen »in hohem Maße kodiert« und verleugnet.

Teun van Dijks elitenorientierte Konzeption führt zu einer eindimensionalen und schematischen Interpretation der gesellschaftlichen Zusammenhänge, in welcher der »Rassismus von unten« weitgehend zum Reflex des »Rassismus von oben« erklärt und die – sicherlich wichtige – Rolle der Elite(n) für die Präformulierung rassistischer Ideologien insgesamt überbewertet wird. Diese »Oben-Unten-Perspektive« wird durch eine insgesamt homogene Sicht der Eliten und die Konstruktion einer gemeinsamen Interessenlage der weißen Mehrheitsbevölkerung ergänzt, die der Widersprüchlichkeit und Komplexität moderner Gesellschaften nicht gerecht wird.

Symbolische Ausschließungen

► Diesem Problem widmet sich der britische Rassismustheoretiker Stuart Hall. Er analysiert rassistische Ideologien aus neomarxistischer Sicht und versucht insbesondere Elemente aus Gramscis Konzept der »kulturellen Hegemonie« für die aktuelle Rassismustheorie fruchtbar zu machen. Entsprechend wendet er sich gegen eine Reduktion des Rassismus auf ökonomische Ursachen und weist auf die relative Autonomie des Politischen hin. Außerdem betont er die historischen und politischen Besonderheiten der verschiedenen Rassismen. Für Hall fungieren körperliche Merkmale im Rassismus als Bedeutungsträger, mit denen eine »natürliche« Differenz zwischen Menschen(gruppen) konstruiert und gesellschaftliche Ausschließungsmechanismen begründet werden. Da die ideologische Ebene und die soziale Praxis eng miteinander verbunden sind, bezeichnet er Rassismus – ausgehend von Foucault, bei dem Ideologie und Praxis verbunden werden und die traditionelle Trennung zwischen Geist und Körper begrifflich aufgehoben wird – als Diskurs. Das »fundamentale Charakteristikum« rassistischer Diskurse sieht Hall in der Aufspaltung der Welt in binäre Gegensätze. Dabei geht es nicht nur darum, bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder kulturellen Gütern auszuschließen, sondern um die »symbolische Ausschließung« aus der

Gemeinschaft der »Familie der Nation«, die der Identitätsstiftung seitens der Mehrheitsbevölkerung dient.

In Bezug auf die Frage, wie rassistische Diskurse gesellschaftliche Relevanz erhalten, orientiert sich Hall an Gramscis Hegemoniekonzept, in dem kulturelle Hegemonie nicht als Zustand, sondern als niemals abgeschlossener Einigungsprozess verstanden wird, der auf der Herstellung strategischer Allianzen zwischen verschiedenen Sektoren basiert. Obwohl Ideologien in den unterschiedlichsten Sphären der Gesellschaft produziert und reproduziert werden, sieht Hall – neben dem Staat – die Medien »als besonders wichtigen Ort der Produktion, Reproduktion und Transformation von Ideologien«.

Halls Betonung der Prozesshaftigkeit und die Berücksichtigung der Heterogenität gesellschaftlicher Gruppen oder Klassen wird der gesellschaftlichen Wirklichkeit eher gerecht, als statische Konzeptionen, die von einer (relativen) Homogenität der Interessen der Bevölkerungsmehrheit oder der Eliten ausgehen. Im Gegensatz zu seiner Grundkonzeption hebt er in der konkreten Analyse jedoch gerade die Elemente hervor, die für eine statische und dauerhafte Konzeption eines herrschenden Konsenses sprechen, statt die widerstreitenden Momente herauszuarbeiten. Zudem kann er die Frage, warum rassistische Ideologien eine breite Akzeptanz finden, mit dem Hinweis auf subjektive Sinnhaftigkeit, Identitätsstiftung und historische Tradierung nur teilweise beantworten.

Der weiße common sense

► Um eine genauere Herausarbeitung des Zusammenhangs zwischen »Rassismus von oben« und »Rassismus von unten« geht es der niederländischen Rassismusforscherin Philomena Essed. In ihrem *Konzept des alltäglichen Rassismus* versucht sie, eine Verbindung zwischen soziologischer Mikro- und Makroebene herzustellen. Gemäß Esseds Konzeption prägt Rassismus – als Ideologie und soziale Struktur – nachhaltig die kapitalistischen Gesellschaften europäischen Musters und wird dort im alltäglichen Leben vermittelt und reproduziert. Ähnlich wie bei Hall weist Rassismus als Ideologie für Essed eine relative Selbständigkeit auf und ist gleichzeitig Teil einer gesellschaftlichen Struktur, in der »rassische« Interessen eng mit den vorherrschenden Klassen- und Geschlechterbeziehungen verknüpft sind. Seine Reproduktion erfolgt daher nicht nur über formelle (politischer Diskurs, Medien und Bildungsbereich) und informelle Kanäle (Sozialisation, Gespräche mit Nachbarn und Freunden etc.), sondern ergibt sich auch aus den strukturellen Bedingungen der »rassisch«-ethnischen gesellschaftlichen Ordnung.

Auf der mikrosoziologisch-sozialpsychologischen Ebene geht Essed zufolge Rassismus in *soziale Vorstellungen* ein, die als gemeinsame gesellschaftliche Wahrnehmungsstruktur die sinnhafte Deutung der sozialen Welt im Rahmen eines gemeinsamen sozialen Codesystems ermöglichen. Als Teilbereich des dominanten common sense bilden die sozialen Vorstellungen der »weißen« Bevölkerung ein »Substrat rassistischer Ideologien«, das deren Belangen gegenüber »rassisch«-ethnischen Minderheiten im Alltag dient. Zum Kern des rassistischen common sense gehören Vorurteile, mit denen – auf ideologischer Grundlage – von der dominanten Gruppe Macht ausgeübt und die strukturellen Ungleichheiten (potentiell) verstärkt werden. Zentrale Bedeutung in Esseds Konzeption hat der Begriff des alltäglichen Rassismus, der täglich, systematisch und routinemäßig oder selbstverständlich auftritt. Zu den Mechanismen des alltäglichen Rassismus gehört, dass die Angehörigen der dominanten Gruppe durch den nicht hinterfragten rassistischen common sense quasi-automatisch den Rassismus reproduzieren. Für sie »erzeugt die Zugehörigkeit zur dominierenden Gruppe ein Gefühl der Macht.« Da die strukturelle Benachteiligung ethnischer Minderheiten vor dem Hintergrund eines rassistischen common sense als »natürliche« oder rechtmäßige gesellschaftliche Ordnung angesehen wird, kommt es zur alltäglichen Reproduktion der bestehenden Verhältnisse durch soziales Handeln.

Problematisch an Esseds Analyse ist vor allem ihre dichotomische Sicht der Gesellschaft, die den Rassismus als strukturelles gesellschaftliches Prinzip darauf verkürzt, dass die dominierende »weiße« Gruppe gegen die Gesamtheit der dominierten »rassisch«-ethnischen Minderheiten gestellt wird. Damit reduziert sie die Komplexität rassistischer Strukturen und fasst die gesellschaftlichen Gruppen als weitgehend homogene Einheiten auf, wodurch sie den unterschiedlichen Interessen, mannigfachen Widersprüchen, internen Hierarchien und komplexen Strukturen innerhalb beider Gruppen nicht gerecht wird. Entsprechend kann sie nicht hinreichend erklären, warum einige Minderheitengruppen oder Teile solcher Gruppen stärker als andere oder in spezifischer Weise von Rassismus betroffen sind. Wie bei fast allen anderen Theorien bleibt aber auch offen, wieso bestimmte Menschen eher zu rassistischen Überzeugungen neigen als andere.

In diskursanalytischen Ansätzen wird dazu besonders die Rolle der Medien für die (Re-)Produktion rassistischer Ideologien hervorgehoben. Um jedoch über den Bereich einer einfachen Medieninhalts- oder einer etwas tiefergehenden Diskursanalyse hinauszugelangen, müsste eine weitergehende Untersuchung der konkreten Mechanismen der (Re-)Produktion rassistischer Denkmuster vorgenommen werden. In den hier dargestellten Theorieansätzen wurde hauptsächlich darauf hingewiesen, dass diese im Sozialisationsprozess entstehen, im gesellschaftlichen Rahmen durch Diskurse vermittelt und im alltäglichen Leben reproduziert und aktualisiert werden.

Es zeigt sich, dass Rassismus als ideologisches Phänomen begriffen werden muss, das im Sinne von Gramscis Konzept der kulturellen Hegemonie im Kontext einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung steht. Um Rassismus als Ideologie zu bekämpfen, muss in diese machtpolitische Auseinandersetzung eingegriffen werden. Antirassistische Strategien müssen sich folglich in Diskurse einmischen und zudem darauf zielen, auch die Verhältnisse zu ändern, die Rassismus in den Köpfen und als gesellschaftliche soziale Praxis (re)produzieren.

Anmerkung:

1 Als »Ideologie« sind hier Diskurse zu verstehen, die »Menschen und die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen in einer verzerrten und irreführenden Art und Weise darstellen« (Miles).

Literatur:

- Allport, Gordon W. (1971): Die Natur des Vorurteils, Köln
- Broek, Lida van den (1988): Am Ende der Weißheit: Vorurteile überwinden; ein Handbuch, Berlin
- Demirovic, Alex (1992): Vom Vorurteil zum Neorassismus: Das Objekt »Rassismus« in Ideologiekritik und Ideologietheorie; in: Siegfried Jäger/Franz Januschek: Der Diskurs des Rassismus, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46
- Dijk, Teun A. van (1991): Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, Dortmund
- Essed, Philomena/Chris Mullard (1991): Antirassistische Erziehung: Grundlagen und Überlegungen für eine antirassistische Erziehungstheorie, Felsberg
- Hall, Stuart (1989a): Rassismus als ideologischer Diskurs; in: Das Argument 178, Heft 6
- ders. (1989b): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von »Rasse« und Ethnizität; in: ders.: Ausgewählte Schriften, Hamburg – Berlin
- Haug, Wolfgang Fritz (1992): Zur Dialektik des Anti-Rassismus; in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hrsg.) 1992
- Memmi, Albert (1987): Rassismus, Frankfurt/Main
- Meulenbelt, Anja (1988): Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Reinbeck b. Hamburg
- Miles, Robert (1990): Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus; in: Argument Sonderband 175, Hamburg
- ders. (1991): Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg

► **Johannes Zerger** ist Autor des Buches *Was ist Rassismus? Eine Einführung*, Göttingen 1997, und Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste



Nicht aus einer Nazi-Postille, sondern von der Anti-MAI-Kampagne 1998

Raubtierkapitalisten und andere Bösewichte

GlobalisierungsgegnerInnen in den Fallstricken verkürzter Kapitalismuskritik

von **Udo Wolter**

Der Vorwurf einer verkürzten Kapitalismuskritik ist in den letzten Jahren innerhalb der radikalen Linken immer wieder gegen den Antiimperialismus, die Ökobewegung und die wachsende Anti-Globalisierungs-Bewegung erhoben worden – zuletzt anläßlich der Proteste gegen den IWF in Prag. Da die Kritik am falschen Antikapitalismus mit einer gewissen Notwendigkeit auf die Feststellung struktureller Affinitäten zum Antisemitismus hinausläuft, verschanzen sich die Kritisierten meist in einer Abwehrposition. Worum aber geht es bei diesen Vorwürfen?

► In vielen früheren und heutigen linken Bewegungen wird der Kapitalismus weitgehend mit einer Wirtschaftsform identifiziert, die im Interesse der privaten Aneignung des als Mehrwert produzierten Reichtums die Interessen der Ausgebeuteten missachtet. Die davon profitierende herrschende Klasse und ihr Personal erhalten dieses System mittels Unterdrückung aufrecht und weiten es permanent aus. Mit dieser Interpretation sind aber unweigerlich eine Reihe von Vorstellungen verbunden, denen das Herunterbrechen hochkomplexer Zusammenhänge auf einfache dichotome Gegensätze zugrundeliegt.

Das Feindbild Finanzkapital erspart eine gründliche Auseinandersetzung

Der abstrakte kapitalistische Vergesellschaftungszusammenhang, der alles und jede(n) zur verwertbaren Ware macht, wird dabei unzulässig verdinglicht und personalisiert. Kapitalismus wird als Kampf zwischen eindeutig identifizierbaren gesellschaftlichen Klassen oder Gruppen dargestellt. Damit einher geht, dass der Gesamtzusammenhang kapitalistischer Warenvergesellschaftung in Einzelbereiche wie Markt und Staat, Wirtschaft und Politik zerfällt, deren Erscheinungsformen jeweils für sich genommen und gegeneinander gesetzt werden und so wiederum als bloßer Austragungsort der Interessenskämpfe zwischen Herrschenden und Beherrschten (miss-)verstanden werden. Der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugte Reichtum erscheint so ebenfalls weitgehend neutral, also gesellschaftlich

prinzipiell beliebig zur Disposition stehend. Die immer wieder reproduzierten krassen gesellschaftlichen Ungleichheiten und Verelendungsprozesse werden dabei vor allem als Verteilungsproblem verstanden, dem mittels politischer Willensakte beizukommen sein muss, und nicht als Ergebnis der Notwendigkeit von Kapitalakkumulation.

Schließlich – und spätestens hier kommt besagte strukturelle Affinität zum Antisemitismus ins Spiel – wird aufgrund dieser Verengung des antikapitalistischen Blicks auf Verteilungsprobleme das Übel des Kapitalismus in der Zirkulationssphäre, also im Welthandel und in den auf den internationalen Börsen und Finanzmärkten flottierenden Geldvermögen festgemacht. Damit schleicht sich aber fast unweigerlich eine stillschweigende bis offene Unterscheidung ein zwischen einem werteschaffenden produktiven Investitionskapital auf der einen Seite, welches die Mehrwertproduktion der Arbeitskraft ausbeutet und in Klassenauseinandersetzungen auf nationalstaatlicher Ebene als regulierbar angesehen wird, und einem unproduktiven, sich parasitär von Zinserträgen nährenden Finanzkapital auf der anderen Seite, mit dem ein prinzipiell sozialunverträglicher »Raubtierkapitalismus« assoziiert wird. Es gibt daher eine klare Verbindungslinie vom traditionsmarxistischen positiven Bezug auf wertschöpfende Arbeit[1] hin zur antisemitischen Unterscheidung zwischen »schaffendem« und »raffendem« Kapital, die für den rechten »Antikapitalismus« der Nationalrevolutionäre und Nazis kennzeichnend ist und der das »raffende Kapital« als internationale jüdische Hochfinanz repräsentiert sieht. Das heißt nicht, dass Traditionslinke per se Antisemiten sind. Ein unbestreitbares Problem ist aber, dass ein auf die Unterscheidung zwischen Produktiv- und Finanzkapital fixierter Antikapitalismus nicht nur die abstrakten Verhältnisse kapitalistischer Vergesellschaftung falsch begreift, sondern immer eine offene Flanke zum Antisemitismus hat.

Totgesagte leben länger

► Letzteres ist vor allem am traditionellen Antiimperialismus als klassischem Beispiel eines solchen falschen linken Antikapitalismus exemplifiziert worden, der die Welt in einen bösen imperialistischen Machtblock der Herrschenden und die guten unterdrückten Völker aufteilt. »Das antiimperialistische Weltbild macht keine Fehler, es ist der Fehler: Es tendiert notwendig dazu, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu simplifizieren, zu verdinglichen und zu personifizieren, sie verschwörungtheoretisch zu missdeuten und damit eine auch moralisch binäre Weltsicht zu entwickeln«, hat Thomas Haury diese Kritik in einem bis heute mustergültigen Aufsatz zusammengefasst.[2] Mit ideologischen Weltbildern verhält es sich aber wie im Kriminalroman: Totgesagte leben länger. Und so begegnen einem Versatzstücke der antiimperialistischen Ideologie nicht nur bis heute immer wieder in der Soliszene für nationale Befreiungsbewegungen wie die PKK, sondern haben aktuell vor allem im Mainstream des linken Anti-Neoliberalismus- und Globalisierungsdiskurses ihren festen Platz.

Auch hier werden durch Etikettierungen wie »neoliberal« bestimmte Erscheinungsformen des realgeschichtlich längst global gewordenen Kapitalismus für das Ganze genommen und die Globalisierung zu einem willentlich betriebenen Projekt der Herrschenden erklärt. ‚Neoliberale Globalisierung' wird dabei oft synonym mit dem älteren Begriff des Finanzkapitals verwendet, der seinerseits durch diesen Diskurs eine beachtliche Renaissance erfahren hat: »Das Feindbild Finanzkapital erspart eine gründliche Auseinandersetzung mit kapitalistischer Vergesellschaftung, denn es scheint von außen, aus einem weltweiten Zusammenhang zu kommen. Ein einfaches Weltbild (...) scheint gerade in vermeintlich unübersichtlichen Zeiten eine große Attraktivität für Linke zu besitzen, die sich nicht mit theoretischen Grundlagen von Kapitalismuskritik aufhalten wollen.«[3]

Heimat- und schamlose Finanzzentren

► Dieser Diskurs ist nicht erst seit den WTO-Protesten von Seattle zum Focus eines neubelebten linken Internationalismus geworden. Auch bei den Zapatisten und ihrem Sprecher Subcomandante Marcos tauchen in der Agitation gegen den Neoliberalismus immer wieder rhetorische Figuren mit einer strukturellen Affinität zum Antisemitismus auf und werden dann z.B. in Flugblättern deutscher Anti-MAI-Bündnisse aufgegriffen: »Ein neuer Weltkrieg wird heute erlitten. [...] Es ist ein Krieg, der von einer handvoll heimatloser und schamloser Finanzzentren angeführt wird, ein internationaler Krieg des Geldes gegen die Menschheit.«

Auf ähnlicher Grundlage wurde in den »Grundpositionen« der Initiative gegen ökonomische Globalisierung – Prag 2000 (inpeg) an den Programmen von IWF und Weltbank vor allem die Öffnung von »Entwicklungsländern für ausländische Investoren und ihre spekulativen Interessen« gegeißelt und festgestellt: »Das Prinzip dieser Programme ist es, den Zufluss von ausländischem Spekulativkapital zu ermöglichen, welches nicht zur Schaffung irgendwelcher Werte beiträgt.« Nicht zufällig taucht in dem inpeg-Papier der positive Bezug auf den Begriff »nachhaltige Entwicklung« auf, der längst auch eine Lieblingsfloskel der Weltbank ist. Die historische Erfahrung, dass gerade die Ankurbelung einer »produktiven« nationalen Kapitalakkumulation unter den Bedingungen eines peripheren Landes, egal ob durch einen nationalprotektionistischen Staatskapitalismus oder durch Weltmarktintegration, nur mittels rigider Überausbeutung von Mensch und Natur unter einem autoritären Regime zu haben ist, scheint systematisch ausgeblendet zu werden. Letzteres hängt mit dem Schwund eines kritischen Staatsbegriffes als weiterem Defizit linker Kritik an neoliberaler Globalisierung zusammen.

Globaler Markt gegen nationalen Staat

► Im linken Globalisierungsdiskurs wird oft der Nationalstaat als potentieller Wohlfahrts- und Sozialstaat dichotomisch zum positiv besetzten Gegenstück des »entfesselten« Marktes erhoben, statt beide als notwendig aufeinander angewiesene Kategorien warenkapitalistischer Vergesellschaftung zu betrachten. Das gilt auch und gerade für den Prozess der Globalisierung, der ohne staatliche Vermittlung genausowenig denkbar ist wie eine ausschließlich marktförmige Reproduktion des Kapitalismus überhaupt. Dabei steht der Staat weder als neutraler Akteur über dem marktwirtschaftlichen Geschehen und kann dieses nach Maßgabe der in ihm hegemonialen politischen Kräfte willkürlich beeinflussen, noch ist er den von den Kapitalverwertungsbedingungen auf dem Weltmarkt ausgehenden Transformationsprozessen naturgewaltartig ausgeliefert. Die mit der Globalisierung zu beobachtende Deregulierung und Transformation des keynesianischen Sozialstaates in den nationalen Wettbewerbsstaat ist daher sowohl Ergebnis planmäßiger politischer Staats-Intervention als auch durch tatsächliche Kapitalverwertungskrisen aufgenötigt, welche ihrerseits die Durchsetzung neoliberaler Gesellschaftsbilder und entsprechender staatspolitischer Maßnahmen begünstigten.

Die Fixierung auf Finanzkapital und Nationalstaat zieht sich im Namen des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung durch bis zu linken TheoretikerInnen wie dem Soziologen Pierre Bourdieu. Dessen Bemühungen um eine Vernetzung von sozialen Basisbewegungen auf europäischer Ebene sind sicher nicht vorschnell abzutun. Aber auch für Bourdieu ist »die Stellung eines einzelnen Staates [...] nun weitgehend durch seine Stellung in der Verteilungsstruktur des Finanzkapitals bestimmt (das heute die Struktur der Weltwirtschaft beherrscht)«.[4] Diese Interpretation verbindet sich bei Bourdieu mit einer Verteidigung des Nationalstaates, der allein soziale Errungenschaften gegen »die Rückkehr zu einem wilden, rationalisierten und zynischen Kapitalismus« zu verteidigen in der Lage sei. Deshalb müssten sich »die Kämpfe der Intellektuellen, der Gewerkschaften, der Verbände vor allem gegen den Niedergang des Staates richten. Die Nationalstaaten werden von

außen unterhöhlt, durch die Finanzmärkte, und von innen durch jene, die sich zu ihren Komplizen machen, Bankvertetern, Finanzpolitikern usw.« Zurecht hat Jochen Baumann diese Begrifflichkeit kritisiert: »Solange Worthülsen und falsche Begriffe wie ‚Finanzkapital', ‚sozialer Nationalstaat', ‚Verschwinden des Staates' verwendet werden, solange bleibt auch die Analyse der Gesellschaft falsch, und solange wird auch die Gefahr drohen, dass sich der Protest der ‚Globalisierungsverlierer' trotz wohlmeinender intellektueller Betreuung wieder gegen einen imaginären Ersatzfeind richtet. Dann würde Bourdieu gegen seine erklärte Absicht an einem Euro-Nationalismus mitstricken, der sich dieses Mal gegen die ‚Amerikanisierung' der politischen Kultur richten will – und doch nur dazu beitragen wird, dass sich ein europäischer Wettbewerbsstaat herausbildet.«[5] – und, so ist hinzuzufügen, auch noch die traditionellen antiamerikanischen Ressentiments deutscher AntiimperialistInnen bedienen.

Weltverschwörung finsterer Mächte

► In seiner krudesten Variante kommt der Antiglobalisierungsdiskurs offen verschwörungstheoretisch daher. So erklärte der in Ottawa lehrende bekannte linke Wirtschaftswissenschaftler Michel Chossudovsky im Vorfeld des Prager Treffens von IWF und Weltbank den Charakter beider Instiutionen so: »In der Tat sind sie einfach zwei Werkzeuge, die von den westlichen Eliten benutzt werden, um Nationen zu zerstören. [...] Die einfache Wahrheit ist: Wall Street steckt hinter beiden Institutionen.«[6] Eine solche Deutung des globalisierten Kapitalismus als Komplott finsterer Mächte hat durchaus Ähnlichkeiten mit der Vorstellung, die Faschisten von der jüdischen Weltverschwörung hegen. Diese Form der Anti-Globalisierungsrhetorik ist die direkte Nachfolge des Antiimperialismus als höchstes Stadium eines falschen Antikapitalismus.

Verkürzter Antikapitalismus führt auch in geschlechts- und identitätspolitischer Hinsicht zu Fehlschlüssen. In der im Juni auf einem Paralleltreffen zum UN-Sozialgipfel von über 500 NGOs, Frauengruppen und Gewerkschaften verabschiedeten »Erklärung von Genf« wird die Berücksichtigung patriarchaler Geschlechterverhältnisse und insbesondere die Einbeziehung der Forderungen lesbischer Frauen in die Antiglobalisierungsbewegung wie folgt begründet: »Denn so wie die Globalisierung sexistisch ist, ist sie insbesondere homosexuellen Menschen gegenüber unnachgiebig«. Hier zeigt sich, dass simplizistische Antiglobalisierungsdikurse der komplexen Realität nicht einmal faktisch gerecht werden. Wer sich auch nur oberflächlich mit kultureller Globalisierung auseinandersetzt, wird unweigerlich darauf stoßen, dass sie durch die Zunahme sexistischer wie rassistischer Ausgrenzung bei gleichzeitiger Aufweichung fester Identitäten und Zuschreibungen geschlechtlicher oder ethnischer Art gekennzeichnet ist. Wo dies erwünscht und vermarktbar ist wie etwa im Bereich der Kulturindustrie, ist das Genießen sexueller wie ethnisch-kultureller Hybridität und Differenz geradezu ein Markenartikel geworden, wie nicht nur die ‚come together'-Kampagne von Peter Stuyvesant oder die »test it«-Reklame von West demonstriert. Ebenso hat die Transformation des Geschlechterverhältnisses im postfordistischen Globalkapitalismus die Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume von Frauen nicht nur negativ homogenisiert, sondern in vielerlei Hinsicht fragmentiert.

Solche Aspekte des widersprüchlichen Prozesses kapitalistischer Globalisierung geraten aber völlig aus dem Blick, wenn wie in der Genfer Erklärung die Verschärfung von Ausgrenzungsmechanismen ausschließlich auf das finanzkapitalistisch bestimmte Treiben der Weltmächtigen zurückgeführt und festgestellt wird, dieses ermögliche »in altbekannter imperialistischer Tradition eine Schwächung und Aushöhlung der lokalen Solidarität und Kultur« und befördere die Rivalitäten unter ethnischen Gruppen. Besonders fragwürdig ist hier der positive Bezug auf lokalistische Identitätsbildungen und die Behauptung natürlich existierender ethnischer Gruppen, die durch eine von außen kommende abstrakte Macht manipuliert und aufeinander gehetzt würden. Ausgeblendet werden dabei die solchen lokalen Identitätsbildungen oft innewohnenden patriarchalen Strukturen und Ausgrenzungsprozesse z.B. gegenüber sexuellen Minderheiten.

Linke gegen rechte Antiglobalisierungsdiskurse

► In der Mischung von verschwörungstheoretischen Missdeutungen des Finanzkapitals und positiver Besetzung des Nationalstaates sowie lokaler Identitäten ist die Schnittmenge zwischen linker Antiglobalisierungsrhetorik und völkischem Antikapitalismus von rechts zu sehen, an die neonazistische Politstrategen anzuknüpfen versuchen. Ein Strategiepapier des NPD-Vorstandes etwa will »keine Berührungsängste und keine Tabus« nach links gelten lassen und »die vielen desillusionierten Umweltaktivisten und linken Idealisten« anpeilen, die sich als »Gegner des Globalisierungskurses« begreifen.[7] Solche Vereinnahmungsversuche sind den linken GlobalisierungsgegnerInnen natürlich nicht verborgen geblieben. Es gehört bei ihnen mittlerweile zum guten Ton, sich von rechten und nationalrevolutionären Globalisierungsgegnern abzugrenzen. Ein Artikel in der Mobilisierungsbroschüre gegen den Prager Gipfel kommt zu dem Schluss, die beste Versicherung emanzipatorischer Globalisierungskritik gegen Vereinnahmungen von rechts sei die »eindeutige Ablehnung jeglicher Form von Unterdrückung und Herrschaft von Menschen über andere Menschen aufgrund von Geschlecht, kultureller oder »ethnischer« Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderungen usf.[...] Derartige Grundsätze sind fast unmöglich in den nationalistisch-rassistischen Kurs rechter GlobalisierungsgegnerInnen einzubeziehen«.[8]

Das ist zwar zutreffend und politisch äußerst korrekt, geht aber dem im gleichen Beitrag angesprochenen Problem eines Mangels an kategorialer Kapitalismuskritik in linken Globalisierungsdiskursen wieder aus dem Weg. Um diesem Mangel und seinen problematischen Folgen von vornherein zu entgehen, »sind Globalisierungungsprozesse ausgehend von einem Gesellschaftsverständnis zu diskutieren, das sowohl Markt und Staat als auch produktives und zirkulatives Kapital als notwendige Bestandteile kapitalistischer Warenproduktion begreift und kritisiert.«[9] Das bedeutet auch, nicht durch den affirmativen Gebrauch traditionslinker Standardkategorien wie »Arbeit«, »Mehrwert«, »Profit«, »Ausbeutung«, »Klassen« oder »Imperialismus« die Erscheinungsebene kapitalistischer Vergesellschaftung für das Ganze zu nehmen und damit deren abstrakt vermittelten Gesamtzusammenhang zu missdeuten.

Anmerkungen:

1 Die Verherrlichung von (Lohn-)Arbeit findet sich nicht nur in den heroischen Darstellungen der Arbeiterinnen und Arbeiter im sozialistischen Realismus. Auch mit den aktuellen Forderungen nach »Arbeit für alle« wird nahegelegt, es sei nur ein ganzer Mensch, wer arbeite. Zur Kritik an solchen Vorstellungen vgl. u.a. das »Manifest gegen die Arbeit« von der Krisis-Gruppe.

2 Thomas Haury, Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992, hier S. 152

3 gruppe demontage, in: Wir sind die Guten, Antisemitismus in der Linken, Münster 2000, S. 104

4 Pierre Bourdieu, Der Mythos 'Globalisierung' und der europäische Sozialstaat, 2000, zit. nach AntifaZ, S. D/E

5 in jungle world 26/00

6 »IWF und Weltbank – Zwei Instrumente zur Zerstörung von Nationen«, Interview mit Michel Chossudovsky, Quelle: www.tenc.net

7 zit. nach J. Cremet, Eine »Partei neuen Typs«? Die NPD zwischen NS-Nostalgie und Nationalbolschewismus, in: blätter für deutsche und internationale Politik, 9/00, S. 1081

8 Mobilisierungsbroschüre zu Prag, 2000, Hrsg. fzs

8 Stefan Grigat, Markt und Staat in der Globalisierung, in: Faust 00.01, Sept. 2000, S.12

► **Udo Wolter** ist freier Autor und Mitglied der jour-fixe-initiative Berlin. Der Beitrag beruht auf einem Referat anlässlich des 23. BUKO-Kongresses.

Grenze entsteht durch Überschreitung

Geschlecht in transnationalen Orten

► Erzählung versteht Ursula Biemann als »graduelles Entfalten von Ideen, die zu einem bestimmten Moment und unter einem sehr spezifischen Set von persönlichen und politischen Umständen notwendig werden.« In ihrem Buch **been there and back to nowhere** zeichnet Biemann genau diesen Prozess ihrer künstlerischen Tätigkeit der letzten 12 Jahre nach. Die »postproduction documents« der 10 von Biemann meist in Kooperation mit anderen durchgeführten Projekte zeigen, wie es ihr gelingt, »harte Informationen in eine kulturelle und ästhetische Sprache (zu) verarbeiten (...), die westliche Standards von Repräsentation visuell und institutionell kritisch hinterfragt« sowie »Gender-Theorien und globale Ökonomie kulturell miteinander zu artikulieren«. Die Videoproduktionen, Ausstellungen und kollaborativen Projekte kreisen u.a. um die Themen 'Südfrauen in der internationalen Arbeitsteilung', deren 'Präsentation und Selbstpräsentation in der realen und virtuellen Welt' sowie der 'sexualisierte und ethnifizierte Frauenkörper als Teil moderner Technologien'.

Bezugspunkt ist dabei jeweils der spezifische Ort, mit seinen ökonomischen und kulturellen Bedingungen. Insbesondere an der Grenze als »performativer und konstruierter Ort«, der erst durch Überschreitungen produziert wird, wird deutlich, welchen Einfluss der Ort auf die Entstehung unterschiedlicher Subjektivitäten haben kann. In ihrem Video »Performing the border« über die Arbeiterinnen in der Maquila-Industrie im Norden von Mexiko versuchen Biemann und die mexikanische Künstlerin Bertha Jottar, »eine materialistische Perspektive der internationalen Arbeitstrennung mit einem diskursiveren Umgang mit der Art von Subjektivität, Identität und Sexualität, die sich in diesen transnationalen Zonen bilden, zu kombinieren.«

Auch in ihrem Forschungs- und Ausstellungsprojekt: »Kültür – ein Genderprojekt aus Istanbul« werden die Verknüpfung von Geschlechterverhältnissen und globaler Ökonomie geographisch im urbanen Raum sichtbar gemacht. Die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie bestimmen zum großen Teil die Lebensbedingungen der Frauen im informellen Sektor der Textilindustrie. Darüber hinaus geht es Biemann aber auch um eine Kritik des Kunstkontextes, denn nicht nur die Konzerne, sondern auch die Kunst ist seit den 90er Jahren »in eine Phase der totalen Expansion« getreten.

In dem Video »Writing Desire« geht es darum, wie mittels elektronischer Kommunikationsmedien die Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Phantasien neu definiert werden. Mit der »Kommunikation von Begehren, in einer Zeit, in der Phantasien frei und codiert, textualisiert, entkörpert das Kabelnetz bereisen können«, ist das Internet als grenzenloser Ort der Selbstpräsentation gegeben, der jedoch immer auch der Kapitalisierung von Beziehungen dient. Im virtuellen Brautmarkt bieten sich Frauen und Mädchen völlig Fremden zum Verkauf an. Biemann legt dabei Wert darauf, dass Frauen nicht mehr nur Objekt des Begehrens sind, sondern, in unterschiedlichem Maße, selbst ihr Begehren äußern können. »Writing Desire« ist damit ein Versuch, verschiedene Schreibpositionen miteinander zu verbinden. Befremdlich wirkt jedoch Biemanns Versuch, auch auf dem Brautmarkt diese Möglichkeiten der Subjektivität von Frauen als progressive Entwicklung heraus zu stellen: »Dank der neuen Möglichkeiten der übers Internet gebeamten Videoclips können die Angebotenen ihre Wünsche zum Ausdruck bringen und widerstehen somit einem totalen Ausverkauf. Als Subjekte des Begehrens können sie nicht länger auf ein Objekt des Begehrens reduziert werden.« Mir erscheint diese Entwicklung vielmehr eine vom Markt gebotene zu sein, auf dem sich Frauen auch in ihren Wünschen und Begehren transparent und damit attraktiv produzieren müssen. Ob dort tatsächlich eigene Positionen Platz finden, erscheint mir mehr als fraglich.

Insgesamt sind Biemanns Arbeiten als postkoloniale Strategien zu lesen. Dabei ist die Möglichkeit neuer Identitätsentwürfe von Frauen in »transnationalen Räumen«, in der »Diaspora« oder im globalisierten Netz nie als gänzlich freie Selbstpositionierung beschrieben. Vielmehr geht es immer auch um die harten Fakten der Fremdbestimmung und Gewalt, die die Handlungsoptionen von Südfrauen einschränken. Zentral ist der Zusammenhang zwischen Nord- und Südleben von Frauen – die ökonomischen und politischen Verflechtungen ebenso wie die grundlegenden Differenzen. »Es ist klar, dass die Subjektivitäten, die durch die neuen Technologien und durch die Hypermobilität im industriellen Norden produziert werden, sich radikal von denen unterscheiden, die der Transnationalismus im Süden produziert. Und wenn wir uns im neoliberalen Hightech-Diskurs einer stark identitätsnivellierenden Tendenz gegenübersehen, während die Subjekte im Süden durch sexualisierende und ethnifizierende Marker überdeterminiert werden, wird es zu diesem Zeitpunkt wichtig, auf Singularität, Spezifität und Lokalität zu insistieren.«

Das 360 Seiten starke zweisprachige (engl. und dt.) Buch »been there and back to nowhere« gibt mit vielen Fotos und Textelementen aus den Videos und Ausstellungsprojekten einen guten Überblick der beeindruckenden Arbeiten Ursula Biemanns. Die theoretischen Beiträge von Avtar Brah und Yvonne Volkart zu Diaspora, Grenze und »Exploterrarismus« ergänzen auf anspruchsvolle Weise das Verständnis der durchweg feministisch-politischen Arbeiten Biemanns.

Tina Goethe

► *Ursula Biemann: been there and back to nowhere. Geschlecht in transnationalen Orten. Gender in transnational spaces. Postproduction documents 1988 – 2000. b-books Berlin 2000.*

Sind Cultural Studies selber Pop?

► Ist mit dem Boom des Jahres 1999 nun endgültig die Stunde der *Cultural Studies* im deutschsprachigen Raum gekommen, oder hat damit für die subversive, anti-disziplinäre Wissenschaft von der Popkultur die Stunde schon geschlagen? Letztes Jahr sind hierzulande einige ambitionierte Lesebände auf den Markt geworfen worden (vgl. iz3w 240), und an den Universitäten zeigt sich die Erfolgsstory im Angebot von zahlreichen Seminaren und Studiengängen. Doch immer stärker kristallisiert sich auch heraus, dass die *Cultural Studies* nicht nur eine die Zeichen der Zeit erkennende kritische Kulturanalyse sind, sondern selbst den kulturellen Wandel hin zur »Erlebnisgesellschaft« vorangetrieben haben.

Rolf Lindner, Professor für Ethnologie an der Humboldt-Universität in Berlin, hat es vermieden, dem bereits gesättigten Markt einen weiteren Einführungsband hinzuzufügen. Stattdessen werden in seinem Buch die *Cultural Studies* selbst zum Gegenstand der Kulturanalyse. In einer wissenssoziologischen Zwischenbilanz wird dem Weg der *Cultural Studies* nachgegangen von den Anfängen in der britischen Arbeiterklasse der fünfziger Jahre bis hin zur gegenwärtigen Verschränkung von Kulturwissenschaft und Kulturproduktion – ein Weg, der teils erkämpft werden musste, teils aber auch vorgezeichnet war.

Anders als die 'regulären' Wissenschaften Ethnologie oder Soziologie bieten die *Cultural Studies* bei der Kritik und Analyse kultureller Formen eine privilegierte Insider-Perspektive an. Seit den siebziger Jahren kann man, so Lindner, von einer Homologie von Lebensform und Wissensform sprechen. Viele damalige Intellektuelle stammten aus proletarischen Subkulturen und bezogen ihren Erfahrungshorizont in die akademische Arbeit mit ein. Und zeitgleich konnten nicht weniger KünstlerInnen – die meisten von ihnen Absolventen von Kunsthochschulen – von ihrer Ausbildung in Semiotik und Dissidenz profitieren. Stellt sich die Frage, ob beispielsweise Punk von der Straße kam oder erst von den Medien und den *Cultural Studies* dorthin gebracht worden war.

Heute dient dieses Insider-Wissen nicht mehr der Kritik, sondern ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Kulturindustrie geworden. Pop ist allgegenwärtig, und Medien wie Werbestrategen sind auf kreative Köpfe angewiesen, die per du mit den neuesten kulturellen Strömungen sind. Das kulturindustrielle Prinzip hat auch die Kulturanalyse erfasst. Darauf verweist nicht nur die Tatsache, dass die Absolventen der kulturwissenschaftlichen Studiengänge vorzugsweise im medialen Bereich landen. Auch Volkskundeprofessoren bei Fernsehdebatten über *soap-operas* sind mittlerweile keine Seltenheit mehr. Neue, kulturelle Trends werden von den selbsternannten ExpertInnen der Kulturwissenschaft aber nicht nur scharfsinnig analysiert und kommentiert, viele entstehen erst durch das *agenda-setting* der *Cultural Studies*.

Mehr als andere Wissenschaften sind die *Cultural Studies* ein Kind ihrer Zeit. Sie geben Antworten auf den kulturellen Wandel und treiben ihn zugleich stetig voran. Ist es aber zwingend, dass eine Disziplin, die sich dem Studium der Popkultur widmet, selber zum Bestandteil der Popkultur wird, fragt Lindner in seinem Schlusskapitel. Ist den *Cultural Studies* die Fähigkeit zu Kritik der Kulturindustrie abhanden gekommen, wenn ihre Pop-Theoretiker zunehmend die Funktion von Pop-Stars übernehmen?

Lindner plädiert entgegen diesem Trend für eine Rückbesinnung der *Cultural Studies* auf ihre Herkunft und Programmatik: Kulturelle Dissidenz, politisches Engagement und intellektuelle Häresie müssten wieder zusammengebracht werden, um die *Cultural Studies* am Leben zu erhalten. Ein frommer Wunsch angesichts der scheinbaren Allmacht der Kulturindustrie. *Dominik Bloedner*

► *Rolf Lindner: Die Stunde der Cultural Studies, WUV Universitätsverlag, Wien 2000, 126 Seiten, DM 23*

Soziale Bewegungen in Indien

► Wenn vom Kampf der »internationalen Zivilgesellschaft« gegen die neoliberale Globalisierung die Rede ist, geht es meistens um Aktionen gegen die WTO oder IWF/Weltbank-Tagungen. Die gerade fertig gestellte Video-Dokumentation von »Play Fair Europe!« stellt dagegen soziale Basisbewegungen in Indien vor. Es wird daran erinnert, dass der bäuerliche Verband von Karnataka (KRRS) 1993 in Bangalore mit 500.000 Menschen weltweit mit Abstand die meisten Menschen auf die Straße brachte, um gegen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT zu demonstrieren. Der Kampf von KRRS richtet sich insbesondere gegen die Praxis Multinationaler Konzerne, KleinbäuerInnen mittels genmanipulierten Saatguts und Patenten abhängig zu machen und so zu enteignen.

In dem Video wird gezeigt, wie AktivistInnen Baumwollsträuche verbrennen: Das Saatgut war genmanipuliert und stammte vom global player Monsanto. KRRS sieht die Ernährungssicherheit bedroht, weil Konzerne auf Anbauflächen, die zuvor der Nahrungsmittelproduktion dienten, nun Futtermittel anbauen. Die Aktionen des Nationalen Fischerei Forums aus Kerala richten sich u.a. gegen Großfangschiffe, die die Fischgründe zerstören. Für die einheimischen Küstenfischer sei dieser Konflikt ein Überlebensproblem, während er für die Konzerne ein Profitproblem sei. Die Interview-PartnerInnen der verschiedenen Organisationen betonen das an Gandhi angelehnte Konzept der Selbstermächtigung und Stärkung von Dorfgemeinschaften. »In unserer Geschichte, unserem Erbe gibt es viele demokratische Elemente, die durch die Kommerzialisierung von heute weggefegt werden«, sagt eine Vertreterin der Frauenfront MMM aus Madhya Pradesh in Mittelindien, die Teil der Chattisgarh Befreiungsfront (CMM) ist. Deren Sekretär Anoop Singh erklärt, dass die von der Regierung, WTO, IWF und Weltbank durchgesetzte Politik im Namen des freien Handels nichts anderes sei als Neokolonialismus und Versklavung. Bei der Streichung von Nahrungsmittelsubventionen und der Orientierung auf den Export ginge es nur darum, den Schuldendienst aufrecht zu erhalten, egal, ob die Leute genug zu essen hätten.

Der Anspruch des Dokuteams wird deutlich, keine eurozentristische Bewertung der Bewegungen vorzunehmen, sondern ihnen ein offenes Sprachrohr zu sein. Abgesehen davon, ob dieser Anspruch überhaupt einlösbar ist, erhält man so ein sehr beeindruckendes, wenn auch allzu widerspruchsfreies Porträt. *Heiko Wegmann*

► *Der indische Kampf um Würde und Selbstbestimmung – Widerstand gegen »Frei«handel und neoliberale Politik, 50 min., Bezug: mpz, Susannenstr. 14d, 29357 Hamburg, Tel: 040-4397259, indianproject@gmx.net In Arbeit ist noch ein zweiter Teil, in dem es um den Widerstand gegen konkrete Entwicklungsprojekte wie den Narmada-Staudamm geht.*

Internet-Service

▶ Das Internet erleichtert in vielerlei Hinsicht die Recherche – vor allem zu Themen, die einen Blick über die Grenzen erfordern. Neben Rezensionen und Zeitschriften-Schau bieten wir daher künftig immer mal wieder einen Internet-Service zu verschiedenen Themen an.

Die Dienstleistungsverhandlungen der Welthandelsorganisation WTO

▶ In Seattle scheiterte 1999 vorläufig der Versuch, eine umfassende »Millennium-Round« der WTO zu starten. Ungeachtet dessen laufen seit Februar in Genf die **GATS 2000** Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des internationalen Handels und der Investitionen im Dienstleistungssektor. Das GATS hat eine enorme Reichweite von Finanzen bis Wasserversorgung und Bildung und könnte sich entwicklungspolitisch zunehmend negativ auswirken. Im folgenden findet sich eine Liste von Texten, die sich kostenlos aus dem Internet ziehen lassen. Berücksichtigt wurden offizielle Quellen sowie das kommerzielle und nicht-kommerzielle NGO-Spektrum. Bei fast allen Adressen finden sich über die Starseite sowie in den Dokumenten viele weitere Quellen und Links. Es gibt auch eine internationale **GATS-Mailingliste.** Über **www.egroups.com/group/GATSCrit** kann man sich in deren Verteiler eintragen.

Noch zwei Hinweise: Wenn ein Text so nicht mehr zu finden sein sollte, einfach mal den letzten Teil hinter dem »/« weglassen und dort suchen. Manche Dateien lassen sich nur im pdf-Format herunterladen und ansehen. Zu diesem Zweck braucht man den Acrobat Reader (etwa 6 MB Speicherplatz), den man hier umsonst herunterladen kann: **www.adobe.com/products/acrobat/readstep.html** *Heiko Wegmann*

- CEObserver (2000): Issue 6 des Corporate Europe Observers, Amsterdam, **www.xs4all.nl/~ceo**
- Chan, W.K. und Thinex Shek (1999): China's Liberalisation of Trade in Services and Accession to the WTO, Hong Kong Coalition of Service Industries, **www.globalservicesnetwork.org**
- Consumers International (1999a): Consumer Rights and the Multilateral Trading System: What needs to be done before a Millennium Round, **www.consumersinternational.org/trade/**
- Das, Bhagirath Lal (1998): Restoring balance to services in WTO, **www.twnside.sg/title/services.htm**
- EI/PSI (1999): The WTO and the Millenium Round. What is at stake for Public Education? Common concerns for workers in education and the public sector. Gemeinsame Publikation von Education International und Public Services International, **www.ei-ie.org**
- DG I der Europäischen Kommission (1998): Trade in services: key to the world economy's future, **www.europa.eu.int/comm/dg01/trade3.htm**
- European Womens's Lobby (2000): Gender, Trade Liberalisation and Services in the European Union, Brüssel, **www.womenlobby.org**
- Hochuli, Marianne (2000): Die WTO zu wessen Diensten? Ein Positionspapier der Erklärung von Bern zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS, **www.evb.ch/wto_dienstleistungen.htm**
- Fritz, Thomas /BLUE 21 (2000): Das Dienstleistungsabkommen der WTO. Der Süden auf dem Abstellgleis?, Berlin, **www.berlinet.de/blue21**
- Knight, Danielle (1999): WTO seen as a threat to Public Health, **www.twnside.org.sg/title/public2-cn.htm**
- Krancke, Jan (1999): Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels: Analyse des GATS und Perspektiven für die zukünftige Handelsliberalisierung, **www.uni-kiel.de/IfW/pub/kap/1999/kap954.htm**
- Mashakayekhi, Mina (2000): GATS 2000 Negotiations. Options for Developing Countries, **www.twnside.sg/title/mina**
- Sauvé, Pierre und Christopher Wilkie (1999): Exploring Approaches to Investment in the GATS, Washington, **www.cid.harvard.edu/cidtrade/**
- Sinclair, Scott (2000): GATS: How the WTO's new »services« negotiations threaten democracy, **www.policyalternatives.ca**
- UNCTAD (1999): Assessment of Trade in Services of Developing Countries: Summary of findings, Dokument UNCTAD/ITCD/TSB/7, Genf, **www.unctad.org**
- USCSI (2000): United States Coalition of Services Industries, **www.uscsi.org/**
- Woodroffe, Jessica und Mark Ellis-Jones (2000): States of unrest: Resistance to IMF policies in poor countries, Report des World Development Movements [bezieht sich auf den IWF, es geht aber sehr stark um Widerstand gegen Dienstleistungsprivatisierungen] **www.wdm.org.uk/cambriefs/DEBT/unrest.htm**
- WTO (1999a): An introduction to the GATS, **www.wto.org/services/gsintr_e.doc**
- WTO (1999b): The developmental impact of trade liberalization under GATS, Job No. 2748/Rev.1, **www.wto.org/wto/services/**
- WTOWATCH (2000): Trading away the public interest: General Agreement on Trade in Sevices (GATS), **www.wtowatch.org**

Kritische Ökologie Nr. 17 (I)

▶ Mit Herrschaft und Widerstand im Zusammenhang mit der WTO beschäftigt sich auch die Kritische Ökologie. Neben einer Bestandsaufnahme der Situation nach Seattle von Maria Mies findet sich u.a. die Brüssel-Erklärung. Sie kritisiert die führende Rolle der EU-Kommission bei der Durchsetzung neoliberaler Politik in der EU und der WTO, sowie die Versuche, die »Zivilgesellschaft« durch sogenannte Dialoge zu vereinnahmen. Die beiden anderen Schwerpunkte des Heftes sind Biologische Vielfalt (vor allem Konferenzberichte) und der Konflikt um die Westsahara (Hintergrundberichte und die Kampagnenzeitung zum Referendum als Beilage).

▶ *Die Kritische Ökologie erscheint 4 mal jährlich, Normalabo 40 DM, Bezug IFAK, Nikolaistr. 15, 37073 Göttingen, Tel 0551-487141, ifak@comlink.org*

ökozidjournal 1/00

▶ Die Zeitschrift für Ökologie und 'Dritte Welt' setzt sich mit dem »hehren Anspruch« der EXPO auseinander, einen globalen Lernort für die Agenda 21 zu schaffen. Der Norden präsentiere den ökologischen und sozialen Stillstand, der Süden zeige jedoch die Lösungsansätze der Zukunft. Ein Artikel widmet sich dem Ökotourismus in Australien. Dabei stehen die politischen Konstellationen vor Ort im Mittelpunkt. Bei der Anzahl an Flugkilometern, die ausländische Touristen zurücklegen müssen, ist der Titel »Echte Alternative oder nur grünes Alibi?« verwunderlich. Die Richtlinien für waldbezogene Kredite der Weltbank sind Gegenstand eines weiteren Artikels. Die Kritik an ihren Projekten habe zwar 1991 zur Erarbeitung von Schutz- und Vorsorgestrategien geführt, die eigenen Mitarbeiter hätten diese aber ignoriert.

▶ *Das ökozidjournal erscheint 2 mal im Jahr, Abo 18 DM, Bezug: ARA, August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld, Tel. 0521-64975*

Deportation Class

► Oft kommt es nicht gerade vor, dass eine Protestaktion von FlüchtlingsunterstützerInnen für pikierte Reaktionen bei den Angesprochenen sorgt. Umso höher ist der Etappensieg zu bewerten, den die Kampagne »kein mensch ist illegal« gegen die Lufthansa errungen hat. Bereits zu Beginn des Jahres hatte das Netzwerk von rund 200 antirassistischen Initiativen einen Plakatwettbewerb initiiert, der die Rolle der deutschen Vorzeige-Airline bei Abschiebungen von Flüchtlingen thematisierte (vgl. iz3w 245). Die daraus hervorgegangenen Motive wurden unter dem Motto »deportation class« auf einer Wanderausstellung sowie auf den Internetseiten der Kölner Stadtrevue gezeigt.

Nachdem es bei der Lufthansa-Aktionärsversammlung im Juni zu Protesten gegen die Beteiligung an gewaltsamen Abschiebungen gekommen war, befürchtete die Vorstandsetage einen massiven Image-Verlust und ging in die Offensive. Allerdings nicht gegen die Abschiebungen, wie noch auf der Aktionärsversammlung von Lufthansa-Chef Weber in Aussicht gestellt, sondern gegen »kein mensch ist illegal«. Die Kampagne wurde ultimativ aufgefordert, eine »Unterwerfungserklärung« zu unterzeichen und sich darin zu verpflichten, die Plakatmotive nicht mehr zu zeigen. Die Anwälte der Lufthansa AG behaupteten, die Verwendung der für ihren Mandanten typischen Farben und des eingetragenen Warenzeichens sei rechtswidrig. Außerdem werde Lufthansa in eine Ecke mit Rassisten und Rechtsextremen gestellt. Bei »Zuwiderhandlung« droht den Beklagten eine Strafe von jeweils 10.100 DM.

Jan Hoffmann, Sprecher von »kein mensch ist illegal«, sieht darin einen Einschüchterungsversuch und einen »dreisten Angriff auf die Freiheit der Kunst«. Für ihn ist die Lufthansa-Reaktion jedoch nur ein Eigentor, denn sie führt zur weiteren Verbreitung von konzernkritischen Inhalten. So haben mehrere Internetprovider aus Nordamerika angeboten, die inkriminierten Grafiken mit den verfremdeten Lufthansa-Motiven auf ihren Webseiten zu spiegeln und der Ausstellung so »politisches Asyl« zu gewähren. Und auf das Ultimatum der Fluglinie hat sich die Kampagne ohnehin nicht eingelassen.

Im Gegenteil dreht »kein mensch ist illegal« den Spieß um und macht die Lufthansa darauf aufmerksam, dass die Beteiligung an Zwangsabschiebungen mit Todesfolge zu strafrechtlichen Folgen für die Flugkapitäne führen kann. In Österreich soll der Pilot der Balkan-Air-Maschine, in der im Mai vergangenen Jahres der Nigerianer Marcus Omufuma bei einer Abschiebung ums Leben kam, nach dem Willen des Rechtsanwaltes der deshalb angeklagten österreichischen Polizisten ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Für die Fluggesellschaften kann dieser Präzedenzfall erhebliche Konsequenzen haben. Schließlich haften sie als Arbeitgeber zivilrechtlich, wenn ihre Piloten bei Gefahr für Leib und Leben der Passagiere nicht eingreifen. Diese Problematik und das zunehmende öffentliche Aufsehen mögen mit dazu beigetragen haben, dass es bei sogenannten »Problem-Abschiebungen« in den letzten Monaten vermehrt zu Schwierigkeiten gekommen ist, so dass sie wiederholt abgebrochen werden mussten. Sollte die Lufthansa die Beteiligung an Abschiebungen nicht baldmöglichst generell aufgeben, will »kein mensch ist illegal« die Abschiebepraxis des Konzerns noch intensiver beobachten und den internationalen öffentlichen Druck mit spektakulären Aktionen weiter erhöhen.

► *Weitere Infos zur »deportation class« unter www.deportation-alliance.com/lh*

LabourNet gegen Standortlogik

► Jenseits der offiziellen Gewerkschaftsapparate hat sich seit fünf Jahren ein internationales Netzwerk herausgebildet, das sowohl die Möglichkeiten des Informationszeitalters nutzt, als auch den Aufbau kämpferischer gewerkschaftlicher Organisation fördern will: Labournet, eine internationale Initiative kritischer Gewerkschafter, die sich via Internet vernetzt haben. Auslöser war ein Streik von Liverpooler Werftarbeitern gegen die geplante Einführung von Niedriglöhnen. Sie hatten 1995 eine internationale Solidaritätskampagne per Internet organisiert. An der US-amerikanischen Westküste, in Australien und in japanischen Häfen hatten sich daraufhin ihre Kollegen geweigert Schiffe abzufertigen, die in Liverpool geladen hatten. Daraus entstand schon bald die Idee, das Internet auch für andere Arbeitskämpfe zu nutzen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Labournets, u.a. in Kanada, Korea, Deutschland und Österreich.

Das Labournet Germany existiert seit 1998 (www.labournet.de). Es greift Themen auf, die von bestehenden Zeitungen und Homepages der Einzelgewerkschaften verschwiegen werden: Druck des DGB-Vorstandes auf kritische MitarbeiterInnen; Arbeitskämpfe, die auch ohne den Segen der Gewerkschaft geführt werden und Berichte über Vernetzungsbestrebungen linker GewerkschafterInnen jenseits der Virtualität. Mit täglich über 3000 Zugriffen ist das Labournet mittlerweile eines der erfolgreichsten linken Medienprojekte im deutschsprachigen Raum.

Zum größten Teil resultiert das Selbstverständnis des Labournet Germany aus der Kritik an den bestehenden Gewerkschaftsstrukturen, die sich in der Standortlogik und Wettbewerbsfähigkeit ihrer »Sozialpartner« verfangen haben. »Uns reicht es nicht aus, einzelne Funktionäre zu kritisieren. Das Problem der Gewerkschaften ist nicht nur ihre politische Ausrichtung, sondern auch eine mangelnde innergewerkschaftliche Demokratie«, meint die Labournet-Redakteurin Wompel. Trotz der fundamentalen Kritik an den Gewerkschaftsstrukturen käme es den MacherInnen des Labournet jedoch nicht in den Sinn, unzufriedene Mitglieder zum Verlassen ihrer Gewerkschaft aufzufordern. »Wir rufen oppositionelle Kräfte vielmehr dazu auf, sie zu verändern und Druck auszuüben«.

Anders als die Gewerkschaften schenkt das Labournet Germany den sozialen Bewegungen größere Beachtung, insbesondere den Kampagnen der Erwerbslosen. Neben dem Abschied von der Betriebsborniertheit der gängigen Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik nimmt der Internationalismus einen hohen Stellenwert ein. Vor allem der Standortpolitik der Auto- und Chemiebranche in verschiedenen Ländern gilt die Aufmerksamkeit des Labournet, damit die Belegschaften innerhalb eines Konzerns nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

Gerhard Klas

Rural Sociology

► Der Begriff Rural Sociology stemmt sich gegen eine Übertragung ins Deutsche, denn »Ländliche Soziologie« sollte nicht mit der Soziologie der dörflichen »Lebensidylle« in Niederbayern verwechselt werden. Belassen wir es also bei Rural Sociology – diese Sparte der Soziologie beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der globalen Peripherie, was zur Folge hat, dass Themen wie die urbane Entwicklung von Rio de Janeiro durchaus behandelt werden können. Die Internationale Gesellschaft der Rural Sociology (IRSA), hatte zum 10. Rural Sociology Weltkongress vom 30.7. bis 5.8.2000 in Rio de Janeiro als Thema »Sustainable Rural Livelihood: Building Communities, Protecting Resources, Fostering Human Development« bestimmt. Durch die Einbindung von SOBER (Sociedade Brasileira de Economia e Sociologia Rural) in die Planung und Konzeption des Kongresses konnten viele Wissenschaftler aus der Peripherie erreicht werden. Von den 1600 (!) Vorträgen kamen über 1000 alleine aus Brasilien und 200 aus anderen Ländern in Süd- und Zentralamerika. Drei Viertel der restlichen 400 Beiträge wurde von Wissenschaftlern aus Europa und Nordamerika bestritten, während Asien (57), Ozeanien (34) und Afrika (25) – davon nur zwei aus West- und Zentralafrika – sehr schwach vertreten waren. Dies scheint neben dem Umstand, dass die IRSA als englischsprachige Vereinigung kaum frankophone Forscher anspricht, vor allem der komplexen Finanzierungsabwicklung geschuldet zu sein.

Während die Plenarsitzungen (What is the meaning of rural social sustainability?; The future of rural sociology and its contribution to rural livelihoods) die unterschiedliche Herangehensweise von Soziologen aus Lateinamerika und aus dem Norden dokumentierten – sozialer Protest und Eintreten für die globalen Außenseiter hier und pragmatischer Liberalismus dort – waren die 10 Symposia und 60 Workshops produktiver. In den von mir besuchten Veranstaltungen (Sociological reflections on sustainability und sociological contributions to natural resources management) wurde deutlich, dass sich zumindest die wissenschaftliche Gemeinde einig ist, dass der forcierte Naturschutz in den Ländern der Peripherie zur Zeit zu sehr auf Kosten der lokalen Bevölkerung geht und dies umgehend zu ändern sei. Das Symposium und der Workshop zu »Involuntary Population Resettlement« dokumentierte exemplarisch die Risiken und Mängel globaler Entwicklungsakteure: Zwar übernimmt das von Michael Cernea (Senior Sociologist der Weltbank) entwickelte »Impoverishment Risk and Reconstruction« Modell nicht nur die analytische Schärfe von anderen Impact Assessments, sondern benennt nun wirklich alle Risiken, die im Rahmen von Umsiedlungen entstehen. Die Schlussfolgerung, dass deswegen nun auch alle Risiken minimiert und Gefahren für die lokale Bevölkerung abgewendet werden können, muss jedoch als technokratisches Wunschdenken kritisiert werden.

Wer sich über die einzelnen Themen und Papers informieren will, kann sowohl das 500-Seiten-Epos mit den Abstracts oder eine CD-Rom mit einem Gutteil der präsentierten Papers über die IRSA-homepage www.ag.auburn.edu/irsa/ bestellen, bzw. die programmatischen Papers downloaden.

Kai Schmidt-Soltau (Yaounde/Kamerun)

Entschädigung als Farce

► Staudamm-Projekte in Ländern des Südens haben aufgrund der meist damit verbundenen Zwangsumsiedlungen viel negatives Aufsehen erregt. Internationale Unterstützung über Hermes-Bürgschaften oder Weltbank-Kredite gibt es daher nur noch, wenn den vertriebenen Familien angemessene Entschädigungen in Aussicht gestellt werden.

Wie die Realität solcher Entschädigungen unter Beteiligung von NGOs aussieht, zeigt das Beispiel des Weltbankprojektes am Jamuna-Fluss in Bangladesh. Dort wurde 1998 trotz des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung auf den Char-Inseln die größte Brücke Südasiens eröffnet – selbstverständlich erbaut von ausländischen Firmen. Durch den mit dem begleitenden Deichbau einhergehenden Anstieg des Wasserpegels verloren rund 80.000 Char-BewohnerInnen ihr Zuhause sowie teilweise wertvolles Ackerland. Schon 1996 wandten sie sich über die lokale NGO Jamuna Char Integrated Development Project (JDCP) an die Weltbank und forderten eine bislang nicht vorgesehene Entschädigung. Um genaueren Untersuchungen zu entgehen, verabschiedete die Regierung von Bangladesh ein Entschädigungsprojekt für den Verlust von Hof und Land sowie im Falle von Fluten auch von Ernten.

Mit der Durchführung wurde die größte und renommierteste NGO des Landes, das Bangladesh Rural Advancement Programme (BRAC), beauftragt. Eine Studie der Ethnologin Hanna Schmuck im Auftrag der JDCP weist nun darauf hin, dass Konzept und Durchführung des Entschädigungsprojektes beträchtliche Mängel aufweisen. Wenn überhaupt, erhalten die Vertriebenen erst nach Monaten oder Jahren Entschädigung, die überdies weit unter dem wirklichen Verlust liegt. Von 447 befragten Haushalten, die umziehen mussten, erhielten bislang lediglich 57% eine Abfindung von durchschnittlich 160 DM. Der entstandene Verlust beträgt jedoch jeweils 2.000 DM. Noch schlimmer sieht die Bilanz bei Landverlust aus: Für nur 9% des gesamten erodierten Landes wurden Entschädigungen bezahlt.

Doch nicht nur die geringen Zahlungen, sondern auch der Aufwand und die Schikanen bei der Beantragung halten die Kleinbauern davon ab, Entschädigungen einzuklagen. Die zuständigen Büros sind auf dem Festland, Reisen dorthin sind zeitraubend und teuer. Aufgrund der Umsiedlungen verfügen viele nicht mehr über Originaldokumente, die den Landbesitz eindeutig nachweisen. Beglaubigte Besitzurkunden werden nicht akzeptiert.

Die ausführende Organisation BRAC schiebt die Schuld für verspätete Zahlungen und zurückgewiesene Klagen den Betroffenen zu, mit denen schwierig zusammenzuarbeiten sei. Ein beträchtlicher Teil des Bodens sei auch gar nicht erodiert, wie Satellitenaufnahmen zeigten. Dabei verschweigt BRAC allerdings, dass sämtliche Aufnahmen in der wenig aussagekräftigen Trockenzeit gemacht wurden. Die Char-Bewohner fühlen sich durch dieses Vorgehen gedemütigt. Einige verbieten den BRAC-Mitarbeitern sogar das Betreten ihrer Insel. Nach außen hin scheint jedoch alles reibungslos zu velaufen. In monatlichen Abständen liefert BRAC der Weltbank Tabellen mit beeindruckenden Zahlen von bereits erfolgten Entschädigungen. Und da BRAC die einzige Informationsquelle des zuständigen Inspection Panel der Weltbank ist, unternimmt diese nichts.

► *Weitere Infos: NETZ e.V., Moritz-Hensoldt-Str. 20, 35576 Wetzlar, Tel. 06441/26584, email: NETZ-Bangladesh@t-online.de*

Kuba-Hilfe für die USA

► Eine Gruppe schwarzer kubanischer Abgeordneter hat während eines Besuches in der US-Hauptstadt Washington medizinische Hilfe für die Ärmsten in den USA in Aussicht gestellt. Während beispielsweise Bundesstaaten wie Missisippi ein Defizit bei der medizinischen Versorgung aufweisen, gebe es in Kuba mehr Ärzte als nötig. Die Abgeordneten boten auch an, jährlich etwa 500 US-Ärzte, die überwiegend Minderheiten angehören sollten, auf der Karibikinsel auszubilden.

Quelle: LN-Nachrichten 317

Demo gegen Abschiebungen

► Am 25. 11. findet in Neuss eine Frauen- und Lesben-Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast statt. Start ist um 12.30 Uhr vom Hauptbahnhof. Der Aufruf fordert »Sofortige Freilassung der Frauen! Stop aller Abschiebungen! Für das Recht eines jeden Menschen, in Würde dort zu leben, wo sie/er will!«

Weitere Infos: FrauenLesben Echse, c/o Auszeiten, Josephinenstr. 71, 44807 Bochum und unter www.bo-alternativ.de

ASA-Programm

► Der Programmkatalog 2001 des Programms Arbeits- und StudienAufenthalte für Studierende und junge Berufstätige in Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Lateinamerika ist gerade erschienen. Die Bewerbungsfrist für die Projekt-Mitarbeit endet am 20. November. Die Projektvorschläge kommen von Institutionen oder von den TeilnehmerInnen selbst.

Der Katalog und weitere Infos sind im Internet unter www.asa-cdg.de oder bei ASA-Programm der Carl Duisberg Gesellschaft, Postfach 3509, 10727 Berlin, Tel: 030-25482350 erhältlich.

Social Sponsoring

► Immer wieder erreichen uns Bitten von alternativen Archiven, Infoläden oder Info-Cafés nach einem Freiabo der iz3w. In dem uns möglichen und finanzierbaren Rahmen kommen wir diesen Anfragen gerne nach, weil unsere Zeitschrift in solchen öffentlich zugänglichen Räumen nicht fehlen sollte. Da wir mit unserem Etat jedoch nur entsprechend begrenzt dazu in der Lage sind, möchten wir zu einem Social Sponsoring aufrufen: Wer es finanziell verkraften kann, möge doch bitte in Form einer Abo-Spende den Archiv- und Infogruppen zu ihrer Lektüre verhelfen.

► *Infos und Abos: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg. Tel: 0761-74004, e-mail: abo@iz3w.org*

Deutsche Leidkultur

► Während unerlaubte Bewegungen von Flüchtlingen nicht nur erfasst, sondern auch scharf geahndet werden, schenken die Behörden der Anwendung staatlicher Gewalt gegen Flüchtlinge keine Aufmerksamkeit. So existieren zur Zahl der Fälle, in denen beim Widerstand von Flüchtlingen gegen ihre Abschiebung seitens Polizei oder BGS Zwangsmaßnahmen angewendet werden, keinerlei statistische Angaben. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion mit. Aus ihrer Sicht stolz auf die Abschiebepraxis darf sie trotzdem sein. Wurden 1999 insgesamt 29.426 Personen auf dem Luftweg abgeschoben, waren es im ersten Halbjahr 2000 bereits 16.997 Flüchtlinge, was einer Steigerung von knapp 16% entspricht.

The VOICE will nicht verstummen

► Cornelius Yufanyi, Mitglied der Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisation »The VOICE Africa Forum« und Mitorganisator des großen Jenaer Flüchtlingskongresses im Frühjahr diesen Jahres (vgl. iz3w 246), wird wegen seiner Teilnahme am Kongress gerichtlich verfolgt. Das Amtsgericht Worbis wirft ihm vor, ohne Reiseerlaubnis vom thüringischen Eichsfeld nach Jena gereist zu sein und damit gegen die sog. Residenzpflicht verstoßen zu haben. Denn nach §56 des Asylverfahrensgesetzes wird eine Aufenthaltsbeschränkung auf den Bezirk der für die jeweiligen Asylbewerber zuständigen Ausländerbehörde vorgeschrieben. Die Zuwiderhandlung wird mit Geldstrafen, im Wiederholungsfalle mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder gar mit Abschiebung geahndet.

Für The VOICE ist diese Regelung, mit der zahlreiche Flüchtlinge kriminalisiert werden, nur weil sie eine Landkreisgrenze übertreten, ein »Apartheidgesetz«. Mit einer Kampagne zivilen Ungehorsams will die Flüchtlingsorganisation dagegen vorgehen, u.a. durch den offenen Verstoß die Weigerung, diesbezügliche Geldstrafen zu bezahlen. Unterstützt wird The VOICE vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, das im Sondergesetz einen »Skandal« und »offizielle ,rechtsradikale' Politik« sieht. Die politisch geschaffenen »innerdeutschen Grenzen« tasten nach Ansicht des Komitees die grundgesetzlich garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit der Asylbewerber in ihrem Wesensgehalt an. Die Abschaffung der diskriminierenden Aufenthaltsbeschränkung wäre daher ein »angemessener Beitrag der politischen Klasse im viel beschworenen ,Ruck gegen rechts'«.

Weitere Infos: The VOICE e.V., Schillergäßchen 5, 07745 Jena, Tel. 03641/ 665214, email: THE_VOICE_Jena@gmx.de

Tagungen

► Für eine **andere Agrarpolitik in Mittelamerika** plädiert das **3. Land-Seminar der Arbeitsgemeinschaft Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika** (Informationsbüro Nicaragua, Informationsstelle El Salvador, Informationsstelle Guatemala), das vom 1. bis 3. Dezember 2000 im Jugendgästehaus Kassel stattfinden wird.

Weil sich die Landfrage auch im Zuge der mittelamerikanischen Friedensprozesse nicht erledigt hat, die regionale Wirtschaft immer noch agrarisch geprägt ist, das ländliche Massenelend die soziale Lage weiter (mit) prägt und Landflucht und Migration anhalten, gehören – so die Initiatoren – die Agrarreform sowie andere agrarpolitische Rahmenbedingungen und Politiken immer noch auf die Tagesordnung.

Anmeldungen an das Infobüro Nicaragua, Friedrich-Ebert-Damm 141 b; 42103 Wuppertal; Tel: 0202-300030; Fax: 314346; e-mail: nica@wtal.de

► Vom 30.11. bis 2.12. findet in Bonn ein internationaler Kongress zum Thema **Opfer der Apartheid – Entschädigung jetzt und nicht erst in 50 Jahren** statt. Zu den gesellschaftlichen Folgen der Apartheid, der Frage der Reparationszahlungen und der Beteiligung deutscher Politik und Banken diskutieren u.a. Kenneth Kaunda, Ex-Präsident von Sambia, Njongonkulu Ndungane, der Erzbischof von Kapstadt und Dot Keet, Politiologin aus Kapstadt.

Anmeldung: Afrika-Süd AktionsBündnis, Ralf Berger, Blücherstr. 14, 53115 Bonn. Tel: 0228-211355, e-mail: Afrika-Bonn@t-online.de

► Vom 17. bis 19. 11. findet an der Universität Hamburg ein Seminar **Zur aktuellen Situation der kurdischen Bewegungen** statt. Neben Vorträgen zur Situation von Kurden in Syrien, dem Iran, dem Irak, der Ex-UdSSR und der Türkei geht es u.a. auch um »Monolithische Strukturen kurdischer Organisationen als Hindernis demokratischer Kultur« oder um »Frauenmythos und Frauenmobilisierung – Konstruktion von Identitäten«.
Anmeldung und weitere Infos: Kurdologie AG der Uni Hamburg, Seminar für Geschichte und Kultur des Vorderen Orient, Rothenbaumchaussee 36, 20148 Hamburg. Tel: 040-4302664,
e-mail: KurdologAG@aol.com

► Unter dem Titel **Vergessen oder Erinnern? Medien im Prozess der Konfliktbearbeitung** geht es vom 24. bis 26. 11. in Mülheim an der Ruhr um Filme, »die sich aus dokumentarischer Sicht mit dem schmerzhaften Prozess der Aufarbeitung von Krieg, Unterdrückung und Leid befassen«. Der südafrikanische Regisseur Don Edkins und der chilenische Filmemacher Patricio Guzmán werden ihre Arbeiten vorstellen und auf dem Podium mit VertreterInnen von NGOs über Friedensarbeit und Konfliktlösungen diskutieren.
Koordination: Büro für Kultur- und Medienprojekte, Postfach 500161, 22701 Hamburg. Tel: 040-3901407,
e-mail: buero@kultur-und-medien.com

Vorschau: iz3w Nr. 250
Schwerpunkt: Literatur
»Im Babylon der Bücher«

► Der iz3w-Themenschwerpunkt will einen Blick auf mögliche Deutungsmuster, Denkformen und Wahrnehmungsweisen werfen, die auf unterschiedlichen Ebenen und bei allen Beteiligten des Literaturbetriebs Platz greifen und mit denen das irritierende Moment der Literatur handhabbar bzw. verwertbar gemacht werden kann. Es soll also um die SchriftstellerInnen gehen, die Deutungsmuster produzieren, in denen ihre Interpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit sichbar wird, um KritikerInnen, die mit ihren Deutungsmustern interpretieren, und um die Literaturwissenschaft, die ihrerseits Deutungsmuster produziert, mit denen sie ein jeweils Anderes und Besonderes in der Literatur fokussiert und interpretiert.

► Ebenfalls vom 17. bis 19. 11. organisiert WEED ein Seminar mit dem Titel **Währungspolizei oder Agentur für Entwicklung? Über die zukünftige Rolle des Internationalen Währungsfonds.** Neben der »Analyse der Funktionen und Instrumente des IWF« soll es auch um mögliche Veränderungen »der Internationalen Finanzarchitektur« gehen.
Anmeldungen: Tagungssekretariat, Ina Gloede, Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin.
Tel: 030-20355507,
e-mail: gloede@eaberlin.de

► Die Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FIST) veranstaltet am 24. und 25. 11. eine Tagung mit dem Titel **Urbanität zwischen Zerfall und Erneuerung – Die Einwanderungsgesellschaft als forschungs- und Bildungspolitische Herausforderung.** Unter anderem geht es um »Quartiere im Wandel« und »Die Selbstpositionierung der EinwanderInnen«.
Tagungsbüro: FIST, EWF/Universität Köln, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln. Tel: 0221-4704739, e-amil: Fist-Koeln@gmx.de

► Der BUKO u.a. veranstalten unter dem Titel **Spiel mir das Lied vom Tod! – Menschenrechte zwischen Krieg und Frieden** vom 8. bis 10. Dezember ein Seminar im Jugendgästehaus Bielefeld. In drei Themenblöcken geht es um Realität und Schlagwort »Menschenrechte«, um die Frage, warum die Deutschen auszogen, im Kosovo das Menschenrecht zu lehren sowie um die Menschenrechtsfrage in der Solidaritätsbewegung.
Anmeldung: AKE Bildungswerk, Burgstr. 1, 32602 Vlotho. Tel: 05733-95737, e-mail: akebw@aol.com

► Zum 25jährigen Jubiläum veranstaltet der Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) am 18.11. eine Konferenz mit dem Titel **Winds of Change** in Stuttgart. Unter anderem geht es um die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, den Fairen Handel, Länder-Solidarität und den »politischen Stellenwert von entwicklungspolitischen NGOs«.
Infos: DEAB, Weißenburgstr. 13, 70180 Stuttgart. Tel: 0711-6453120,
e-mail: deab.stuttgart@t-online.de

► Die Arbeit des iz3w wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Herausgeberin:
► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: www.iz3w.org

Redaktion:
► Martina Backes, Dominik Bloedner, Thomas Cernay, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Steffen Schülein, Sarah Sebhatu, Andrea Schwendemann, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Heiko Wegmann, Patrick Ziegenhein.

Vertrieb für den Buchhandel:
► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
► Büro MAGENTA. Freiburg.
Herstellung:
► Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
► Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
► Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 40,– Porto / Jahr
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
► Postbank Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
► Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
► Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 109 117

Spenden:
► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 148 239 - 755 bei der Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75), Kontoinhaberin: Aktion Dritte Welt e.V.
Verwendungszweck: Spende Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 250:
► (Druckfertige Vorlagen) 24.11.2000

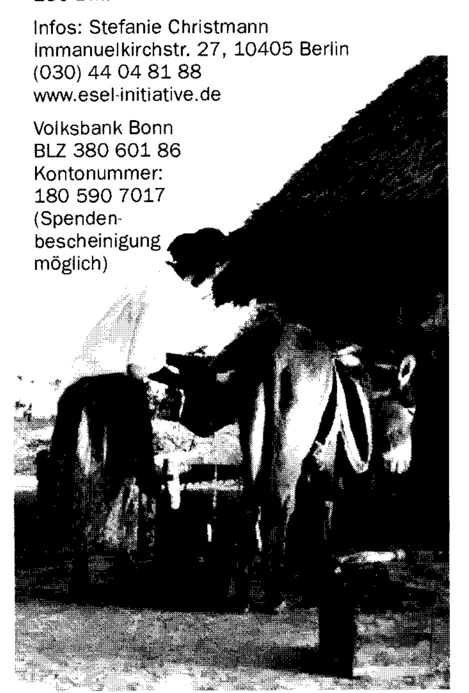
Frauen als Verliererinnen der Nachkriegsentwicklung? In Eritrea sind nach 30 Jahren Unabhängigkeitskrieg und zwei Jahren Grenzkrieg Frauen in mehr als 30 Prozent aller Haushalte allein mit ihren Kindern. Die meisten sind Kriegswitwen. Sie sind mit Arbeit überlastet, brauchen bis zu sechs Stunden täglich, nur um Wasser zu holen. Meist schaffen sie die Arbeit nur, wenn die Töchter mitarbeiten – statt zur Schule zu gehen. Das frauenspezifische Armutsproblem wird so in die nächste Generation getragen.

Die 40-jährige Saadia Abedella schaut stolz auf ihr Haus: Alles ist repariert, das Dach wieder dicht. 300 Nakfa hatte sie dafür gespart, eine früher unvorstellbar hohe Summe für die alleinerziehende Mutter von fünf Kindern. Sie hungerten, wenn Saadia keine Arbeit als Tagelöhnerin fand. Seit einem Jahr hat sie einen Esel, verkauft tagtäglich Wasser. Die drei ältesten Kinder gehen zur Schule, sie haben genug zu essen, und sie konnte sogar das Geld für die Reparatur ihres Hauses sparen. – Finanziert wird das Programm von der Esel-Initiative e.V., einem gemeinnützigen Verein zur Förderung alleinerziehender Frauen in Eritrea.

Ein Esel mit Wassercontainer kostet derzeit 180 DM.

Infos: Stefanie Christmann
Immanuelkirchstr. 27, 10405 Berlin
(030) 44 04 81 88
www.esel-initiative.de

Volksbank Bonn
BLZ 380 601 86
Kontonummer:
180 590 7017
(Spendenbescheinigung möglich)



ISSN 0933-7733

▸ iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt« E 3477

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15
79098 Freiburg